

NEUE ZEIT



**SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK**

35

AUGUST 1977

FAKTOREN DES WELTPOLITISCHEN KLIMAS

★

Die Ausgestoßenen

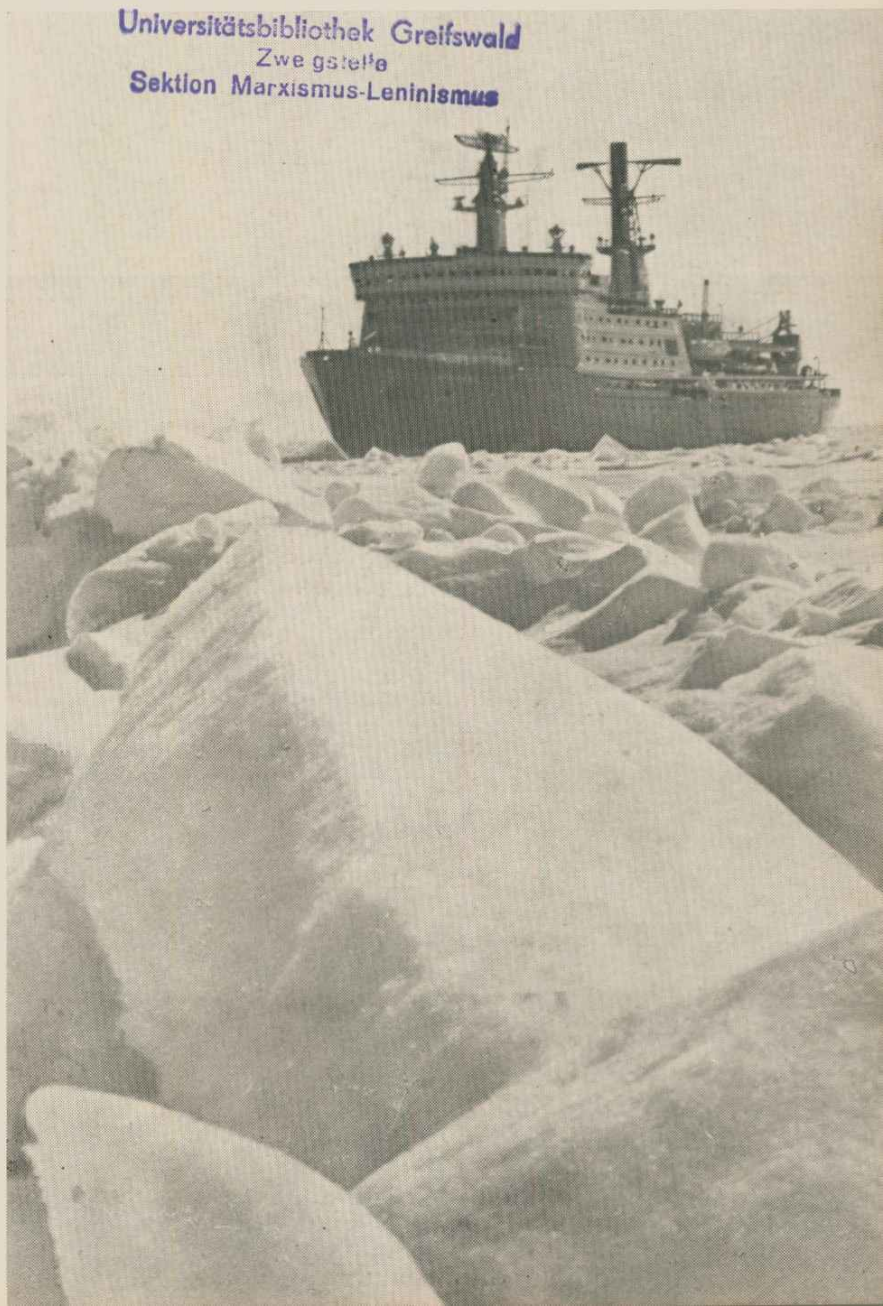
★

DIE NUKLEARE STRATEGIE DES PENTAGON

★

*Wohin mit
den Flamingos?*

Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigstelle
Sektion Marxismus-Leninismus





SOWJETUNION **IM BILD**

In wenigen Tagen werden die Ferienlager leer sein, in denen Millionen sowjetische Kinder den Sommer verbrachten. Bald beginnt die Schule.

Dieser Sommer war warm, selbst im Norden der Sowjetunion. Viele

Millionen Urlauber haben die Sanatorien, Erholungsheime, Pensionen und Touristenherbergen bevölkert.

Unsere Bilder: Gäste aus der CSSR und sowjetische Kinder im Ferienlager „Drushba“, Gebiet Wladimir, wohin ständig Kinder aus den Bruderländern eingeladen werden. ♦ Diese Bauden liegen in Swanetien (Georgien) ♦ Und dieses Foto wurde mitten in Moskau aufgenommen.

Fotos B. Kaufman, W. Nikolajew und TASS



Universitätsbibliothek Greifswald
Zweigbibliothek
Sektion Marxismus-Leninismus

AKTIVITÄT DER MILLIONEN

Es ist eine Ironie des Schicksals: Die RSA-Rassisten verbergen ihre nuklearen Labors bei Pretoria in einem Dorf, dessen Name in Bantu so viel bedeutet wie „Das, wovon nicht gesprochen wird“. Heute wagt es niemand oder fast niemand, offen zum Krieg aufzurufen. Die Hexenküche der imperialistischen Kriegsvorbereitungen wird in Verschwiegenheit, Geheimhaltung, Falschmeldungen und schlaue Lügen gehüllt.

Man weiß, jede neue Runde im Wettrüsten geht im Westen mit Zwecklügen einher, die einerseits die Angst vor der angeblichen „Bedrohung aus dem Osten“ wachhalten und andererseits die durch Informationen über die neue Waffe begreiflicherweise alarmierten Menschen einlullen. So etwas erlebte die Welt erst vor kurzem, als in Übersee die Pläne zur Produktion von Flügelraketen und einer Neutronenbombe ans Licht kamen. Bis dahin war es „das, wovon nicht gesprochen wird“. Als die Verfechter der neuen Waffe unter dem Druck der empörten Weltöffentlichkeit doch sprechen mußten, häuften sie Lüge auf Lüge, hauptsächlich über die „taktischen Vorzüge“ der Bombe, über ihre Eigenschaft, den künftigen Krieg zu „lokalisieren“. Kann die Menschheit das glauben, wenn ihre traurige Erfahrung ihr das Gegenteil vorsagt? Je weiter, um so globaler wird die Kriegsgefahr durch die neuen Massenvernichtungswaffen gemacht. Hier eine bittere Statistik, die auf dem kürzlichen internationalen Schriftstellertreffen in Sofia angeführt wurde. Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 war das Verhältnis von Soldaten und Zivilpersonen je 100 Toten 98 zu zwei; im ersten Weltkrieg 52 zu 48, im zweiten Weltkrieg 24 zu 76, im Vietnamkrieg zwei Soldaten zu 98 Zivilpersonen.

Die neuen Diversionen des Militär- und In-

dustriekomplexes der USA gegen Entspannung und Völkersicherheit werden einmütig und allgemein verurteilt. Das zeigt, wie die Informiertheit und Bewußtheit von Millionen und Abermillionen auf der Erde gewachsen sind. Die Menschen lehnen die triste Philosophie von Hilflosigkeit, Hoffnungslosigkeit und Passivität ab. Sie unterstützen den Kampf, dank dem, wie das Politbüro des ZK der KPdSU bei der Erörterung der Krim-Gespräche Leonid Breschnew mit den Führern der Bruderparteien sozialistischer Länder feststellte, „die internationalen Beziehungen trotz der Versuche der reaktionären imperialistischen Kräfte, die Gesundung des internationalen Klimas zu hindern, weiterhin auf der Basis der Prinzipien der friedlichen Koexistenz umgestaltet werden. Davon zeugt u. a. die erfolgreiche Vorbereitung des Belgrader Treffens der KSZE-Staaten.“

Die sozialistischen Staaten haben sehr viel zum Erfolg der gesamteuropäischen Konferenz in Helsinki, zu der Atmosphäre der Zusammenarbeit auf dem europäischen Kontinent, frei von Konfrontation und militärischen Zusammenstößen, beigetragen. Jetzt, wo zähe Bemühungen not tun, damit es nicht zu einer neuen Runde im Wettrüsten kommt und damit die Sache der Abrüstung voranschreitet, haben die Teilnehmer der Krim-Gespräche erneut den gemeinsamen Kurs der sozialistischen Länder — auf die Vertiefung und weltweite Ausdehnung der internationalen Entspannung — bekräftigt.

Zur Aktivierung der Bemühungen um diese humanen Ziele wird der traditionelle Internationale Friedenstag am 1. September beitragen. In diesem Jahr steht er im Zeichen des 60jährigen Jubiläums der Oktoberrevolution. Die sozialistische Revolution in Rußland prägte ja die Losung „Friede den Völkern!“, brachte völlig Neues in die internationalen Beziehungen, mehr noch: Sie steigerte beispiellos die Rolle der Volksmassen auf dem internationalen Schauplatz. Seit der Oktoberrevolution beteiligen sich die Massen weitgehend und konstruktiv an der Erörterung und Entscheidung der Probleme von Krieg und Frieden. Vor unseren Augen entsteht und wirkt eine höchst vitale und energische weltweite Bewegung der Friedenskräfte. Das ist ein sicheres Unterpfand für die Möglichkeit, ein gesundes weltpolitisches Klima auf der Erde zu schaffen.

Am 17. August um 4 Uhr Moskauer Zeit erreichte der sowjetische Atomeisbrecher „Arktika“, der leistungsstärkste Eisbrecher der Welt, zum ersten Mal in der Geschichte der Schifffahrt den Nordpol. Anlässlich dieses historischen Ereignisses wurde dort eine Gedenktafel aus Metall mit dem Staatswappen der UdSSR, dem Schiffsnamen, den Koordinaten und dem Zeitpunkt der Bezwingung des Nordpols durch ein Oberwasserschiff versenkt. Der Leiter der Expedition Timofej Gushenko, Minister für Hochseeschifffahrt, und Juri Kutschijew, Kapitän der „Arktika“, richteten an Leonid Breschnew einen Rapport über die Ausführung dieser wissenschaftlich-praktischen experimentellen Fahrt, die die Schiffsbesatzung und die Teilnehmer der arktischen Expedition in den hohen Breiten dem 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution gewidmet haben. Leonid Breschnew gratulierte den Expeditionsteilnehmern zur erfolgreichen Fahrt. „Sie haben einen sehnächtigen Traum der russischen und sowjetischen Arktisforscher, der in unserem Volk mehrere Jahrhunderte fortlebte, Wirklichkeit werden lassen und das gute Werk der Nutzung des friedlichen Atoms im Interesse der Entwicklung der Volkswirtschaft des Landes zum Wohle des Sowjetvolkes fortgeführt“, heißt es in der Botschaft Leonid Breschnews.

Der Präsident der SFRJ, Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens Josip Broz Tito wollte auf Einladung des ZK der KPdSU und des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 16. bis zum 19. August zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in Moskau. Leonid Breschnew überreichte Josip Broz Tito den Orden der Oktoberrevolution. Es fanden Verhandlungen zwischen Leonid Breschnew und Josip Broz Tito statt, an denen sich sowjetische und jugoslawische führende Persönlichkeiten beteiligten. Zu den Ergebnissen der Verhandlungen, die in einer Atmosphäre der Freundschaft, gegenseitiger Verständigung und Achtung verliefen, wurde ein gemeinsames Kommuniqué veröffentlicht. Josip Broz Tito lud Leonid Breschnew zu einem offiziellen Freundschaftsbesuch in der SFRJ ein. Diese Einladung wurde mit Dank angenommen. Am 19. August traf Josip Broz Tito in Irkutsk ein. (Siehe S. 4).

Am 17. August fand ein Treffen Leonid Breschnews mit dem General-

sekretär der Portugiesischen Kommunistischen Partei Alvaro Cunhal statt. Bei dieser Zusammenkunft wurde hervorgehoben, daß gegenwärtig, angesichts der Versuche, das Weltrüstungs durch die neue Massenvernichtungswaffe anzuheizen, der geschlossene Kampf der internationalen kommunistischen Bewegung, aller demokratischen Kräfte für sozialen Fortschritt, nationale Unabhängigkeit, Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit zwischen den Völkern eine Bedeutung wie nie zuvor gewinnt. Leonid Breschnew äußerte im Namen des ZK der KPdSU und aller sowjetischen Kommunisten aufrichtige Solidarität mit dem konsequenten Kampf der Portugiesischen Kommunistischen Partei für die Lebensinteressen der Werktätigen, für die Fortsetzung der Entwicklung Portugals auf dem Weg, den die Revolution vom 25. April geöffnet hatte.

Leonid Breschnew und Alexej Kossygin gratulierten dem Generalsekretär der RKP und Präsidenten der SRR Nicolae Ceauşescu sowie dem Ministerpräsidenten der SRR-Regierung Manea Mănescu zum 33. Jahrestag der Befreiung Rumäniens von faschistischer Unterdrückung, der am 23. August begangen wurde. Der Sieg des Sozialismus in Rumänien war ein Bestandteil des einheitlichen revolutionären Prozesses, der von der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution eingeleitet wurde, heißt es im Glückwunschtelegramm. Das ZK der KPdSU und die Sowjetregierung verfolgen konsequent den Kurs auf die weitere Entwicklung der sowjetisch-rumänischen Beziehungen in allen Bereichen, auf die Festigung der Freundschaft unserer Parteien und Völker auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus.

Das Politbüro des ZK der KPdSU erörterte die Ergebnisse der Freundschaftstreffen Leonid Breschnews mit Erich Honecker, Gustáv Husák, János Kádár, Edward Gierek, Nicolae Ceauşescu, Todor Shiwkow und Jumshagin Zedenbal, die im Juli—August auf der Krim stattfanden. Das Politbüro des ZK der KPdSU billigte voll und ganz diese Zusammenkünfte und hob ihre Bedeutung für die weitere Entwicklung der allseitigen Zusammenarbeit der KPdSU und des Sowjetstaates mit den Bruderparteien und -ländern, für die Koordinierung ihrer Aktionen in der Weltarbeit hervor.

Leonid Breschnew richtete an die Teilnehmer der Weltkonferenz für Aktionen gegen Apartheid, die am 22. August in Lagos eröffnet wurde, eine Grußbotschaft. Darin drückte er seine Überzeugung aus, daß die Konferenz einen wichtigen Beitrag zur Unterstützung des gerechten Kampfes der Völker im Süden Afrikas gegen die Apartheid und Rassendiskriminierung, für Unabhängigkeit, Freiheit und Gleichberechtigung leisten wird.

Am 19. August wurde in New York die 16. Tagung des UNO-Ausschusses für Beseitigung der Rassendiskriminierung beendet. Die Tagungsteilnehmer sprachen sich für die endgültige Beseitigung der rassistischen Kolonialregimes im Süden Afrikas sowie für die Gewährleistung des Sieges des nationalen Befreiungskampfes der afrikanischen Völker aus. Sie kritisierten die Position der USA, die die Internationale Konvention über die Abschaffung aller Formen der Rassendiskriminierung nicht ratifizierten.

Am 16. August wurden in Genf die sowjetisch-amerikanischen Konsultationen über eine eventuelle gemeinsame Initiative im Abrüstungsausschuß wiederaufgenommen. Es geht dabei um den Abschluß einer internationalen Konvention über das Verbot der gefährlichsten, todbringenden chemischen Kriegführungsmittel.

Der Vorsitzende des Provisorischen Militärverwaltungsrates Äthiopiens, Mengistu Haile Mariam, rief am 20. August eine allgemeine Mobilmachung aus. „Die seit längerer Zeit betriebenen militärischen Vorbereitungen unserer Feinde führten zu einem offenen bewaffneten Überfall auf die Provinzen Harar, Erythräa, Sidamo und Bale“, erklärte er. (Siehe S. 15.)

Der US-Außenminister Cyrus Vance traf am 22. August zu einem Besuch in der VR China ein. Bei seinen Zusammenkünften mit den chinesischen Repräsentanten habe er vor, erklärte Cyrus Vance, einen weiten Kreis außenpolitischer Probleme sowie die bilateralen Beziehungen zwischen den USA und der VR China, einschließlich der Frage ihrer Normalisierung, zu besprechen. Bekanntlich ist die Verpflichtung der USA, Taiwan entsprechend dem sogenannten Vertrag über „gegenseitige Sicherheit“ zu unterstützen, das Haupthindernis auf dem Wege zur Normalisierung dieser Beziehungen.



Am 20. August wurde in Leningrad das II. Freundschaftsfestival der sowjetischen und ungarischen Jugend zu Ehren des 60. Jahrestages des Großen Oktober eröffnet. Leonid Breschnew wandte sich an die Festivalteilnehmer mit einer Grußbotschaft, in der er die Gewißheit ausdrückte, daß dieses Festival eine markante Demonstration der Freundschaft und Brüderlichkeit der Völker der Sowjetunion und des sozialistischen Ungarn sein wird. Eine Grußbotschaft an die Festivalteilnehmer schickte auch der Erste Sekretär des ZK der USAP János Kádár. Unser Bild: Der Festzug der Festivalteilnehmer auf dem Newski Prospekt.

Foto A. Stelmach

NEUE ZEIT

WOCHENBLATT FÜR POLITIK

Nr. 35 AUGUST 1977
Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: **M. FJODOROW**
Redaktionskollegium:
S. Goljakow (Verantw. Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), **W. Kusnezow, B. Pistschik** (Stellv. Chefredakteur), **I. Trofimowa, V. Tschernjowski** (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), **D. Wolski**.
Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: **R. Krestjaninow**

Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

Er erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6, 103782, GSP, Ploščad' Puschkina

IN DIESEM HEFT:	
Aktivität der Millionen	1
A. Simin — Aufstrebend	4
S. Konstantinow — „Quadratur des Kreises“	6
E. Pahad — Vom Standpunkt des kämpfenden Afrika	8
A. Michailow — Libyen: Auf revolutionärem Kurs	10
V. Irinin — Nach dem Treffen in Kuala Lumpur	12
S. Lewtschenko — Die Ausgestoßenen	14
J. Tjunkow — Wem nützt es!	15
Notizen ♦ Glossen ♦ Kommentare	16
E. Henry — Wenn die Geschichte diktiert	18
L. Besymenski — Ein dreifaches Symbol	21
R. Simonian — Die nukleare Strategie des Pentagon	22
A. Nikanorow — Mauritius: Wo des Ozeans Wellen	24
B. Assojan — Wo sollen die Flamingos hin?	26
E. Rosental — „Hit“, „Podium“ und die anderen	27
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

Titelbild: Der sowjetische Atomeisbrecher „Arktika“, der am 17. August 1977 den Nordpol erreichte.

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

Foto TASS

AUFSTREBEND

Der offizielle Freundschaftsbesuch Josip Broz Titos, des Präsidenten der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien und Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, in der UdSSR ist erfolgreich abgeschlossen.

In beiden Ländern erwartete man diesen Gipfel mit lebhaftem Interesse: Jedes solche Treffen fördert und bereichert unsere Beziehungen und eröffnet neue Horizonte der Zusammenarbeit.

Auch in vielen anderen Staaten verfolgt man aufmerksam die Treffen zwischen Breshnew und Tito. Auch das ist begreiflich. Die Verhandlungen dieser Politiker von hohem Ansehen haben große internationale Bedeutung, denn dabei werden zahlreiche Probleme behandelt, die alle Menschen der Erde bewegen.

Seit der vorausgegangenen Zusammenkunft zwischen Leonid Breshnew und Josip Broz Tito in Belgrad ist fast ein Jahr vergangen. Bei ihrer neuen Zusammenkunft konnten die Staatschefs beider Länder mit Genugtuung feststellen, daß sich deren Zusammenarbeit dank den gegenseitigen Bemühungen positiv entwickelt und immer weitere Bereiche erfaßt. Sie hat planmäßigen Charakter angenommen.

Das trifft voll und ganz für die Wirtschaftsbeziehungen zu. Die Sowjetunion steht an erster Stelle unter den Handelspartnern Jugoslawiens, und dessen Erzeugnisse finden in der UdSSR zunehmenden Absatz. Erfolgreich wird das großangelegte sowjetisch-jugoslawische Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit bei der Errichtung und Rekonstruktion von rund 50 Industrie- und anderen Ob-

jekten in der SFRJ in den Jahren 1973—1984 erfüllt. Die Spezialisierung und Kooperation der Produktion werden immer intensiver.

Viel Wert wird auf kulturelle Zusammenarbeit gelegt: Das neue Programm 1977—1979 erfaßt die Wissenschaft, die Bildung, die Bühnen-, die Film-, die bildende Kunst wie auch das Verlagswesen.

Die ständigen zwischenstaatlichen Verbindungen, die Zusammenarbeit zwischen gesellschaftlichen Organisationen und die unmittelbaren Kontakte zwischen den Werktätigen gehören zum Alltag der sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen.

Zu einer solchen günstigen Entwicklung unserer allseitigen Verbindungen trägt weitgehend die Zusammenarbeit zwischen der KPdSU und dem BdKJ bei.

Für einen stabilen Ausbau der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit, für eine vernünftige kameradschaftliche Regelung der gelegentlich aufkommenden Probleme bestehen alle notwendigen Voraussetzungen: die Gemeinsamkeit der historischen Geschicke, die Gemeinsamkeit der Gesellschaftsordnung; das aufrichtige Streben nach gegenseitigem Verstehen und Vertrauen, die gebührende Würdigung der Erfahrungen beider Seiten, strenge Einhaltung der Prinzipien von Selbständigkeit und Gleichberechtigung. Das sind Normen, die sich, wie Leonid Breshnew sagte, „durchaus durch die eine allumfassende Formel beschreiben lassen: Verknüpfung der Selbständigkeit jeder revolutionären Formation mit Solidarität und Zusammenarbeit um der gemeinsamen Ziele willen“. Bekanntlich halten sich die KPdSU und die UdSSR in ihren Beziehungen zu al-

len Bruderparteien und sozialistischen Ländern an diese Prinzipien.

Die weitere Entwicklung und Vertiefung der sowjetisch-jugoslawischen Zusammenarbeit im Lichte der Belgrader Vereinbarungen von 1976 stand im Mittelpunkt der Verhandlungen in Moskau. Es wurde die beiderseitige Entschlossenheit hervorgehoben, auch weiterhin die Verbindungen zwischen beiden Ländern und Parteien zu entwickeln, die Erweiterung der Zusammenarbeit auf allen wichtigsten Lebensgebieten, die Kontakte zwischen Parlamenten und Regierungen, zwischen den einzelnen Republiken, Regionen und Städten, zwischen gesellschaftlichen Organisationen zu fördern.

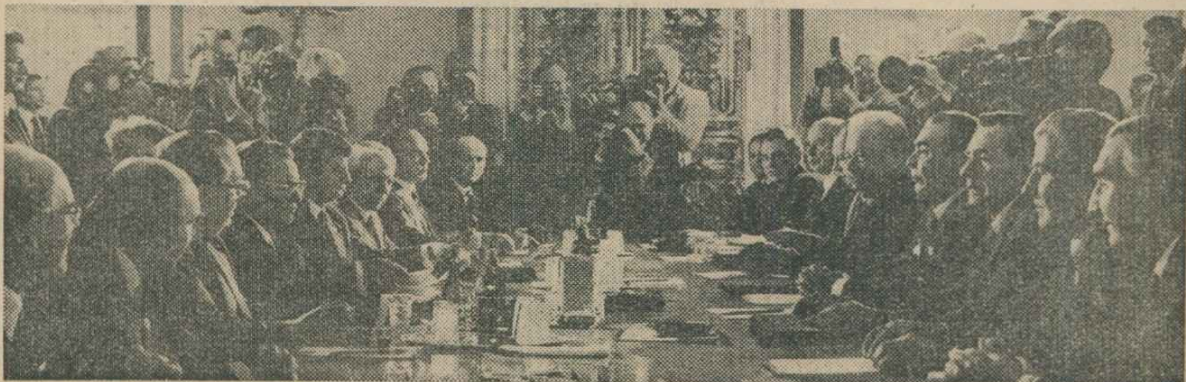
Von grundsätzlicher Bedeutung ist das beiderseitige Streben nach langfristigen Plänen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit. Wie es im sowjetisch-jugoslawischen Kommuniqué heißt, werden die zuständigen Ämter beider Länder gemeinsam darangehen, das Programm einer solchen perspektivischen Zusammenarbeit in vielen wichtigen Bereichen aufzustellen.

Josip Broz Tito sagte in Moskau: „Gute, stabile Beziehungen liegen nicht nur im ureigensten Interesse der Völker unserer beiden sozialistischen Länder, sie sind auch für die internationale Gemeinschaft von Bedeutung, dienen sie doch dem Frieden, der aktiven friedlichen Koexistenz und dem gesellschaftlichen Fortschritt in der ganzen Welt.“

Besondere Beachtung fanden auch bei den jetzigen Verhandlungen Fragen wie die Festigung des Friedens und der Sicherheit, die Entspannung, der Ausbau der gleich-

Während der Verhandlungen

Foto S. Smirnow



berechtigten internationalen Zusammenarbeit sowie eine demokratische Umgestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Daß die UdSSR und die SFRJ zu Problemen wie der europäischen Sicherheit, der Nahostregelung, dem Kampf der Völker im Süden Afrikas gegen den Rassismus usw. den gleichen Standpunkt vertreten, wurde schon wiederholt konstatiert. Bei der allgemeinen Einschätzung der Weltlage haben unsere Länder keine Meinungsverschiedenheiten. Im Ergebnis der Moskauer Verhandlungen stellten beide Seiten positive Resultate in der Entwicklung der Entspannungsprozesse und der friedlichen gleichberechtigten Zusammenarbeit fest und wiesen zugleich darauf, daß akute ungelöste Probleme, die den Weltfrieden betreffen, die internationale Lage komplizieren.

Die negativen Momente in der internationalen Entwicklung sind allgemein bekannt. Die wichtigsten Verhandlungen — über die Begrenzung des Wettrüstens — haben sich verlangsamt. Die imperialistischen Kreise haben eine feindselige Propagandakampagne gegen die sozialistischen Länder entfesselt, um bei dieser Lärmkulisse das Wettrüsten voranzutreiben. Die Nahostlage bleibt weiter explosiv, in Afrika sind Konfliktsituationen entstanden.

Unter diesen Umständen ist es außerordentlich wichtig, hebt das Kommuniqué hervor, alle friedliebenden Länder, die fortschrittlichen und demokratischen Kräfte aktiv zur Lösung der aktuellen internationalen Probleme, zur Festigung von Sicherheit und Frieden aufzubieten. Die UdSSR und Jugoslawien halten es für lebenswichtig, die Anstrengungen für eine Ausdehnung der Entspannung auf alle Regionen der Welt und alle Bereiche der internationalen Beziehungen, für die Lösung der internationalen Schlüsselprobleme unter gleichberechtigter Teilnahme aller Länder fortzusetzen.

Der jetzige UdSSR-Besuch Titos fand bald nach dem Abschluß des vorbereitenden Treffens der KSZE-Staaten in Belgrad statt. Dieses Treffen, zu dessen erfolgreicher Arbeit die UdSSR und die SFRJ viel beigetragen haben, zeigte, daß sich die Ideen des historischen Helsingfors Forums Bahn brechen. Die Verhandlungsteilnehmer in Moskau drückten ihre feste Überzeugung aus, daß es für die weitere Vertiefung der Entspannung wichtig ist,

daß alle Teilnehmerstaaten der Helsingfors-Konferenz alle Bestimmungen der Schlußakte konsequent und wirksam und im vollen Umfang erfüllen. Die UdSSR und Jugoslawien messen dem im Herbst bevorstehenden Treffen in Belgrad große Bedeutung bei; sie sind sich einig, daß es konstruktiven Charakter tragen, die Möglichkeit neuer Initiativen zur Festigung von Sicherheit und Zusammenarbeit erweitern sowie das gegenseitige Verstehen und Vertrauen zwischen den europäischen Staaten fördern soll.

Was die Sowjetunion betrifft, so ist es bekannt, und das betonte Leonid Breschnew bei einem Essen im Kreml für Josip Broz Tito noch einmal: „Wenn irgendwo eine gute Initiative entsteht, sind wir stets bereit, sie aufzugreifen.“ In diesem Zusammenhang ging Leonid Breschnew auf die jüngsten Äußerungen von Präsident Carter ein, in denen u. a. von dem Wunsch die Rede war, die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen zwecks Festigung des Weltfriedens auszubauen. „Im Vergleich zu den vorhergehenden Schritten der amerikanischen Administration wirken diese Erklärungen positiv“, bemerkte Leonid Breschnew. „Nun, wenn die Absicht besteht, sie in die Sprache praktischer Taten zu übertragen, so werden wir gern nach gegenseitig annehmbaren Entscheidungen suchen.“

Die Ergebnisse der sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen und die Reden der beiden führenden Politiker haben im Ausland ein lebhaftes Echo ausgelöst. In den USA beachtete man besonders Breschnews Äußerungen über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. *Christian Science Monitor* zog den Schluß: „Die Russen lassen die Tür offen für einen neuen Fortschritt bei der Minderung der internationalen Spannungen.“ Ein Sprecher des State Department erklärte, von Journalisten um einen Kommentar zur Rede Leonid Breschnews gebeten: „Wir empfinden Genugtuung darüber, daß Leonid Breschnew die Rede Carters in Charleston als positiv beurteilt hat und daß die Sowjetunion bereit ist, nach gegenseitig annehmbaren Entscheidungen zu suchen.“ Die USA hätten die Absicht, bilaterale Konsultationen über Verhandlungen zu Problemen fortzusetzen, die für die USA und die UdSSR gleich wichtig sind.

In ihren Kommentaren zu den Ergebnissen des UdSSR-Besuchs Titos betonen ausländische Blätter und

namhafte Politiker das Streben der Führer der Sowjetunion und Jugoslawiens nach der Festigung des europäischen und internationalen Friedens. Dieses Streben charakterisiert den ganzen Inhalt der Verhandlungen in Moskau. Unsere Länder denken in erster Linie an den Frieden, wenn sie sich für umfassende internationale und wirksame Maßnahmen zur unverzüglichen Einstellung des Wettrüstens und zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle einsetzen. Von der Sorge um den Frieden ist ihre gemeinsame Überzeugung eingegeben, daß es notwendig ist, die Entwicklung neuer Massenvernichtungswaffen und neuer Systeme solcher Waffen zu verbieten und mit deren Perfektionierung Schluß zu machen.

Die Verhandlungsteilnehmer würdigten in Moskau erneut die herausragende Rolle der sozialistischen Länder dabei, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in den internationalen Beziehungen durchzusetzen, einen neuen Weltkrieg zu verhüten, die internationale Sicherheit und Entspannung zu untermauern und den sozialen Fortschritt der ganzen Menschheit zu gewährleisten.

Die Presse vieler Länder kommentiert ferner den Umstand, daß das sowjetisch-jugoslawische Kommuniqué die Bewegung der Nichtpaktgebundenen als einen äußerst wichtigen weltpolitischen Faktor einschätzt, als einen aktiven Beitrag zum Kampf für Frieden, Sicherheit, Entspannung und gleichberechtigte Zusammenarbeit, für die Herbeiführung eines gerechten Systems der internationalen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen, zum Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und alle Formen von Herrschaft und Ausbeutung.

Die Ergebnisse der sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen rufen in Jugoslawien und den anderen sozialistischen Ländern tiefe Befriedigung hervor. In einem Kommentar der jugoslawischen Zeitung *Oslobodjenje* heißt es: „Die Tatsachen bezeugen, daß die Verhandlungen Breschnew—Tito in einem weiteren Ausbau der bilateralen Zusammenarbeit zwischen den befreundeten Staaten gipfeln und die gegenseitigen Bemühungen um die Festigung des Friedens fördern werden.“

Alles berechtigt zu einem solchen Schluß. Wir in der Sowjetunion sind derselben Meinung.

G. A. SIMIN

„QUADRATUR DES KREISES“

Sergej KONSTANTINOW

Die fixe Idee des Pentagons, sich die militärische Überlegenheit über die sozialistischen Länder zu verschaffen, hat wieder ein Monstrum hervorgebracht: die Neutronenbombe. Nachdem sich der Militär- und Industriekomplex fast zwei Jahrzehnte damit abgemüht und unendlich viele Dollars der immer wieder hintergangenen Steuerzahler in die Sache hineingesteckt hatte, haben die Militärstrategen jetzt mit einem Seufzer der Erleichterung die weitere Sorge für das neugeborene „Wunder“ den Politikern und Propagandisten überlassen. Allem Anschein nach haben es diese gar nicht so leicht. Der Spiegel schreibt: „Wieder einmal haben die Rüstungstechniker eine Waffe entwickelt, an der Atomkriegs-Planer und NATO-Artilleristen Gefallen finden mögen — die aber den Politikern Probleme aufzwingt, vergleichbar der Quadratur des Kreises.“

Der Spiegel meint offenbar, wie schwer es die Leute haben, die den Beschluß der US-Regierung zum Bau von Neutronenbomben rechtfertigen müssen, um die Entrüstung der Weltöffentlichkeit darüber zumindest abzuschwächen.

Die Proteste gegen die Neutronenbombe nehmen mit jedem Tag neuen Umfang und Nachdruck an. In die Bewegung schalten sich ganz verschiedene Gesellschaftsschichten, angesehene Politiker, Wissenschaftler und andere Persönlichkeiten ein. Die N-Bombe ist ja antihuman. Indessen wird versucht, sie als rein taktische und sogar als Verteidigungswaffe hinzustellen, die keine allgemeine thermonukleare Katastrophe auszulösen vermöge. In Wirklichkeit fühlen sich diejenigen, die sie haben, ganz gewiß verlockt, sie zum Einsatz zu bringen. Es liegt die für die Menschheit höchstgefährliche Tendenz vor, den Trennungsstrich zwischen konventionellen und nuklearen Waffen zu verwischen. Jeder denkende Mensch hat begriffen, daß die US-Regierung mit ihrem Beschluß über die Neutronenbombe sowie über neue Raketentypen der ganzen Welt ein neues Stadium des Wettrüstens gerade zu einem Zeitpunkt aufnötigt, wo sich reale Voraussetzungen für seine Einstellung bieten. Durch den Beschluß über die N-Bombe sind die

Verhandlungen über eine militärische Entspannung erschwert.

In vielen Ländern und repräsentativen internationalen Gremien wird das gefährliche Vorgehen der US-Regierung unmißverständlich und entschieden verurteilt. Auf einer Massenkundgebung am 6. August in Hiroshima, anläßlich des 32. Jahres-



In mehr als 40 Städten der Bundesrepublik, darunter in Bonn, Essen, Hamburg, Kiel und Bremen, sind Aktionen gegen die N-Bombe durchgeführt worden. Ein kleiner Bonner Demonstrant.

Foto TASS

tags des Atombombenabwurfs, nannte Amerasinghe, der Vorsitzende der letzten UNO-Vollversammlung, die Neutronenbombe den Gipfel der Gewissenlosigkeit.

Die Weltöffentlichkeit teilt diesen Standpunkt, sie verurteilt die Bombe nicht nur als noch eine Massenvernichtungswaffe, sondern auch als Ausdruck der aggressivsten Tendenzen in der Politik der herrschenden Kreise der USA. Dort haben die Aktionen gegen die N-Bombe schon eine derartige Vehemenz angenommen, daß sich die Regierung Sorgen machen muß. Sie ist ja zur Macht gekommen, weil sie einen großen Teil der Wählerschaft glauben machen konnte, daß sie fähig sei, die Entspannung und Abrüstung voranzubringen.

Soweit die USA. Und Westeuropa? Vieles deutet darauf hin, daß hier

die Befürchtungen, die die ganze Welt wegen der N-Bombe hegt, tiefer und schmerzhafter empfunden werden. Erstens weil US-Instanzen (offenbar eigenmächtig) beschlossen haben, diese Waffen gerade in Westeuropa zu stationieren und allerlei Varianten und Möglichkeiten des N-Bomben-Einsatzes lauthals anpreisen. Zweitens weil der Entspannungsprozeß gerade in Europa merkwürdige Resultate gezeigt hat. Die mit dem Aufkommen der Flügelraketen und Neutronenbomben beginnende neue Phase des Wettrüstens droht aber, die Hoffnungen in die Vereinbarungen von Helsinki zunichte zu machen.

In öffentlichen und politischen Kreisen Europas spricht man unverblümt aus, daß die US-Strategen mit Hilfe der neuen Waffe unbedingt eine militärische Überlegenheit erlangen und ihre „Freunde“ jenseits des Atlantik nötigen wollen, für die verheerenden Folgen dieses Kurses aufzukommen.

Die ernste Besorgnis der Öffentlichkeit Europas über die entstandene Lage hat das Internationale Komitee für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa veranlaßt, aus Brüssel Präsident Carter telegraphisch darauf hinzuweisen.

Die Unruhe der Öffentlichkeit konnte das Verhalten derer nicht unbeeinflusst lassen, die für die Politik der westeuropäischen Alliierten der USA verantwortlich sind. Viele hohe Politiker (z. B. SPD-Bundessekretär Egon Bahr) haben die Neutronenbombe mit schärfsten Worten verurteilt. Bezeichnenderweise hat sogar ein Verfechter allseitiger Verstärkung der Streitmacht wie der bundesdeutsche General Heusinger sein ablehnendes Urteil über die N-Bombe öffentlich geäußert. Die Regierungen der NATO-Länder werden entweder den Stimmungen der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit oder dem Druck aus Washington nachgeben müssen. Im Kampf um die endgültige Entscheidung über die N-Bombe ist das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Deshalb tun die militaristischen Kräfte, die das Wettrüsten aufzuheizen bemüht sind, ihr Möglichstes, damit die Wendung, die die Diskussion über die N-Bombe genommen hat, ihren Positionen in den Regierungskreisen und an der Öffentlichkeit nicht zu sehr schadet.

Die Protestbewegung gegen die N-Bombe ist nicht eine vereinzelte Äußerung der gesellschaftlichen Unzufriedenheit, sondern eine wichtige qualitative Wendung im Den-

ken der Menschen, auch solcher, die bisher die Dogmen und geschickt ausgestreuten Vorurteile glaubten, mit deren Hilfe dem Westen unermeßliche Rüstungsaufwendungen aufgenötigt werden.

Die Entwicklung der N-Bombe widerlegt noch mehr das Lügenmärchen von einer „Kriegsgefahr seitens der UdSSR“, denn vielen gehen die Augen auf, wer mit Waffen droht und beim Wettrüsten den Ton angibt. Die N-Bombe entlarvt wieder einmal die Urheber des Kesseltreibens wegen angeblicher Verletzungen der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern, mit dem man das Wettrüsten ideologisch zu bemänteln sucht. Die neue Waffe richtet sich direkt gegen das wichtigste Menschenrecht: das Recht zu leben. Mit der N-Bombe hat sich die angeblich offene Gesellschaft noch mehr bloßgestellt: Zur Blamage ihrer Preissänger hat es sich herausgestellt, daß die Unkosten für die Entwicklung der Bombe auch aus völlig un militärischen Etatkosten gedeckt werden können.

Die friedliebenden Kräfte haben viele Lehren daraus gezogen. Alle diese Tatsachen zwingen aber die Fürsprecher des kalten Krieges, sich raffinierteste Rechtfertigungen auszusuchen. Und so wird denn die Polemik erneut heftiger, besonders in Westeuropa, wo sich der Kampagne der monopolisierten Massenmedien für die N-Bombe die demokratische Presse, die einflußreichen kommunistischen und anderen Linksparteien, die Gewerkschaften und sonstigen fortschrittlichen Organisationen entgegenstellen.

Hier Beispiele dieser Polemik. Die meisten bürgerlichen Massenmedien suchen über die Entrüstung weiter Kreise wegen der Neutronenbombe hinwegzutäuschen und die Protestbewegung totzuschweigen. Die demokratische Presse einiger Länder Westeuropas hat z. B. schon darauf hingewiesen, daß die meisten westlichen Massenmedien keinen Raum bzw. keine Sendezeit für Meldungen darüber übrig haben, daß eine Konferenz in Hiroshima die N-Bombe verurteilt und daß sich dort auch ein Wissenschaftlersymposium dazu geäußert hat.

Die bürgerliche Presse schreibt ziemlich viel über die N-Bombe, sucht jedoch den Eindruck zu erwecken, als fordere die Öffentlichkeit nicht ihr Verbot, sondern als beschäftige sie sich mit den verschiedenen „Vorzügen“ und optimalen Möglichkeiten der neuen Waffe. Den Leuten werden Daten und Sach-

verständigenurteile aufgetischt, Urteile nicht nur von Militärs, sondern auch von Volkswirten (um zu beweisen, daß jeder durch eine N-Bombe verursachte Tod billiger als der von jeder anderen Waffe sei), von Psychologen (um Varianten eines rationellen Verhaltens der Generale unter Umständen zu zeigen, in denen sie zum Einsatz der N-Bombe „gezwungen“ wären). Als Muster einer solchen Information kann ein Aufsatz im *Spiegel* dienen. Der Verfasser schildert rührselig, wie qualvoll sich Strategen und Politiker den Kopf darüber zerbrechen, ob man die N-Bombe ins Rüstzeug aufnehmen soll oder nicht — das eine sei so schlimm wie das andere.

Charakteristisch ist folgendes: Bei dem größeren Ansehen und Einfluß der kommunistischen und Arbeiterparteien einiger kapitalistischer Staaten und bei ihren realen Möglichkeiten, Einfluß auf die Lösung von Problemen sogar der Militärpolitik zu nehmen, erscheinen in der Presse immer häufiger Aufforderungen an die Kommunisten und die anderen Linken, „staatsmännische Weisheit an den Tag zu legen“ und die N-Bombe nicht von vornherein abzulehnen, sondern sich an der Diskussion über ihre „Vorzüge und Nachteile“ sowie über die Möglichkeit ihres Einsatzes beim „Verteidigen Europas“ zu beteiligen.

Auf eine derartige Aufforderung in der italienischen Zeitschrift *Espresso* hin hat Enrique Agnoletti in der *Unità* geschrieben: „Kann man Europa denn verteidigen, indem man die Europäer ausrottet?... Die Folgen eines N-Bomben-Einsatzes sind selbst dem kleinen Mann klar: Diese Waffe eröffnet ein neues Stadium des Wettrüstens und erleichtert den Atomwaffeneinsatz immer mehr. Deshalb lehnen wir zuerst einmal die N-Bombe ab und werden erst dann diskutieren.“

Die kommunistischen Parteien der meisten Länder Europas, der USA und Kanadas haben den von der US-Regierung beabsichtigten Bau von N-Bomben unmißverständlich verurteilt. In einem Appell haben sie die barbarische Wirkung dieser Massenvernichtungswaffe bloßgestellt.

Die internationalistische Solidarität der kommunistischen Parteien aus den kapitalistischen und sozialistischen Ländern, die im gemeinsamen Auftreten gegen die N-Bombe sinnfällig zum Ausdruck kommt — sie ist die Antwort auf die Behauptung der Propaganda zugunsten der Bombe, daß die Protestbewegung

nur im strategischen und militärischen Interesse der UdSSR und ihrer Verbündeten liege. Diese Behauptung ist keineswegs originell.

Verschiedene Kolonnen der Friedenskräfte in den einzelnen Ländern bilden sich selbständig und voll Verantwortungsbewußtsein ihre eigene Meinung über die Probleme von Krieg und Frieden und berücksichtigen dabei die wirklichen nationalen Interessen. Das bedeutet nicht, daß man auf 33 Wegen zum festen Frieden gelangen kann. Die Hauptstraße zum Frieden führt heutzutage über die Einstellung des Wettrüstens, die Abrüstung und die Respektierung der Grundsätze der friedlichen Koexistenz. Die N-Bombe ist ein Hindernis auf diesem Weg. Es ist nur selbstverständlich, daß sie von den sozialistischen Staaten und von weiten friedliebenden Kreisen im Westen verurteilt wird.

Der Erfolg der auf Initiative des Weltfriedensrats veranstalteten Aktionswoche hat gezeigt, wieviel neue Möglichkeiten gemeinsame Aktionen der Friedenskräfte in der Hauptrichtung des Kampfes gegen die Gefahr eines thermonuklearen Weltkrieges bieten: in der Forderung, das Wettrüsten sofort einzustellen.

In öffentlichen und politischen Kreisen verschiedener Länder kommentiert man lebhaft den Appell der kommunistischen Parteien an die Völker und an alle friedliebenden Kräfte, besonders an die Sozialisten, Sozialdemokraten und Christen, sich für die Entspannungspolitik und dafür einzusetzen, daß das Wettrüsten, namentlich das nukleare, eingestellt wird. Die gemeinsame Aktion der kommunistischen Parteien gegen die N-Bombe ist der konkrete Ausdruck der Schlußfolgerungen, die die Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas gezogen hat. Dem Appell werden zweifellos neue Beweise dafür folgen, daß Menschen verschiedener Anschauungen immer mehr zu gemeinsamen Aktionen gegen die Kriegsgefahr neigen.

Bei einem Essen, das zu Ehren Präsident Josip Broz Titos gegeben wurde, sagte Leonid Brezhnev, die Weltöffentlichkeit habe ernste Ursachen zur Besorgnis über den Beschluß der US-Regierung, und er fuhr fort: „Es kommt aber darauf an, daß man sich nicht mit Äußerungen des Bedauerns begnügt. Wenn die Menschheit nicht will, daß die Kriegsgefahr zunimmt, muß sie auf einen festeren Frieden hinwirken und energisch, ohne Aufschub handeln.“

VOM STANDPUNKT DES KÄMPFENDEN AFRIKA

Südafrikanischer Publizist zum Entwurf der neuen Verfassung der UdSSR

Essop PAHAD

Neben der unschätzbaren Bedeutung, die der Entwurf für das Sowjetvolk hat, möchte ich betonen, was er für uns Menschen der anderen Welt bedeutet. Das ist ein Dokument von großer internationaler Ausstrahlung, es wird weit über den Grenzen der Sowjetunion gelesen, erörtert und studiert.

Die Einstellung zum Verfassungsentwurf ist bei verschiedenen sozialpolitischen Kräften verschiedener Länder begreiflicherweise unterschiedlich. Das gilt auch für die Reaktion der afrikanischen Öffentlichkeit. Die konservativen Kräfte der afrikanischen Gesellschaft, die mit dem Imperialismus und Neokolonialismus unter einer Decke stecken, tun so, als hätte der Entwurf der sowjetischen Verfassung nichts mit der afrikanischen Wirklichkeit und ihren Problemen gemein. Der fortschrittliche Teil der afrikanischen Öffentlichkeit dagegen studiert und überdenkt die Paragraphen dieses künftigen Grundgesetzes Ihres Landes mit Enthusiasmus und Interesse.

Mir liegt der Gedanke fern, mechanisch Parallelen zu ziehen zwischen dem, was im Entwurf verankert und deklariert wird, und den Aufgaben des heutigen Afrika. Doch muß man zugeben, daß das Lesen in der neuen sowjetischen Verfassung viel Stoff zum Nachdenken über die historischen Perspektiven der Länder und Völker unseres Kontinents liefert. Die Kräfte der sozialen Gerechtigkeit und des Fortschritts, die für die Erneuerung Afrikas kämpfen, sehen im Entwurf vor allem einen neuen Beweis für die Vorzüge des Entwicklungsweges, der zur sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft führt. Die Errungenschaften des Sowjetvolkes, die im Entwurf des sowjetischen Grundgesetzes fixiert sind, haben insofern internationalen Charakter, als sie der ganzen Welt, darunter den kämpfenden Völkern, zeigen, wie weit es ein Land in der sozialpolitischen und ökonomischen Entwick-

lung bringen kann, das sich für den Sozialismus entschlossen hat.

Keine einzige bürgerliche Verfassung gewährt den Werktätigen so viele Rechte wie der Entwurf der sowjetischen Verfassung. Dieser Kontrast fällt besonders beim Vergleich mit den Verfassungen jener afrikanischen Staaten auf, die in neokolonialistischer Abhängigkeit vom Westen sind. An vielen dieser Verfassungen wirkten Kolonialbeamte mit, und sie kopierten nur die Verfassungen des jeweiligen „Mutterlandes“. Es braucht also nicht wunderzunehmen, daß sie kein Wort vom Recht auf Arbeit, auf Bildung, auf Gesundheitsschutz, auf Wohnung, auf Partizipieren an den kulturellen Werten enthalten.

Man könnte mir entgegen, die Arbeitslosigkeit bestehe auch in den afrikanischen Ländern sozialistischer Orientierung, und auch dort hätten nicht alle Kinder im schulpflichtigen Alter die Möglichkeit, zur Schule zu gehen, auch dort sehe es mit Wohnungen nicht gut aus. Das stimmt. Die revolutionär-demokratischen Regimes sehen sich mit äußerst schwierigen Problemen konfrontiert, die sie vom Kolonialismus erben mußten, und vorläufig können sie noch nicht allen Beschäftigung und Bildung gewährleisten.

Betrachten wir die Situation aber in ihrer Dynamik. Gestützt auf die Erfahrungen des Weltsozialismus, entwickeln die sozialistischen orientierten Länder ihre Wirtschaft und Kultur, schaffen eine feste Grundlage für die Gewährleistung der Bürgerrechte ihrer Bevölkerung und festigen die demokratische Basis des Staates. Sie haben eine reale historische Perspektive. Anders ist das Bild in den Ländern, die ihre Hoffnungen an den Kapitalismus knüpfen. Dort erfolgt eine ausgesprochene Polarisierung von arm und reich. Das kapitalistische System läßt, besonders in seiner neokolonialistischen Abwandlung, keine Hoffnung auf eine Erhöhung der „Lebensqualität“ zu, und dies nicht

nur für die heutige Generation der Werktätigen, sondern auch für ihre Kinder und Kindeskinde. Ich möchte behaupten, daß selbst in einem so reichen Land wie meiner Heimat Republik Südafrika die Ureinwohner nie das Elend überwinden, wenn die heutigen rassistischen Zustände erhalten bleiben. Trotzdem kämpfen wir mit Optimismus, und uns Südafrikanern sind die Errungenschaften des Sowjetvolkes, darunter die zahlreichen vom Staat garantierten Rechte, ein Orientierungspunkt, an dem wir unseren Kurs prüfen.

Der Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung geht mir sehr nah und ist für mich auch noch von einem anderen Standpunkt interessant. Er verbrieft eine solche Errungenschaft des Sowjetvolkes wie die Freundschaft und Zusammenarbeit der Völkernationen, Nationalitäten und Rassen von verschiedener Abstammung, verschiedenem Entwicklungsniveau, verschiedenen Traditionen. Die ganze Welt weiß allmählich, daß die Beziehungen zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen, Nationalitäten, Völkernationen und Stämmen in Afrika noch immer sehr angespannt sind: Der Kolonialismus und Imperialismus schürte lange Zeit den Hader zwischen Stämmen, Nationalitäten und ethnischen Gruppen, um seine Herrschaft zu festigen. Auch heute noch vergiftet dieser Hader die Atmosphäre in Afrika. Man denke an den Putsch der Separatisten in Nigeria, an die Wühlereien der Spaltergruppe FLEC in Kabininda (Angola), an die tragischen Vorgänge in der ethiopischen Provinz Erythraä.

Der Wunsch der national-demokratischen Kräfte, mit der Zersplitterung der afrikanischen Völker innerhalb der multinationalen Staaten sowie im Rahmen der einzelnen Regionen des Kontinents Schluß zu machen, läßt sie aus den Erfahrungen anderer Länder schöpfen. Ein begeistertes und nachahmenswertes Beispiel sind die Erfahrungen der UdSSR, die sehr viele Nationalitäten und Völkernationen zu einer einträchtigen Familie zusammenschließen konnte. Entscheidend ist, daß es nicht deklarierte, sondern erlebte Erfahrungen, Realitäten des Alltags sind.

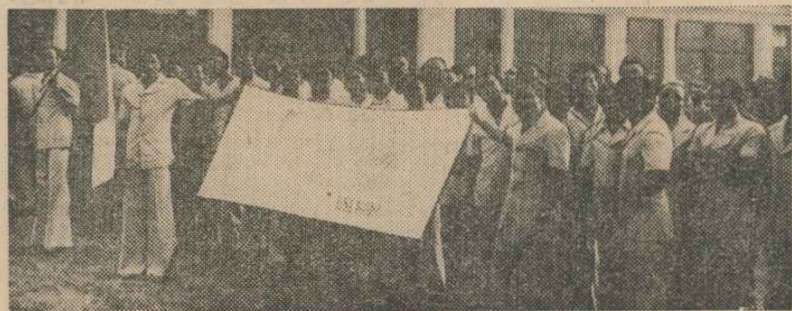
Unter den anderen Paragraphen des Entwurfs, die in den fortschrittlichen Kreisen Afrikas einen lebhaften Meinungsaustausch ausgelöst haben, möchte ich noch die Rolle

der Partei in der sozialistischen Gesellschaft hervorheben.

Für die revolutionär-demokratischen Kreise Afrikas ist die Frage nach der führenden Kraft bei den fortschrittlichen Umgestaltungen besonders aktuell. Zwar entscheiden die UdSSR und die afrikanischen Patrioten diese Aufgaben auf verschiedener Ebene, doch läßt sich hier auch eine gemeinsame Gesetzmäßigkeit feststellen. Nach Ansicht der revolutionär-demokratischen Kreise Afrikas gehört die Führungsrolle einer geschlossenen Partei, die sich von der fortschrittlichen Theorie leiten läßt und sich auf breite

ker von Angola, Moçambique, Guinea-Bissau, den Kapverdischen Inseln und den anderen afrikanischen Ländern wurden errungen, als der kalte Krieg von neuen Tendenzen in der Weltlage allmählich abgelöst wurde. Gegenwärtig bestehen relativ günstige Bedingungen dafür, die rassistischen Diktaturen im Süden Afrikas zu beseitigen.

Das Bündnis der Befreiungskräfte und des Weltsozialismus ist ebenfalls unter den neuen Bedingungen erstarkt. Heute verstehen bei uns immer zahlreichere Menschen, daß das imperialistische Kolonialsystem in Afrika nicht zusammengebrochen



werkstätige Massen stützt. Ohne eine solche Avantgarde, die einen antimperialistischen Kurs steuert, die Kraft und Energie der Massen aufzubieten und zu organisieren weiß, sind die Voraussetzungen für eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft nicht herbeizuführen.

Auch jener Passus im sowjetischen Verfassungsentwurf, der von den außenpolitischen Prinzipien des Sowjetstaates handelt, kann keinen afrikanischen Patrioten gleichgültig lassen. Mir ist nicht erinnerlich, daß die Verfassung eines westlichen Landes einen solchen Passus hätte. Doch das ist nicht das Wichtigste. Es kommt darauf an, daß im Entwurf der Kampf um den Frieden, die internationale Sicherheit, die Unterstützung der Völker, die gegen den Imperialismus kämpfen, präzise formuliert und zur Außenpolitik des Staates erhoben sind.

Die sowjetische Außenpolitik ergibt sich aus dem fortschrittlichen humanen Wesen des Sowjetstaates. Direkt oder indirekt beeinflusst sie die historischen Geschehnisse der ganzen Welt, auch Afrikas. Kaum jemand wird heute abstreiten, daß die Gesundung des internationalen Klimas die Positionen der patriotischen Kräfte, die für die Befreiung der portugiesischen Kolonien in Afrika kämpften, festigt und ihre Tätigkeit aktiviert hat. Die Siege der Völ-

Die Sowjetunion hilft den jungen afrikanischen Staaten bei der Ausbildung nationaler Fachkräfte für Industrie und Landwirtschaft. TASS-Foto: Künftige Studenten bei der Eröffnung einer Agrarschule, die unlängst in Dschang (Kamerun) mit sowjetischem Beistand gebaut wurde.

wäre, wenn wir nicht die politische, diplomatische und materielle Unterstützung und Hilfe der sozialistischen Länder, in erster Linie der UdSSR, gehabt hätten. Ebenso hätte man nicht so erfolgreich die Einmischung der imperialistischen Mächte in die inneren Angelegenheiten des unabhängigen Afrika abwehren können.

* * *

Ich habe viele Länder — kleine und große, auf vielen Kontinenten, wirtschaftlich fortschrittliche und rückständige, mit unterschiedlicher politischer und staatlicher Einrichtung — gesehen. Diese Besuche haben mich zu der festen Überzeugung gebracht: In der UdSSR ist eine freie und fortschrittliche Gesellschaft aufgebaut. Die Bekanntschaft mit dem Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung und mit der sowjetischen Wirklichkeit bestärkt mich in dieser Meinung, die bestimmt von Millionen Menschen auf verschiedenen Kontinenten geteilt wird.

NZ STREIFLICHTER

■ CHINA

Am 20. August wurde in China eine offizielle Informationsmitteilung bekanntgegeben, daß vom 12. bis 18. August der XI. Parteitag der KPCh stattgefunden hat. Der Parteitag erörterte zwei Fragen — den politischen Rechenschaftsbericht des ZK und die Statutsänderungen der KPCh; ferner wählte er ein neues Zentralkomitee. Den politischen Rechenschaftsbericht hielt Hua Kuo-feng, das Referat über die Statutsänderungen — Je Tsien-jing. Der Parteitag billigte die beiden Berichte und bekräftigte die Verurteilung der „Vierbande“.

Laut der Informationsmitteilung stand der Parteitag unter den üblichen maoistischen Losungen. Das Schlußwort hielt Teng Hsiao-ping, der kürzlich rehabilitiert und in alle seine früheren Funktionen wiederingesetzt worden war, u. a. als stellvertretender Vorsitzender des ZK der KPCh.

Am 19. August fand ein Plenum des ZK der KPCh statt, das die Parteiführung wählte. Zum Vorsitzenden des ZK der KPCh wurde Hua Kuo-feng, zu seinen Stellvertretern Je Tsien-jing, Teng Hsiao-ping, Li Hsien-nien und Wang Tung-hsing gewählt. Ferner wurde das Politbüro des ZK der KPCh gewählt: 23 Mitglieder (darunter 10 Militärs) und 3 Kandidaten. Dem Ständigen Komitee des Politbüros gehören Hua Kuo-feng und vier seiner Stellvertreter an.

■ USA—KUBA

Am 1. September werden die USA und Kuba ihre Vertretungen in Havanna und Washington eröffnen. Nach Pressemeldungen sollen 10 kubanische Diplomaten bei der CSSR-Botschaft in Washington und 10 US-Diplomaten bei der Schweizer Botschaft in der kubanischen Hauptstadt akkreditiert werden. Die amerikanische Vertretung wird von Legationsrat Lyle Lane geleitet werden,

AUF REVOLUTIONÄREM KURS

Andrej MICHAJLOW

Am 1. September 1969 wurde nicht nur die Monarchie gestürzt, es begann eine neue Epoche in der libyschen Geschichte. Sie hat zu wichtigen Veränderungen im politischen und sozialökonomischen Leben geführt und Libyen die Möglichkeit gegeben, seine Unabhängigkeit zu festigen und den Weg des Fortschritts zu gehen.

Die Revolution des 1. September war kein Zufall. Sie ist Teil jener Wandlungen, die sich in den ehemaligen kolonialen und abhängigen Ländern angesichts der Zunahme der Kräfte des Friedens, des Fortschritts und des Sozialismus in der Welt vollziehen. Die libysche Revolution ist ein direktes Ergebnis der arabischen nationalen Befreiungsbewegung.

Das freiheitsliebende libysche Volk hat reiche Traditionen im Kampf gegen die Kolonialherrschaft und die ausländische Präsenz. Bereits 1912 schrieb W. I. Lenin in seinem Artikel „Das Ende des Krieges zwischen Italien und der Türkei“ zur Invasion der italienischen Kolonialherren in Libyen: „Die Araber setzten sich verzweifelt zur Wehr.“ Die jungen Offiziere der libyschen Armee, die die proimperialistische Monarchie im September 1969 gestürzt haben, führten sozusagen diese Traditionen fort.

Die Republik war seit den ersten Tagen der Revolution mit vielen schweren Problemen konfrontiert. Und das ist verständlich, wenn man sich daran erinnert, welches Erbe sie antrat.

Die Proklamierung der Unabhängigkeit 1951 hat nicht zu einer Schwächung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Positionen des Imperialismus in Libyen geführt, das eines der ärmsten Länder blieb.

Die Ölförderung, die in großem Umfang in der ersten Hälfte der 60er Jahre anlief, hat zu einer bedeutenden Anhebung des Nationaleinkommens beigetragen. Doch dadurch wurde weder die soziale und wirtschaftliche Rückständigkeit überunden noch die Armut breiter Bevölkerungsschichten beseitigt. Zugleich nahm die Abhängigkeit des Landes von den imperialisti-

schen Monopolen zu. Die ausländischen Gesellschaften eigneten sich einen Großteil der Profite aus der Ölförderung an, und die Gelder, die an die libysche Staatskasse gingen, landeten meistens beim königlichen Hof und bei seiner Umgebung. Wie seinerzeit arabische Zeitungen schrieben, waren viele Mitglieder der königlichen Familie häufiger in den Spielhöhlen und Nachtclubs von Monte Carlo und Beirut zu sehen als bei der Ausübung der Staatsgeschäfte.



Die schnelle Entwicklung der Ölförderung rief Disproportionen in der wirtschaftlichen Entwicklung hervor und führte dazu, daß viele Bauern vom Land in die Städte und zu den Erdölfeldern wegzogen. Es kam zu einem Arbeitskräftemangel in einigen Landesteilen. Die landwirtschaftliche Produktion ging zurück.

Die Führer der Revolution des 1. September verkündeten als eines ihrer Hauptziele wahre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit. Bereits einige Monate nach dem Sturz der Monarchie wurden alle ausländischen Militärstützpunkte im Lande geschlossen. Ein großer Erfolg der Septemberrevolution war die Errichtung der nationalen Kontrolle über die Ölreichtümer des Landes.

Kürzlich besuchte ich Marsa Brega, ein Ölzentrum Libyens. In diese Kleinstadt an der Mittelmeerküste wird über Pipelines Öl gepumpt, das im Inneren des Landes gewon-

nen wird. Von hier aus wird das meiste „schwarze Gold“ als Rohöl exportiert, und das übrige Öl gelangt in die petrochemischen Betriebe Libyens. Der libysche Ingenieur in unserer Begleitung sagte zu den Veränderungen in Marsa Brega:

„Früher war unsere Stadt eigentlich eine geschlossene Zone, eine Art ‚Ölhochburg‘ der westlichen Monopole. Den einfachen Libyern war der Zutritt verboten. Wir fühlten uns in Marsa Brega wie auf einem fremden Territorium. Alle Fragen der Produktion und Verwaltung wurden auf ihre Art von den ausländischen Gesellschaften gelöst. Jetzt hat sich die Lage natürlich grundlegend geändert. Mit dem uneingeschränkten Schalten und Walten der ausländischen Monopole ist

Im Zentrum von Tripolis, der libyschen Hauptstadt
Foto TASS

es vorbei, und wir selbst verfügen über unsere Naturreichtümer.“

Die progressiven Umgestaltungen in Libyen haben in den letzten Jahren die Bildung eines starken staatlichen Wirtschaftssektors bewirkt. Er entstand durch die Nationalisierung von Privatbetrieben wie auch durch den Bau neuer Fabriken. Heute kontrolliert der Staat neben der Ölindustrie Banken und Versicherungsgesellschaften, den Außenhandel, einen Großteil des Verkehrswesens, viele Industrie- und Baugesellschaften und die landwirtschaftlichen Großbetriebe. Der staatliche Sektor bringt über 80% der gesamten Industrieproduktion.

Die Konzentration großer Gelder, die früher in den Safes der Monopole und der einheimischen Bourgeoisie lagen oder von der königlichen Familie und ihrer Umgebung

angeeignet wurden, ermöglichte es, bedeutende Mittel für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung bereitzustellen.

Die Grundlagen der Planwirtschaft werden geschaffen. 1975 wurde die Erfüllung des ersten Dreijahrplanes (1972/73—1975) bekanntgegeben. Jetzt geht es um die Erfüllung des Plans für 1976—1980. Er sieht Investitionen in verschiedene Wirtschaftszweige in Höhe von über 7 Md. Libyschen Dinar vor. Allerdings stößt eine Inanspruchnahme dieser Mittel, wie man in Libyen betont, auf nicht geringe Schwierigkeiten: Der Mangel an Fachleuten, die Begrenztheit des Arbeitskräftepotentials, das Fehlen der Erfahrungen und die Fehler, die bei der Planung einiger Projekte zugelassen wurden, machen sich bemerkbar. Doch meint die Regierung, der laufende Fünfjahrplan werde es ermöglichen, einen großen Schritt zur Schaffung einer modernen Wirtschaftsbasis zu tun.

Große Aufmerksamkeit widmet die libysche Führung der Industrialisierung, insbesondere der Weiterentwicklung der Ölindustrie als Grundlage der nationalen Wirtschaft. Auch andere Industriezweige sollen sich beschleunigt entwickeln: Bis 1980 ist der Bau eines Hütten- und eines Traktorenmontagewerkes geplant, ferner von Betrieben der Textil- und der Nahrungsmittelindustrie sowie großer Kraftwerke. Um einen Aufschwung der Landwirtschaft zu erreichen, die noch bis vor kurzem primitiv betrieben wurde, sind die Libyer daran gegangen, Neuland zu erschließen und zu bewässern sowie moderne Technik und die Erkenntnisse der Agrarwissenschaft auszuwerten. Die Regierung fördert die Entwicklung der Genossenschaftsbewegung auf dem Lande.

Ich hatte die Gelegenheit, ein großes landwirtschaftliches Objekt im Raum der Oase Kufra in Südostlibyen zu besuchen. Dort sollen etwa 10 000 Hektar erschlossen werden. Die ersten Ergebnisse liegen bereits vor: moderne Viehzuchtobjekte und Wirtschaftsbetriebe zum Anbau von Weizen und Gemüse.

Nach der Revolution ist nicht wenig für eine Verbesserung der materiellen und sozialen Lebensbedingungen der Werktätigen getan worden. Es wurde beschlossen, den Mindestlohn anzuheben, die Mieten zu senken, kostenlose medizinische Betreuung und gebührenfreien Un-

terricht in allgemeinen Schulen und Hochschulen einzuführen.

Im März 1977 wurden auf einer Tagung des Obersten Volkskongresses die staatlichen Institute Libyens umgebildet. Der Revolutionäre Kommandorat wurde aufgelöst, der seit der Revolution von 1969 das höchste Machtorgan war. Seine Funktionen gingen auf den Obersten Volkskongreß über. Die Tagungsteilnehmer sprachen sich für eine größere Rolle der Volkskongresse und der Volkskomitees aus sowie der Gewerkschaften und anderer gesellschaftlicher Organisationen. Wie die libysche Führung erklärt, soll all das eine Teilnahme der breiten Massen an den Staatsgeschäften gewährleisten.

International tritt Libyen von antiimperialistischen Positionen auf und leistet einen aktiven Beitrag zum Kampf der arabischen Völker für die Beseitigung der Folgen der israelischen Aggression.

Natürlich sind die acht Jahre seit der Septemberrevolution eine relativ kurze Zeit. Libyen hat nicht alle jene Probleme lösen können, die sich unter der langjährigen Kolonialherrschaft und dem monarchischen Regime angesammelt haben. Es ist zu berücksichtigen, daß der Kampf des libyschen Volkes für Unabhängigkeit und Fortschritt unter komplizierten Bedingungen erfolgt. Nach dem Sturz der Monarchie ist Libyen ständigem Druck und Attacken seitens des Imperialismus und seiner Helfershelfer ausgesetzt. In letzter Zeit provozieren diese Kreise eine Verschärfung der Beziehungen zwischen Libyen und Ägypten, um sie in einen Bruderkrieg zu stürzen. Doch trotzdem ist die antiimperialistische Ausrichtung des Kurses der libyschen Führung in den letzten Jahren nicht schwächer, sondern ist im Gegenteil noch deutlicher und konsequenter geworden.

Die Sowjetunion unterstützt voll und ganz den Kampf des libyschen Volkes gegen den Imperialismus, für seine nationale und soziale Befreiung. Die UdSSR arbeitet mit Libyen in vielen Bereichen zusammen. In den letzten Jahren wurden Abkommen über wirtschaftliche und technische Kooperation, Handel und über kulturelle Zusammenarbeit sowie andere wichtige Dokumente unterzeichnet, die eine gute Grundlage für die allseitige Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern bilden.

NZ

STREIFLICHTER

einem „erfahrenen Diplomaten“, wie ihn die Presse charakterisiert. Jetzt bekleidet Lane eine hohe Funktion in der amerikanischen Botschaft in Peru, früher war er in Kostarika, Guatemala und Ecuador diplomatisch tätig.

Kürzlich stattete US-Senator Frank Church Kuba einen Besuch ab. Nach seiner Rückkehr erklärte er in Washington: „Wir müssen verstehen, daß das Embargo keineswegs Kuba isoliert. Kuba steht in Handelsbeziehungen zu fast allen übrigen Ländern — zu unseren Nachbarn Mexiko und Kanada wie zu Westeuropa, Japan und den sozialistischen Ländern. Die 20 Jahre seit der Verhängung des Embargos haben gezeigt, daß es nur die USA isoliert.“

In Kommentaren zur bevorstehenden Eröffnung dieser Vertretungen schreibt die amerikanische Presse, es sei offensichtlich noch zu früh, von einer Wiederherstellung voller diplomatischer Beziehungen zwischen den USA und Kuba und von einer Aufhebung des Embargos zu sprechen.

■ ISRAEL

Am 17. August teilte ein Regierungssprecher den Beschluß mit, drei weitere israelische Wehrdörfer im besetzten Westjordanland zu „legalisieren“. Dieser Beschluß wurde von der Weltöffentlichkeit verurteilt. UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim äußerte tiefe Besorgnis über diesen Schritt der israelischen Regierung. Er sagte, derartige Handlungen würden negativ die Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine Friedensregelung im Nahen Osten beeinflussen. Die palästinensische Nachrichtenagentur WAFA konstatierte in ihrer Erklärung, die weitere Schaffung israelischer Wehrdörfer in den besetzten arabischen Gebieten zeuge davon, daß die derzeitigen Bemühungen um eine Friedensregelung „keine tatsächliche Unterstützung bei der israelischen Führung finden, die die Politik der Vertreibung der einheimischen arabischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten fortsetzen will“.

Gegen die Schaffung neuer israelischer Siedlungen im Westjordanland protestierte der Botschafter Belgiens in Israel im Namen der EG-Länder. Ein Sprecher des US-Außenministeriums verurteilte gleichfalls den Beschluß der israelischen Regierung, doch sagte er

NACH DEM TREFFEN IN KUALA LUMPUR

Valeri IRININ

Anfang August tagte in Kuala Lumpur, der Hauptstadt Malaysias, die zweite Gipfelkonferenz der ASEAN (Assoziation der Staaten Südostasiens). Der Anlaß war der zehnte Jahrestag der Gründung dieser Körperschaft am 8. August.

Was hat sie geleistet und wie will sie sich weiterentwickeln? Über diese und ähnliche Fragen diskutiert man jetzt nicht nur in Südostasien. Staatsmänner und andere Politiker sowie die Presse vieler Länder äußern darüber bisweilen genau entgegengesetzte Ansichten. In einem stimmen sie aber überein: darin, daß sich die Ausrichtung der ASEAN und ihre Ziele in den zehn Jahren wesentlich geändert haben.

Als Organisation für regionale soziale, wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit gegründet, entwickelt sie sich immer mehr zu einem politischen Koordinationsorgan. Dabei hat nicht unwesentlich die Tatsache mitgespielt, daß die meisten ihrer Mitglieder entweder von den Imperialisten gebildeten Militärblöcken angehörten (Thailand und die Philippinen der SEATO, Malaysia, Thailand und die Philippinen dem ASPAC) oder Militärabkommen mit imperialistischen Staaten geschlossen haben.

Die ASEAN-Länder mit ihren gut 200 Millionen Einwohnern besitzen unermessliche Naturschätze. Ihre Lage ist strategisch wichtig. Gewiß deshalb sind die USA und ihre Alliierten besonders an ihnen interessiert, namentlich seit einigen Jahren. Nach der Niederlage der Imperialisten in Indochina und dem Zerfall der SEATO sucht Washington die ASEAN auf die Ausführung seiner außenpolitischen Pläne in diesem Teil der Welt einzustellen und sie in erster Linie zu einem Hemmschuh für die nationale Freiheitsbewegung zu machen. Immer nachdrücklicher preßt man sie in die Form einer antikommunistischen militärisch-politischen Gruppierung.

Diese Absichten werden von den extremistischen Kreisen in den ASEAN-Ländern unterstützt. Den

Rammbock dabei spielt nun Thailand, dessen Führung ganz offiziell beantragte, militärische Funktionen der ASEAN auf die Tagesordnung des Gipfels in Kuala Lumpur zu setzen.

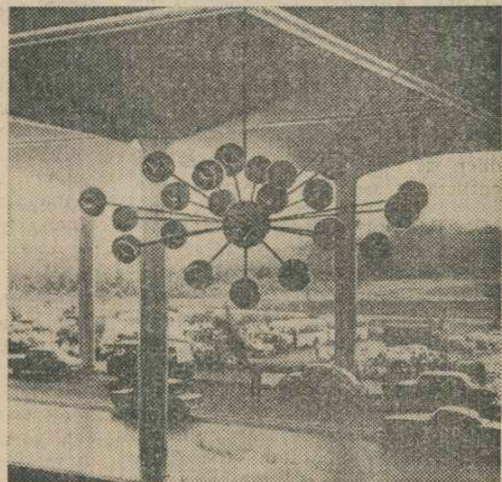
Aber selbst nach offiziellen Erklärungen mancher führender Persönlichkeiten von ASEAN-Ländern zu urteilen, wissen sie genau, wie gefährlich ein solcher Kurs ist. So hat Ferdinand Marcos, der Präsident der Philippinen, geäußert, daß die Umwandlung der ASEAN in einen antikommunistischen Block unweigerlich zu einem Zwist mit den Ländern Indochinas führen werde. Die Führung Malaysias und der Außenminister von Singapur, Rajaratnam, haben wiederholt erklärt, man dürfe nicht zulassen, daß aus der ASEAN ein Militärpakt gemacht wird.

Diese Äußerungen könnte man begrüßen, wenn die Sache nicht einen Haken hätte. Gleichzeitig intensiviert man nämlich die militärische Zusammenarbeit der ASEAN-Mitglieder, so daß die schönen Worte nur über das militärische Treiben hinwegtäuschen sollen. Die Presse schreibt andauernd über Manöver der Streitkräfte zweier oder dreier ASEAN-Staaten, über gemeinsame Strafoperationen gegen die Aufstandsbewegung in den Grenzgebieten, über Kolloquien der Leiter von Militärämtern zu „theoretischen Fragen“ und über Maßnahmen zur Vereinheitlichung der Waffen. Ziemlich eingehend befaßt man sich auch mit einer Koordinierung militärischer Operationen „zur Gewährleistung der Sicherheit in unruhigen Gebieten“.

Über derartige Tatsachen muß sich die breite Öffentlichkeit Asiens

Sorgen machen. Vor allem trifft das für die nächsten Nachbarn der ASEAN zu, d. h. für die Staaten Indochinas. Deshalb hat der zweite ASEAN-Gipfel so viel von sich reden gemacht.

Der malaysische Außenminister Rithauddeen teilte am 1. August mit, die Verhandlungen würden sich auf wirtschaftliche, soziale und kulturelle Fragen beschränken, von einer militärischen Zusammenarbeit sei in Kuala Lumpur überhaupt nicht die Rede. Nicht ganz so kategorisch war sein indonesischer Amtskollege, Adam Malik, er sagte, dieses Problem könne Gegenstand inoffizieller Verhandlungen sein. Indessen schrieb die Presse ausdrücklich, militärische Fragen würden nicht nur zur Sprache kommen, sie würden sogar den Schwerpunkt bilden. Vor der Konferenz schrieb die Londo-



Diese Uhr in Kuala Lumpur zeigt die Zeit in den größten Städten der Welt an und symbolisiert damit gewissermaßen die ausgedehnten internationalen Verbindungen Malaysias

Foto TASS

ner Times: „Die Führer von Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und den Philippinen werden sich über die künftigen Sicherheitsmaßnahmen für die Region gewiß ausschweigen, wenn sie in Kuala Lumpur zusammenkommen... es besteht aber kein Zweifel daran, daß die zukünftige Sicherheit der fünf nichtkommunistischen Länder Südostasiens hinter verschlossenen Türen ein Hauptthema sein wird.“

Über das Schlußkommuniqué äußern politische Kommentatoren die Vermutung, daß die Verfechter eines extremistischen Kurses der ASEAN dieses Mal nicht die Ober-

hand gewonnen hätten. Als indirekten Beweis dafür betrachten sie die geäußerte Bereitschaft, „den friedlichen konstruktiven Dialog mit den Staaten Indochinas fortzusetzen“.

Im Schlußdokument wird u. a. „der Wunsch der ASEAN-Länder“ konstatiert, „die friedliche, für alle Seiten vorteilhafte Zusammenarbeit mit sämtlichen Staaten der Region einschließlich von Kampuchea, Laos und Vietnam zu fördern“; weiter heißt es da: „Der Austausch von Besuchen auf hoher Ebene hat die Aussichten auf bessere Beziehungen zwischen den ASEAN-Ländern und den Staaten Indochinas größer werden lassen.“ Die Konferenzteilnehmer haben sich für eine Aufnahme der Sozialistischen Republik Vietnam in die UNO ausgesprochen.

Das alles hat in den Ländern Südostasiens Anklang gefunden, wenn die Kommentare auch etwas vorsichtig gehalten sind. Was mag hinter den Erklärungen stecken? Bedeuten sie, daß die realistische Einstellung zu den Angelegenheiten der Region den Sieg davongetragen hat, oder sollen sie nur die beunruhigte Öffentlichkeit beschwichtigen?

Die Ergebnisse der Wirtschaftsdebatte auf der Konferenz werden verschieden beurteilt. Die wirtschaftlich schwachen ASEAN-Mitglieder haben bekanntlich in den letzten Jahren nach wirksamen Formen und Methoden der Zusammenarbeit und eines Ausbaus der Handelsbeziehungen gesucht und auch einiges damit erreicht. Auch wurden Maßnahmen zur Bildung einer Freihandelszone und zur Senkung der Zollschränken getroffen. Auf dem ersten ASEAN-Gipfel in Indonesien (Februar 1976) wurde der gemeinsame Bau von fünf Industrieobjekten beschlossen. Ein wesentlicher Fortschritt bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist jedoch — das mußten die Konferenzteilnehmer selbst zugeben — noch nicht erzielt worden.

Bei den ASEAN-Mitgliedern rückt eine Ausdehnung der Verbindungen mit Japan, Australien und Neuseeland immer mehr in den Blickpunkt, wobei es nicht nur um wirtschaftliche Beziehungen, sondern auch um den politischen Aspekt geht. Bei Zusammenkünften von Führern der ASEAN-Länder mit den Chefs der genannten Staaten nach der Konferenz wurde diese Orientierung weiter erhärtet. Mitglieder der ASEAN-Führung betonten öffentlich, daß sie in diesen Län-

dern einen „wichtigen Faktor größerer politischer Stabilität in Südostasien“ sehen.

In Tokio, ebenso wie in den Hauptstädten der Westmächte, wird dieser Kurs begrüßt, weil er es den imperialistischen Mächten gestattet, ungehindert und mit geringen Aufwendungen in die Länder Südostasiens einzudringen, vor allem aber weil er ihnen gute Möglichkeiten zur Ausführung ihrer politischen Absichten bietet. Über die wahren Absichten des Westens schrieb ganz offen die *Daily Yomiuri* (Japan): „Es ist nicht zu leugnen, daß eine gedeihende, stabile ASEAN als wirksame Schranke gegen eine weitere Ausbreitung des kommunistischen Einflusses in Südostasien dienen würde.“

Das Hilton-Hotel, in dem die Konferenz tagte, ist leer geworden. Womit sind die führenden ASEAN-Politiker abgereist?

Ein Reuter-Korrespondent schreibt aus Kuala Lumpur: „Das Gipfeltreffen endete mit hochtrabenden Phrasen über ein herzliches Einvernehmen und Zufriedenheit, aber offenbar sind die Erfolge im Sinne eines noch engeren Zusammenschlusses dieses Regionalbündnisses nicht allzu groß.“

Unbeantwortet sind auch die Fragen geblieben, die vor allem die Gefahr einer Militarisierung der ASEAN betreffen. Einige Teilnehmer der Konferenz sind sich darüber klar, daß sie die Befürchtungen über eine Weiterentwicklung dieser Tendenz nicht zerstreut hat. Bemerkenswert ist die Erklärung des malaysischen Ministerpräsidenten Onna, daß „die ASEAN-Mitglieder sich Mühe geben werden, die UdSSR, die SRV und die VDR Laos davon zu überzeugen, daß die ASEAN nur eine soziale und wirtschaftliche Zusammenarbeit anstrebt und kein Militärblock ist“.

Zweifelloos liegt es im Lebensinteresse der Völker dieses Raums, daß eine Umbildung der ASEAN in einen proimperialistischen Militärpakt nicht zugelassen wird. Dann könnte nämlich in Südostasien ein neuer Spannungsherd entstehen. Die fortschrittliche Öffentlichkeit Asiens setzt sich dafür ein, daß die positiven Tendenzen, die sich in dieser Weltgegend andeuten, verstärkt werden. Es geht darum, friedliche, gutnachbarliche Beziehungen, ja eine Freundschaft und Verständigung unter den Völkern dieser Region anzubahnen.

NZ

STREIFLICHTER

nicht, was die USA konkret zu tun gedächten, um diese ungesetzlichen Handlungen zu verhindern.

■ JAPAN

Am 20. August ging in Yokohama der viertägige 55. Kongreß des Generalrates der japanischen Gewerkschaften [SOHYO] zu Ende — der größten Gewerkschaftszentrale mit 4,6 Millionen Arbeitern und Angestellten. 700 Delegierte nahmen teil, die alle dem SOHYO angehörenden Gewerkschaften repräsentierten. Vertreter der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei, einer Reihe von gewerkschaftlichen und demokratischen Organisationen des Landes begrüßten den Kongreß. Hauptfrage der Tagesordnung war die Erörterung und Billigung des Aktionsprogramms für 1978. Der SOHYO-Generalsekretär, M. Tomizuka, hielt den Rechenschaftsbericht.

Der Kongreß bekräftigte einstimmig die Entschlossenheit des SOHYO, den Kampf gegen das Joch der Monopole und die Massenarbeitslosigkeit, für einen garantierten Mindestlohn und die Verbesserung des Sozialversorgungssystems, zur Verteidigung der demokratischen Rechte der breiten werktätigen Massen fortzuführen und zu verstärken.

■ USA

Vom Kosmodrom am Kap Canaveral [Staat Florida] wurde am 20. August die Sonde Voyager 2 gestartet. Sie ist mit TV-Kameras und wissenschaftlichen Instrumenten ausgerüstet. Informationen über die größten Planeten des Sonnensystems, Jupiter und Saturn, sollen gesammelt werden. Die Sonde wird 1979 am Jupiter und 1981 am Saturn vorbeifliegen. Dann ist vorgesehen, die Sonde in Richtung Uranus zu lenken, den sie 1986 passieren soll. Anschließend wird sie das Sonnensystem verlassen. Amerikanische Wissenschaftler meinen, daß, wenn alles erfolgreich verläuft, der Voyager 30 Jahre Informationen übermitteln wird. Er führt auch eine Botschaft von der Erde für den wenig wahrscheinlichen Fall mit, daß außerirdische Wesen ihn einige Jahrhunderte später irgendwo außerhalb des Sonnensystems antreffen. Die Botschaft wurde auf einer Kupferschallplatte aufgezeichnet und in einer Aluminiumhülle außen am Voyager angebracht.

DIE AUSGESTOSSENEN

Von unserem ständigen Berichterstatter
Stanislaw LEWTSCHENKO

Auf einer kurzen Tour durch Japan werden einem beliebige Fragen beantwortet, z. B. was die Ursachen des japanischen „Wirtschaftswunders“ sind. Man klagt, nach der Energiekrise sei die berühmte Tokioter Reklame viel bescheidener geworden, und fast bestimmt wird einem gesagt, ein einmaliger, schon seit Jahrhunderten bestehender Wesenszug Japans sei die Einigkeit der Nation, sie stelle eine einzige große Familie dar. Natürlich wird auch nicht vergessen zu erwähnen, daß alle Mitglieder dieser „großen Familie“ gleiche Rechte und Möglichkeiten haben.

Wenn ein besonders neugieriger Tourist Fragen stellt, auf die in den bunten Reiseprospekten keine Antworten enthalten sind, dann wird ihm nicht ganz so bereitwillig gesagt, ja, das Land habe jetzt eine Million Arbeitssuchende; ja, die 600 000 Personen koreanischer Nationalität und die Angehörigen einiger anderer nationaler Minderheiten genießen eigentlich nicht die gleichen Rechte wie die Japaner, nicht einmal solche, die schon Jahrzehnte in Japan ansässig sind. Bestimmt erfährt der Gast nichts von einem der beschämendsten Probleme dieses Landes, dessen Verfassung Anspruch darauf erhebt, ein Muster bürgerlicher Demokratie zu sein.

Im japanischen Wortschatz gibt es das Wort „Eta“. Es bedeutet Parias, Ausgestoßene. Ein anderes Wort, „Burakumin“, bedeutet Einwohner einer speziellen Siedlung. Leider waren diese Wörter nicht nur im Mittelalter gängig. Laut *Japan Times* reicht die Zahl der Burakuminen jetzt an drei Millionen heran. Sie leben in Stadt und Land in 5000 „speziellen Siedlungen“. Solche Siedlungen waren noch im vorigen Jahrhundert von der Umwelt isoliert. Die stark entwickelte Infrastruktur Japans in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat dazu geführt, daß die „Ausgestoßenen“ jetzt in Städten und anderen Orten neben denen wohnen, die für sie noch immer den herabwürdigenden Namen gebrauchen.

Zum Verständnis dessen, wie diese ganz besondere Gesellschafts-

schicht entstanden ist, bedarf es eines kurzen Rückblicks in die Geschichte. Als Mitte des 6. Jahrhunderts der Buddhismus mit seinen zahlreichen Sekten nach Japan kam, wurden einige Berufe des einfachen Volkes als unsauber gebrandmarkt, so der Beruf des Schlächters, des Fleischhauers, des Gerbers und des Wurstmachers. Seitdem gelten diese Menschen, die sich in Herkunft und Nationalität nicht von den anderen Landesbewohnern unterscheiden, als Ausgestoßene. Sie fristeten jahrhundertlang ein Elendsdasein, was die Feudalherren und Zwischenhändler nicht daran hinderte, sich an den Früchten ihrer Arbeit zu bereichern. So war es in alten Zeiten, und genauso ist es jetzt.

Während der Weltausstellung EXPO 70 hielt ich mich einige Monate in Osaka, der zweitgrößten Stadt Japans, auf. Einmal trat in der sowjetischen Halle eine Gruppe reinlich, aber ärmlich gekleideter junger Leute zu mir. Sie stellten Fragen nach der Lebensweise der sowjetischen Menschen und nach der Geschichte und Nationalitätenpolitik der UdSSR. Am meisten aber interessierte es sie, daß bei uns alle Berufe gleich geehrt sind. Nach dem kurzen Gespräch stellten sich die jungen Leute verlegen als Burakamine vor. Ich bat sie, mir zu zeigen, wo sie wohnen. Zögernd willigten sie ein. Der Außenbezirk Osakas, in den sie mich führten, wirkte höchst armselig. Elende Sperrholzbehausungen klebten buchstäblich aneinander. In den Rinnsteinen floß eine stinkende Brühe, denn Kanalisation ist nicht vorhanden. Durch die Straßen kann wegen der Enge gerade noch ein Wagen fahren. In einem kleinen Café erzählten mir meine Begleiter, daß sie faktisch keine Möglichkeit zum Studium haben, daß sie nur mit Mühe selbst eine schlechtbezahlte Arbeit finden und daß es ihnen oft schwerfällt, eine Familie zu gründen. Ein junges Mädchen oder ein junger Mann bricht sofort ein Verhältnis ab, wenn es sich herausstellt, daß der Partner zu den Burakuminen zählt.

Allerdings kann man nicht gerade sagen, daß die Behörden nichts

gegen die Vorurteile unternähmen. Aber wie machen sie das? Junge „Ausgestoßene“ werden aufgefordert, Vor- und Zunamen zu wechseln und einen fiktiven Geburtsort in ihre Papiere eintragen zu lassen, d. h. ihre Abkunft zu verhehlen. Meine jungen Bekannten sagten aber voll Bitternis und Zorn: „Warum sollen wir den Namen unserer Eltern verleugnen und lügen — sind wir nicht ebensolche Japaner wie



Marunouchi, ein Viertel Tokios. Hier stehen neben modernen Hochhäusern japanischer Großbanken und Gesellschaften Hütten der Ausgestoßenen, in denen es so aussieht

Foto TASS

die ändern? Was ist denn dann die Verfassung unseres Landes überhaupt wert?“

Bevor ich ging, bestellten sie mir noch sehr schmackhaftes Räucherfleisch. Ich dankte und erkundigte mich, in welchen Geschäften die Delikatesse zu haben sei. Die Antwort lautete: „Nirgends in der ganzen Stadt. Sie wird nur in unserem Stadtviertel zubereitet, und kein Geschäftsmann würde Räucherfleisch führen, das von Burakuminen zubereitet worden ist.“

Die Begegnung liegt schon sieben Jahre zurück. Neulich sah ich in der *Asahi Evening News* einen Artikel mit der Überschrift „Das Problem der Burakuminen“. Der Verfasser bestätigte, daß dieses Problem noch jetzt für Tokio ein wunder Punkt ist. Ich fuhr im Auto durch mehrere Stadtbezirke, in denen, wie es in dem Artikel hieß, die Parias hausen.

Der Bezirk Arakawa oder vielmehr der Teil von ihm, durch den ein tintenfarbener Kanal fließt, ist von Burakuminen bevölkert. Das gleiche Bild wie damals in Osaka. Armut und Elend. Dürftig gekleidete Menschen, die den Ausländer argwöhnisch betrachten. Armut ist stolz.

Dem Artikel in der *Asahi* zufolge hat das Viertel 2700 Einwohner. Nach den schiefen Aushängen an den baufälligen Häusern zu urteilen, herrschen hier Schuster- und Gerberwerkstätten vor. Die winzigen „Betriebe“ beschäftigen 3–5 Personen. Und ein für Tokio erstaunliches Detail: kein einziges Lebensmittelgeschäft, kein Café, keine Sauna. Nicht einmal eine Feuerwache. Kein Kaufmann will ein Geschäft aufmachen, weil die Bevölkerung zu arm ist, als daß sich die Sache rentieren könnte. Bis zum vorigen Jahr, als die Liga für die Befreiung der Burakuminen einen Konsum aufmachte, mußten die Leute eine halbe Stunde gehen, um in einem anderen Viertel einzuholen — gehen, weil eine Autobuslinie erst seit 1976 bis hierher gelegt worden ist.

„Ausgestoßene“ leben aber auch noch in anderen Vierteln — in Taito, Sumida, Adachi —, und da sieht es genauso aus.

Laut Statistik macht die Lebenserwartung der Bewohner dieser Siedlungen nur 50% des Landesdurchschnitts aus.

Die *Asahi Evening News* schreibt, ein junger Mann habe unlängst versucht, eine kleine Wohnung zu mieten. Als er beim Ausfüllen des Mietvertrags als seine Arbeitsstelle den Fleischmarkt Tokios angab (auf dem viele Burakuminen arbeiten), weigerte sich der Inhaber des Mietshauses, ihm die Wohnung zu geben.

Selbst junge Burakuminen, die ihre Abkunft verheimlichen, können nur schwer Arbeit finden, denn die Firmen sind sehr mißtrauisch und finden bald heraus, wer sie sind. Eine Privatdetektei führe eine Liste der Bewohner „spezieller Siedlungen“ des ganzen Landes. Die Liste ist von 12 Firmen angekauft worden, wozu, das ist klar.

Wer garantiert dem „Ausgestoßenen“ wirklich gleiche Rechte, wie sie die übrigen Bürger haben und in der Verfassung verbrieft sind? Wer garantiert diesen Mitgliedern der „großen Familie“ die elementaren Menschenrechte? Diese Frage wird in den bunten Reiseführern nicht beantwortet.

Tokio

„NEUE ZEIT“ 35-77

NORDOSTAFRIKA

WEM NÜTZT ES?

Am 20. August wurde in Äthiopien die allgemeine Mobilmachung bekanntgegeben. Dieser Beschluß des Provisorischen Militärverwaltungsrates (PMAC) wurde gefaßt, da die erythräischen Separatisten eine Reihe von Städten im Norden des Landes eingenommen haben und Trupps der sogenannten Westsomalischen Befreiungsfront, zu denen auch somalische Soldaten gehören, im Osten des Landes Krieg führen. Der PMAC-Vorsitzende Mengistu Haile Mariam erklärte, gegenwärtig werde in den Provinzen Bale und Sidamo im Süden gekämpft und die reaktionären Kräfte würden aktiver. Der gefährliche Spannungsherd, der im Räume des afrikanischen Horns entstanden ist, nimmt bedrohliche Ausmaße an. Wie Nachrichtenagenturen melden, werden in Ogaden schwere Artillerie, Düsenjäger und Panzer eingesetzt. Beide Seiten haben bedeutende Verluste.

Die auch ohnedies komplizierte Lage wird von Versuchen imperialistischer und anderer reaktionärer Kräfte verschärft, die Differenzen zwischen Äthiopien und Somalia zu vertiefen. Der Konflikt wird mit Lügen und Verleumdungen angeheizt. Nationalistische Leidenschaften werden hochgepeitscht. Verschiedene Separatistengruppierungen regen sich.

Zu diesen Ereignissen schrieb die Zeitung *Peoples Evening News* (Ghana), der Imperialismus und die Reaktion würden alles tun, um die progressive Entwicklung Somalias und Äthopiens rückgängig zu machen und zu verhindern, daß dort tiefgreifende soziale und politische Umgestaltungen durchgeführt werden. Mit der Taktik des „Teile und herrsche“ versuchen diese Kräfte jetzt, die afrikanischen Brudervölker gegeneinander auszuspielen. Hierbei setzt der Imperialismus in seiner Strategie für den Raum um das Rote Meer vor allem auf reaktionäre arabische Kreise.

Die Haltung der OAU legte ihr Generalsekretär, William Eteki Mboumoua, dar. Von Nairobi aus rief er alle OAU-Staaten auf, die Grenzen der afrikanischen Länder zu respektieren, wie sie bei der Erlangung der Unabhängigkeit gezogen waren. Wie er erklärte, erkenne die OAU die „Westsomalische Befreiungsfront“ nicht als Befreiungsbewegung an.

In den zwischenstaatlichen Beziehungen ist das Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten strikt zu beachten, betonte der OAU-Generalsekretär.

Es sei gesagt, daß das Prinzip der Unverletzlichkeit der zum Zeitpunkt der Proklamierung der Unabhängigkeit bestehenden Grenzen ein Grundprinzip der OAU ist.

In letzter Zeit werden intensive Versuche unternommen, um eine politische Lösung des Problems zu erreichen. Die irakische Zeitung *Tarik al-Shaab* berichtete von diesbezüglichen Bemühungen der Sowjetunion, Indiens, Madagaskars, der OAU sowie anderer Länder und internationaler Organisationen.

Geleitet von ihrer internationalistischen Pflicht und von den Gefühlen der Freundschaft und Hochachtung vor den Völkern Somalias und Äthopiens, unternimmt die Sowjetunion konsequent Anstrengungen, um zu einer Regelung beizutragen und einen dauerhaften Frieden am Horn von Afrika zu gewährleisten. Wie es in einer TASS-Erklärung vom 14. August hieß, „ist eine friedliche politische Lösung der komplizierten Probleme, u. a. jener, die aus der kolonialen Vergangenheit übernommen sind, am Verhandlungstisch der einzig richtige und vernünftige Weg“. Tiefe Besorgnis über die Verschärfung der Lage in Afrika kam auch im sowjetisch-jugoslawischen Kommuniqué nach dem Besuch des Präsidenten der SFRJ, des Vorsitzenden des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, Josip Broz Tito, zum Ausdruck.

Zugleich mit Versuchen, den Konflikt zu schüren, intensivieren die reaktionären Kräfte ihre Angriffe auf die Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder, stellen deren Afrika-Politik verzerrt hin und wollen Somalia und Äthiopien von ihren natürlichen Verbündeten und Freunden trennen. Doch die progressive afrikanische Öffentlichkeit versteht nur zu gut, was hier gespielt wird. Wie die in Monrovia erscheinende Zeitung *Liberian Age* schreibt, nützt die Bildung eines neuen Kampfschauplatzes in Afrika nur den Kräften des Imperialismus.

J. TJUNKOW

ZWEIFELHAFTE THESEN

Am 18. August beendete der japanische Ministerpräsident Takeo Fukuda eine fast zweiwöchige Südostasienreise. Er besuchte fünf ASEAN-Mitgliedsländer sowie Burma. Die westliche Presse widmete seiner Reise große Aufmerksamkeit. Bei seinen Besuchen erklärte Fukuda: Japan werde in Zukunft gegenüber der ASEAN eine „neue Politik“ verfolgen, die sogleich als „Fukuda-Doktrin“ getauft wurde.

Worin besteht sie? Japan wird, wie der Premier erklärte, seinen Beitrag zur Sicherung des Friedens in Südostasien und der ganzen Welt leisten, indem es auf seine Rolle als „Militärmacht“ verzichtet. Als „gleichberechtigter Partner“ wird es seine Beziehungen mit den Ländern der Region „auf der Grundlage des gegenseitigen Verständnisses, des Vertrauens zueinander und des herzlichen Einvernehmens“ gestalten, „zur wirtschaftlichen Entwicklung der Länder der Region beitragen und die Grundlage für Frieden und Gedeihen in Südostasien schaffen“.

Beobachter in Tokio machten vor allem darauf aufmerksam, daß bereits die erste These der „Fukuda-Doktrin“ — „der Verzicht auf die Rolle als Militärmacht“ — der Kritik nicht standhält. Ist doch Japan mit den USA durch den militärischen „Sicherheitsvertrag“ verbunden. Deshalb kann Japan selbst formal nicht als neutral gelten. Ferner ist bekannt, daß die amerikanische und die japanische Führung ihre außenpolitischen Aktionen in der Region koordinieren. Deshalb konnte selbst die

So ist es wirklich um die „Menschenrechte“ bestellt. Die Polizei von Bridgeton (Staat Missouri) geht gegen streikende Arbeiter eines Hussman-Kühlanlagenwerkes vor

Aus „Daily World“ (USA)



Reise des japanischen Premiers nach Meinung vieler Beobachter keine „einseitige“ Initiative Japans sein, sondern war offenbar mit Washington abgestimmt.

Das Vertrauen, das gegenseitige Verständnis und um so mehr das „herzliche Einvernehmen“ zwischen Japan und den Ländern Südostasiens — all das hat auch seine Probleme. Die Expansion des japanischen Kapitals stößt auf erbitterten Widerstand bei der Öffentlichkeit Thailands, Burmas, Indonesiens und einer Reihe anderer Länder. Recht fragwürdig ist auch Fukudas These, Tokio sei bereit, dazu beizutragen, daß die ASEAN-Länder wirtschaftlich prosperieren. Kurz vor seiner Reise gab der japanische Ministerpräsident bekannt, seine Regierung wolle den ASEAN-Ländern eine große finanzielle Hilfe gewähren. Es fragt sich nur: Werden mit den versprochenen Milliarden Yen die Absatzmärkte für japanische Waren ausgebaut oder der Lebensstandard in den ASEAN-Ländern zumindest etwas angehoben?

Die Zukunft wird zeigen, ob Tokio wirklich zu Frieden und Sicherheit in Asien und im Fernen Osten beitragen oder es nur seine politische und wirtschaftliche Expansion in den Entwicklungsländern als Wohltat darstellen will.

S. ALEXANDROW

ERZWUNGENER RÜCKTRITT

Der australische Generalgouverneur John Kerr tritt zurück. Das hatte man seit November 1975 erwartet, als Kerr einen in der Landesgeschichte einmaligen „konstitutionellen Umsturz“ inszenierte. Unter Ausnutzung einer parlamentarischen Krise, die der konservativen Opposition zu „verdanken“ war, setzte er den gewählten Labour-Premierminister Gough Whitlam ab. Neuwahlen wurden angekündigt, nach denen eine Koalition aus Liberalen und Agrariern an die Macht kam.

Im politischen Leben Australiens ist der Generalgouverneur, das Staatsoberhaupt, das die britische Krone vertritt, schon seit langem nur eine Galionsfigur — auch wenn in den letzten Jahren nicht Engländer, sondern Australier dieses Amt bekleideten, was die faktische Unabhängigkeit von Großbritannien demonstrieren sollte. Um so verständlicher ist der Empö-

rungssturm, der durch Kerrs Handlungen ausgelöst wurde. Doch der Generalgouverneur überstand ungeschoren die Zeiten, als die Australier seine Absetzung verlangten. Und jetzt kam Kerr auf einmal zu dem Schluß, er solle lieber gehen.

Was hat Kerr dazu gezwungen? Sind doch die konservativen Kräfte, auf deren Wunsch er Whitlam in die Wüste schickte, an der Macht. Der eigentliche Grund ist, daß in der australischen Presse kürzlich skandalöse Enthüllungen über die Einmischung der CIA aufgetaucht. Erstens stellte sich heraus, daß Kerr Kontakt zu dieser Organisation hatte, und zweitens, daß er den „konstitutionellen Umsturz“ in einer Lage beschloß, da nach Meinung der CIA das amerikanische Spionagenetz drohte aufzuliegen.

Ein ehemaliger Minister der Labourregierung, Clyde Cameron, erklärte im Parlament, Kerr habe Beziehungen zum CIA-Agenten Krieger unterhalten. Als Sekretär der „Australischen“ Vereinigung für Kulturfreiheit“ gewann Krieger, der seit Ende der 40er Jahre im Lande agierte, viele australische Politiker für eine CIA-Tätigkeit.

1966–1970 leitete Kerr die „Juristische Vereinigung der Länder Asiens und des Pazifikraums“. Diese Organisation erhielt Gelder über den „Asienfonds“ in San Franzisko, über den CIA-Operationen geheim finanziert werden. Kerr war ferner Direktor der australischen General Motors Holden und Berater der Filiale des US-Ölkonzerns Esso.

Der Riesenskandal, der durch die Entfarnung der CIA-Tätigkeit in Australien ausgelöst wurde, war notwendig, damit Kerrs Thron ins Wanken kam. Die Angst vor neuen Enthüllungen zwang ihn, die politische Bühne zu verlassen.

W. KALININ

NICHT WEISSZUWASCHEN

Der chilenische Juntachef Pinochet gab die Auflösung der Geheimpolizei DINA bekannt, die seinerzeit nach dem Vorbild der Hitlerschen Gestapo geschaffen wurde, um mit den Patrioten abzurechnen. In den drei Jahren ihres Bestehens hat die DINA viele schwerste Verbrechen verübt. In ihren Kerkern wurden Unschuldige gefoltert. Tausende verschwanden spurlos, nach-

dem die Junta ihrer habhaft geworden war.

Die Auflösung der Geheimpolizei erklärte Pinochet damit, daß die DINA bereits ihre „komplizierten Funktionen“ erfüllt habe. Doch die Junta trug Sorge für einen „juristischen Nachfolger der DINA“ und bildete das Nationale Informationszentrum, dessen Hauptaufgabe es sein soll, „die erforderlichen Maßnahmen zur Gewährleistung der nationalen Sicherheit“ zu ergreifen. Es ist bereits bekannt, daß sie noch größere Rechte als die DINA haben wird.

Das ist schon nicht der erste Fall, da die Junta die Öffentlichkeit über die in Chile herrschenden Verhältnisse irreführen will. Kein Wunder: Der Abscheu, den die anständigen Menschen gegenüber den Greueltaten der Junta empfinden, hat das Regime isoliert, und diese Isolierung kann Pinochet, seit er vor vier Jahren an die Macht kam, nicht durchbrechen.

Doch es gibt hierbei einen Aspekt, auf den viele Beobachter aufmerksam gemacht haben: Die Auflösung der DINA wurde am 12. August bekanntgegeben, d. h. gerade, als der US-Unterstaatssekretär für lateinamerikanische Angelegenheiten, Terence Todman, Chile einen Besuch abstattete. In Santiago erklärte er: „Die herrschende Meinung über die Lage in Chile ... entspricht nicht der Wirklichkeit, mit der man bei einem Besuch konfrontiert wird.“ Ähnlich lauten auch kürzliche Äußerungen des US-Vertreters im UNO-Menschenrechtsausschuß, Allard Lowenstein. Diese Erklärungen gingen in die gleiche Richtung wie Pinochets Behauptung von einer internationalen Kampagne, die angeblich „Chiles Ansehen im Ausland schwer schmälert“.

Wenn sich auch bei manchen Zweifeln über die wahren Ziele der US-Politik gegenüber den lateinamerikanischen Diktaturen nach der lautstarken Kampagne für die „Menschenrechte“ auf dem Kontinent eingestellt haben, dann ist jetzt alles klar. Auf der Tagung der OAS-Sondervollversammlung im Juni d. J. auf Grenada haben die USA zum ersten Mal offen die chilenische Junta unterstützt. Jetzt, nicht ohne Mitwirken der USA, wurde die verhaßteste Institution der Gorillas umgetauft. Doch bluttriefende Verbrecher kann man nicht weißwaschen — auch nicht, wenn einem einflußreiche Freunde aus dem Norden zur Seite stehen.

A. SMIRNOW

WEITERER DENKZETTEL?

Die CIA-Agenten — aktive wie gewesene — zeigen für gewöhnlich keine Neigung, Geheimnisse ihrer mächtigen, doch alles andere als respektablen Organisation zu lüften. Da ist Philip Agee fast eine Ausnahme. Der ehemalige CIA-Offizier und Journalist hat ein entlarvendes Buch über den US-Spionagedienst geschrieben, wodurch er Wutausbrüche bei den CIA-Oberen auslöste. Und obgleich der Ex-Nachrichtendienstler weit genug entfernt war — in Großbritannien —, belangte die CIA ihn auch dort. Wie westliche Zeitungen schrieben, wurde die britische Administration unter Druck gesetzt: Agee wurde des Landes verwiesen.

„Das ist ein Versuch, die Arbeit an meinem neuen Buch über die CIA zum Scheitern zu bringen“, erklärte damals der Journalist.

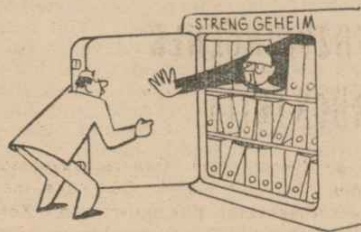
Agee mußte sich nach Holland absetzen. Anschließend hielt er sich drei Wochen in Paris auf. Doch dann war es wieder soweit. Das Innenministerium bezeichnete seinen Aufenthalt in Frankreich als „unerwünscht“. Auf einer kürzlichen

Pressekonzferenz in Brüssel erklärte Agee, seine Ausweisung aus Frankreich erfolge auf einen Wink der CIA. Allein in Paris sind nach seinen Angaben etwa 60 CIA-Agenten aktiv. Der US-Spionagedienst will einen Erfolg der Linkskräfte bei den bevorstehenden Wahlen verhindern. Die CIA-Bosse wissen, daß Agee Informationen über derartige Geheimoperationen hat, und setzten alles daran, damit er aus Frankreich ausgewiesen wird.

Agee, der gegen den „Ehrenkodex“ der Agenten verstoßen hat, steht unter starkem psychologischen Beschuß. Ohne es zu wagen, ihn einfach zu „beseitigen“, haben die US-Sonderdienste zweimal ihre Macht demonstriert. Ob es zu einem dritten Denkzettel kommt?

Inzwischen bereitet der Journalist neues Enthüllungsmaterial über CIA-Geheimoperationen vor. Überdies will er eine „Informationsbank“ mit Angaben über die Tätigkeit des US-Nachrichtendienstes in aller Welt schaffen.

W. SHITOMIRSKI



Der Spionagemimmel in der Bundesrepublik hat sich so breitgemacht, daß sich selbst Die Welt darüber mokiert: Als ein Beamter einen Safe mit streng geheimen Dokumenten öffnet, sieht er voller Schrecken, daß sich dort schon jemand befindet. „Keine Aufregung, ich bin nur der Spion vom Dienst!“, beruhigt ihn der Unbekannte.

Schwarzer Humor

An einem Augustabend wurde eine Musiksendung des schweizerdeutschen Rundfunks plötzlich von einer Ansage unterbrochen: An der Grenze zwischen der BRD und der DDR sei es zu einem militärischen Zwischenfall gekommen, und es würde geschossen. Etwas später meldete der Sprecher eine Eskalation des Konflikts: Zwei Neutronenbomben seien abgeworfen worden und 480 000 Menschen ums Leben gekommen...

Die Sendung löste Panik aus, Es

hagelte Anrufe, auf die die Redaktion antwortete, die ganze Sache sei nur ... ein Scherz. Besonders verstört waren Bundesbürger, die die ganze Nacht beim Schweizer Rundfunk anriefen. „Alle waren wütend, nachdem sie aufgeklärt wurden“, gestanden die „Spaßvögel“ anschließend ein.

Die Rundfunkjournalisten aus der neutralen Schweiz wollten möglicherweise jene NATO-Führer verspotten, die besondere Hoffnungen in die „saubere Waffe“ setzen. Aber dieser Humor war doch recht schwarz.

W. ROSEN

WENN DIE GESCHICHTE DIKTIERT

Ernst HENRY

Seit die Menschen bewußt an die Zukunft denken, fragen sie sich, ob die Geschichte, die Vergangenheit etwas lehren kann. Im Westen antwortet man auf diese Frage häufig mit einem eindeutigen Nein: Eigentlich besage und erkläre die Geschichte gar nichts und sei überhaupt nicht zu verstehen, weil in ihrem Verlauf chaotisch und von Zufall geprägt. Nein, man brauche die Vergangenheit nicht erst darauf abzuschätzen.

Denken wir daran, was wir erlebt bzw. erfahren haben, fragen wir uns doch, ob das stimmt. Hält man Rückschau, so überzeugt man sich: Nein, das stimmt nicht. Zweifellos lehrt die Geschichte etwas.

Mehr noch, sie kann auch diktieren, besonders Menschen, die nicht an sie glauben wollen. Es kommt gewiß vor, daß sie die Stimme der Geschichte überhören, aber eine solche Schwerhörigkeit verzeiht die Geschichte selten. An eine ihrer Lehren in unserer Epoche möchte ich die Leser erinnern.

Die Welt nach der sozialistischen Revolution in Rußland 1917. Was spielt sich im Westen alles ab! Die Älteren unter uns wissen das noch. Das Land Lenins wird als eine minutenlanges Unachtsamkeit, ein Fauxpas der Geschichte betrachtet, als ein Staat außerhalb jeglichen Gesetzes, der morgen von der Landkarte verschwinden werde. Selbst die erfahrensten und ehrenwertesten Staatsmänner der bürgerlichen Welt sind dieser Meinung. Gestritten wird nur darum, wie lange sich die Sowjetmacht halten werde.

Irakli Zereteli, Exminister der Exregierung Kerenski, sagt den Bolschewiki geradeheraus: „Wir haben uns, ob schlecht oder recht, immerhin 6 Monate gehalten. Haltet ihr euch auch nur 6 Wochen, werde ich zugeben, daß ihr recht hattet.“

US-Außenminister Robert Lansing kablet an den amerikanischen Botschafter in Petrograd Francis: „Der Präsident“ (Woodrow Wilson) „wünscht nicht, daß amerikanische Vertreter direkte Verhandlungen mit den Bolschewiki führen.“ Francis selbst erklärt auf der Sitzung eines Senatsunterausschusses in Washington im Frühjahr 1919: „Die Bolschewiki verdienen keine Anerkennung, verdienen nicht einmal Geschäftskontakte... Sie töten jeden, der einen weißen Kragen trägt, Bildung hat oder Nichtbolschewik ist.“

Der britische Botschafter in Paris

Lord Bertie schrieb in sein Tagebuch am 8. Dezember 1918 im Zusammenhang mit den Plänen der Entente, Rußland aufzuteilen oder zumindest in einen Quarantänekreis einzuschließen: „Rußland ist nicht mehr! Es ist zerfallen, weg auch das Idol von Kaiser und Glauben, das die verschiedenen orthodoxen Nationen zusammenhielt. Könnten wir nur die Unabhängigkeit der Pufferstaaten durchsetzen... das übrige kann meinetwegen zum Kuckuck gehen und im eigenen Saft schmoren.“

Ja, in London und Paris, Washington und Tokio waren sie überzeugt: „Rußland ist nicht mehr!“ Churchill macht sich später die bitteren Vorwürfe, warum er „den Bolschewismus nicht in der Wiege abgewürgt hat“, gibt jedoch die Hoffnung nicht auf, dies zu tun, sobald das Kind seine ersten Schritte macht. Schon sagt die Geschichte etwas dazu, aber nur diejenigen hören es, die hören können.

Als die Bolschewiki trotz der bewaffneten Intervention von 14 Staaten die Macht doch aufrechterhalten, schreibt der unruhlich bekannte weißgardistische General Krasnow, der sich nach Berlin geflüchtet hat, einen sensationellen Roman, in dem er unkt: Von nun an werde Sowjetrußland völlig isoliert dastehen, niemand werde hinein, niemand auch ausreisen, selbst die Straßen zu ihm würden mit undurchdringlichem Gestrüpp überwuchert und rund herum werde eine lückenlose Quarantänekette sein.

Man schreibt das Jahr 1922. Gewisse Veränderungen deuten sich in der internationalen Atmosphäre an. Was vor sich geht, kann der Westen nicht fassen. Die Landkarten weisen den Sowjetstaat noch immer auf, ja es wird über seine Anerkennung gemunkelt! Die westliche Diplomatie ist in heller Aufregung. Großbritannien, Frankreich, die USA, Italien, Japan sind kategorisch dagegen. Wie ist so etwas möglich!

Im April 1922 tritt in Genua eine internationale Wirtschafts- und Finanzkonferenz zusammen. Eine sowjetische Delegation nimmt an ihr teil. Allerdings haben die Westmächte die Konferenz einberufen, nicht um die Sowjetrepublik anzuerkennen und eine friedliche Koexistenz mit ihr in die Wege zu leiten. Nein Sowjetrußland soll die alten Schulden der zaristischen und der Provisorischen Regierung aner-

kennen und die Nationalisierung der ausländischen Unternehmen aufheben. Es geht ums liebe Geld!

Als die sowjetischen Delegierten unter Georgi Tschitscherin in Genua eintreffen, zeigt man sie sich wie Menschen von einem anderen Stern. Die Polizei hat Weisung, sie nicht aus den Augen zu lassen: Was, wenn sie die Stadt in Brand stecken? Gleich auf der ersten Sitzung bringt diese Delegation den Vorschlag ein, mit der allgemeinen Abrüstung zu beginnen. Die Konferenz ist entgeistert. Ein kaum bekannter amerikanischer Schriftsteller namens Ernest Hemingway, der der Sitzung beiwohnt, schreibt in seinen Notizblock: „Es war, als zuckte ein Gewitterblitz durch die Atmosphäre dieses Saals... Plötzlich springt der französische Delegierte Barthou auf: „Niemals!“

Nicht wahr, da muß man doch Parallelen zur Gegenwart ziehen? Vor 55 Jahren entwickelt die Sowjetrepublik bei internationalen Verhandlungen dieselbe Idee wie heute: Abrüstung! Und erhält faktisch dieselbe Antwort wie heute, bloß in offener und schroffer Form. Wiederholt sich die Geschichte?

Indessen ist der Westen überzeugt, Moskau doch noch zum Schweigen bringen zu können. Die Diplomatie der Entente rüstet zu einer Offensive. Es wird erwartet, daß das sozialistische Land wenn nicht heute, so doch morgen in die Knie geht.

Nur zwei deutsche Politiker jener Jahre — Josef Wirth, Reichskanzler der Weimarer Republik, und sein Außenminister Walther Rathenau — sehen, vielleicht sogar wider Willen, ein: So geht es nicht, man muß sich zu einem kühnen Schritt entschließen. Bereits während der Konferenz schließt Deutschland in Rapallo einen Vertrag mit der Sowjetrepublik ab, dem zufolge diplomatische Beziehungen zwischen beiden Ländern in vollem Umfang wiederaufgenommen werden.

Neue Verwirrung in Genua. Zwei Tage nach Unterzeichnung des Vertrags richten Großbritannien, Frankreich, Italien und die von der Entente abhängigen Länder eine scharfe Note an Deutschland, dem Illoyalität vorgeworfen wird: Seine Vertreter hätten „insgeheim, hinter dem Rücken ihrer Kollegen einen Vertrag mit Rußland geschlossen“. Stimmt nicht, der Rapallo-Vertrag ist kein Geheimnis.

Einige Tage später leiten dieselben Mächte Deutschland eine weitere Note zu, in der es heißt: „Die Unterzeichneten behalten ihren Regierungen das volle Recht vor, alle diejenigen Bestimmungen des russisch-deutschen Vertrages, die als den bestehenden Verträgen zuwiderlaufend anerkannt werden, für null und nichtig zu erklären.“

Das riecht schon penetrant nach

Erpressung. Erinnert das nicht an gewisse Handlungen des Pentagon in letzter Zeit?

Indessen bleibt man im Westen nicht untätig. Zwei Monate nach Unterzeichnung des Rapallo-Vertrags ermorden Faschisten den deutschen Minister Rathenau. Im nächsten Jahr wird der sowjetische Vertreter in Lausanne Wazlaw Worowski, später der sowjetische Bevollmächtigte Vertreter in Polen Piotr Woikow ermordet. Kein sowjetischer Diplomat im Ausland kann sicher sein, daß er morgen noch am Leben ist. So etwas ist eine Kampf-methode des Alten gegen das Neue.

Doch bleibt der Rapallo-Vertrag, der den diplomatischen „Sanitätskordon“ durchbricht, in Kraft. Nichts von dem, was Churchill, Präsident Wilson, Barthou, Zereteli oder Krasnow erhofft haben, tritt ein. Das Gegenteil ist der Fall.

Seit 1924 liegen die Regierungen der Westmächte plötzlich im Rennen: Wer schafft es zuerst, den Sowjetstaat anzuerkennen? Den Anfang macht Großbritannien, ihm folgen Italien, Norwegen, Österreich, Griechenland, Schweden, China, Dänemark, Mexiko und Frankreich. In der Nachhut bleiben bis 1933 (Machtantritt Franklin Roosevelts) die USA. Eine Anerkennungswooge setzt ein. Wir werden noch darauf zurückkommen, woran das erinnert.

Die Moskauer Zeitung *Iswestija* bringt eine Karikatur: Das Empfangszimmer des Volkskommissars für Auswärtige Angelegenheiten Tschitscherin, am Eingang ein Wachposten mit dem Gewehr sowie ein Gedränge ausländischer Diplomaten, jeder mit der Anerkennungs-note in der Hand. In einem anderen sowjetischen Blatt spießt ein Wachposten die Urkunden auf das Bajonnett auf.

Wußte der Karikaturist, daß dieser Wachposten die Geschichte selbst war? Damals waren seit der Konferenz in Genua höchstens drei Jahre vergangen. Recht behielt aber der „Wachposten“. Das war das Ende der Nichtanerkennungspolitik.

In jenen Jahren kam es mitunter sogar zu Lächerlichem. Als Mussolini erfuhr, daß Großbritannien die Anerkennung der UdSSR schon hinter sich hatte, wurde er nervös. Der Duce, schrieb Tschitscherins Stellvertreter Maxim Litwinow in seinen Aufzeichnungen, „verlegte sich darauf, unsere Delegation zu terrorisieren, ihr Skandale anzudrohen usw. Einen ebensolchen Druck übt er auf uns hier“ (in Moskau), „über Marchese Paterno aus, der dreimal täglich um eine Zusammenkunft bittet und uns anfleht, die Unterzeichnung nicht hinauszuschieben.“

Nicht alles ging so glatt, das ist klar. Die Kräfte der Vergangenheit

leisteten überall und auf jede erdenkliche Weise Widerstand. Großbritannien z. B. erkannte die Sowjetunion erst an, als der labouristische Premierminister MacDonald, der seinen Freunden zufolge einen „Angstkomplex“ gegenüber der UdSSR hatte, eine noch größere Angst verspürte — angesichts einer Delegation, die zu ihm in die Downing Street im Auftrag von anderthalb Millionen Londoner Arbeitern kam und unverzügliche Anerkennung der Sowjetunion forderte. Die Londoner Arbeiter lassen sich nicht ohne weiteres abweisen.

MacDonald bemühte sich nur noch, die Sowjetregierung dazu zu bewegen, daß sie die alten Schulden des Zaren und der Provisorischen Regierung begleiche und die Nationalisierung des Eigentums des Auslandskapitals aufhebe, d. h. die „Bedingungen von Genua“ annehme. In Moskau weigerte man sich jedoch kategorisch, auch nur eine Kopeke für die Anerkennung zu zahlen, und das stolze Britannien mußte nachgeben. Wie wir wissen, weigert sich Moskau 50 Jahre später, den USA politische Kopeken für die Meistbegünstigung im Handel zu zahlen. Analogien häufen sich.

Warum hat der Westen Mitte der 20er Jahre seine Politik so radikal geändert? Was veranlaßte ihn dazu?

Viele meinten damals (und einige meinen auch jetzt), daß es aus wirtschaftlichen oder, genauer, kommerziellen Gründen geschah. Kein Zweifel, das Interesse der kapitalistischen Länder am Handel mit der Sowjetunion spielte damals eine sehr große Rolle in dieser Angelegenheit. Der enorme sowjetische Markt zog die einflußreichen Industrie- und Finanzkreise an, die vor allem der Absatz von Maschinen reizte. Zu ihrer eigenen Verwunderung sah sich die Großbourgeoisie gezwungen, diplomatische Beziehungen zur UdSSR wiederherzustellen. Nur noch die enravigierten alten Antikommunisten, besonders in Übersee, verharrten auf der „Nie-mals!“-Position und raufen sich die Haare beim Anblick sowjetischer Diplomaten in ihren Hauptstädten.

Ein weiterer Grund: Die Arbeiterklasse verlangte von den bürgerlichen Regierungen, mit den sowjetfeindlichen Abenteuern Schluß zu machen und die Beziehungen zur UdSSR rascher zu normalisieren. Als noch im Januar 1919 auf der Pariser Friedenskonferenz im „Zehnnerrat“ der Vorschlag von Marschall Foch diskutiert wurde, einen richtigen Krieg gegen die Sowjetrepublik zu beginnen, entgegnete der britische Premierminister Lloyd George, gewitzigt, wie er war: „Würde man jetzt gleich die Entsendung britischer Truppen nach Rußland zu diesem Zweck beantragen, käme es in



60 JAHRE
Großer
Oktober

der Armee zu einer Meuterei. Das gilt auch für die amerikanischen Verbände in Sibirien, für die kanadischen und die französischen Truppen.“

Überraschenderweise unterstützte der USA-Präsident Wilson den britischen Regierungschef sofort, indem er erklärte, die amerikanischen Truppen würden nicht gegen die Bolschewiki kämpfen. Das Oberhaupt des weltgrößten kapitalistischen Staates dachte ebenfalls an die Gesinnung seines Volkes. Noch deutlicher sprach das später der amerikanische Romancier Upton Sinclair aus. Kann man behaupten, die einfachen Amerikaner wären heute damit einverstanden, daß auf die Menschen in den sozialistischen Staaten eines Tages Neutronenbomben abgeworfen würden?

Und doch gab damals nicht die Wirtschaft und nicht die Sympathie der ausländischen Arbeiter mit der UdSSR den Ausschlag. Entscheidend war der Gang der hohen Politik. Die internationalen Beziehungen traten in jenen Jahren schon in eine Phase, da es für diejenigen, die einen Sinn für Realität hatten, undenkbar war, das Bestehen der großen sozialistischen Macht, das beispiellos dynamische Wachstum ihrer Kräfte und ihres internationalen Einflusses zu ignorieren.

Die Regierungen, die die UdSSR anerkannten, wurden deswegen nicht weniger sowjetfeindlich. An ihrer Klassenpolitik, an ihren wichtigsten Zielsetzungen änderte sich dadurch nichts Wesentliches. Sie erkannten den sozialistischen Staat deshalb an, weil sie nicht mehr imstande waren, seine Existenz und Kraft zu übersehen, weil das Leben es diktierte. Bald wurde allen klar, wieviel auf der politischen und wirtschaftlichen Waage die Länder verloren und riskierten, die mit der Wiederaufnahme der Beziehungen zur UdSSR zögerten.

In Moskau sah man das und beilegte sich seinerseits nicht mit der Regelung solcher Fragen. Dort wußte man, daß die Zeit es schon schaffen wird. Das war es eben: Der Sozialismus hielt Schritt mit der Zeit.

Einen stärkeren Verbündeten gibt es nicht.

Sehr bald wurde das durch die Praxis erhärtet. Der heftigste Gegner der Sowjetrepublik auf der Genua-Konferenz 1922 war Louis Barthou, Minister in der Regierung Poincaré, von ihm kam damals nach dem Abrüstungsvorschlag der sowjetischen Delegation jener „Nie-mals!“-Ruf. Von ihm stammte auch die Anregung, von Sowjetrußland und Deutschland ultimativ die Annullierung des Rapallo-Vertrags zu fordern. Als dies nicht durchkam, verlor Barthou faktisch jedes Interesse für die Konferenz.

Elf Jahre waren nach Genua vergangen. Am europäischen Horizont wuchs der Schatten Hitlers. Es wurde klar, daß zu den ersten Opfern des faschistischen Deutschland im Westen Frankreich gehören werde. Im Jahre 1933 war Barthou Außenminister. Er blieb noch der alte solide bürgerliche Politiker und überzeugter Gegner des Sozialismus wie eh und je. Aber das Kräfteverhältnis in Europa ließ ihn erkennen, daß man vor allem Realist sein müsse.

Ende 1933, bald nach Hitlers Machtantritt, trat Barthou mit der Idee eines Ostpaktes hervor: Es ging ihm darum, durch einen Vertrag zwischen der UdSSR, der Tschechoslowakei, Polen, Finnland und den Ostseerepubliken eine feste Schranke gegen die faschistische Aggression zu errichten. Damals war Frankreich bereit, diesen Vertrag zu garantieren, und Barthou glücklich, als er die Zustimmung der Sowjetunion zur Teilnahme am Pakt erhielt. Gleich darauf setzte er sich für sofortige Aufnahme der UdSSR in den Völkerbund ein und erklärte am 18. September 1934:

„Soll der Völkerbund friedlichen Charakter haben, muß er die UdSSR aufnehmen, das erfordern die Interessen des Weltfriedens... Wir schreiben jetzt nicht das Jahr 1920, nicht einmal 1926. Zweiundzwanzig europäische Staaten haben die UdSSR anerkannt — gegen fünf, die sie noch nicht anerkannt haben. Das ist ein neuer und wichtiger Faktor.“

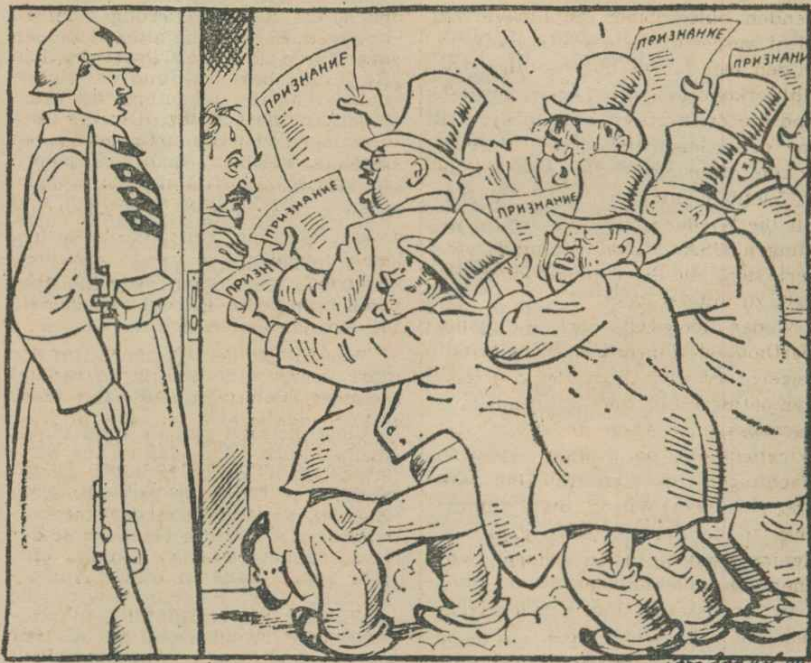
Der alte französische Politiker hat das Neue erkannt. Drei Wochen später wurde er von Faschisten ermordet — wie Rathenau 1922. Doch denken die Franzosen und die Europäer an Barthou als an einen Mann zurück, der in einem kritischen Moment im Unterschied zur überwiegenden Mehrheit seiner Kollegen etwas sehr Wichtiges verstanden hat: Ohne den Sozialismus ist Europa im 20. Jahrhundert nicht mehr denkbar. Sehen wir nicht auch heute auf dem internationalen Parkett Politiker, die gleich Barthou umgelernt haben?

Ja, ihre Zahl ist noch gering. Und doch spricht die Geschichte weiterhin in ihrer klaren, mitunter unmißverständlichen Diktion. Man könnte sich natürlich ebenso wie früher die Ohren verstopfen oder sie zu übertönen versuchen. Nicht wenige im Westen tun es auch. Aber die Ergebnisse lassen zu wünschen übrig.

Es ist kennzeichnend und keineswegs zufällig: Der Prozeß, dessen Zeuge die ältere Generation war, wiederholt sich in abgewandelter

imperialistischen Mächte um die De-jure-Anerkennung. Wir wissen, so etwas geschah und geschieht teilweise noch in bezug auf Kuba, Vietnam, Angola und einige andere Länder.

Fakt ist, daß es den imperialistischen Kreisen im Komplott mit der inneren Konterrevolution in allen Nachkriegsjahren nur einmal gelungen ist, die Macht den sozialistischen und demokratischen Kräften zu entreißen: in Chile. Glaubt aber der Westen, daß der chilenische Fa-



Form in der Nachkriegszeit. Die Haltung der kapitalistischen Mächte in den 50er—70er Jahren gegenüber den jungen sozialistischen Staaten und den Ländern sozialistischer Orientierung ist ihrer Haltung zur Sowjetrußland in den 20er Jahren zum Verwechseln ähnlich. Aber der junge Sozialismus erstarkt heute weltpolitisch noch rascher als früher.

Wir stellen das gleichzeitig in Asien, Afrika und Lateinamerika, d. h. in globalen Ausmaßen fest. Die Gesetzmäßigkeiten lassen sich wiederum erkennen. Im Grunde beobachten wir das gleiche Bild. Zuerst offene oder getarnte bewaffnete Interventionen gegen die Länder, die den sozialistischen Weg wählen. Dann, nach der militärischen Niederlage der Interventen, Subversionen, Bestechungsversuche, Erpressung. Als auch dies mißlingt, erzwungene De-facto-Anerkennung. Schließlich das Feilschen derselben

„Anerkennungs“gedränge bei Georgi Tschitscherin.

Zeichnung Boris Jefimow (1924)

schismus von langer Dauer sein wird?

Wie viele Jahre mußten vergehen, bevor der Westen die DDR anerkannt hat? Wieviel Blut wurde bei dem vergeblichen Versuch vergossen, das sozialistische Vietnam abzuwürgen? Alle wissen, daß die USA das mit der furchtbarsten Niederlage ihrer Geschichte bezahlen mußten. Wird diese Erfahrung aber die imperialistischen Strategien davon abhalten, so etwas in einer anderen Region der Erde zu versuchen?

Nur die Zeit wird diese Frage beantworten. Wer nicht von der Geschichte lernen will, wer glaubt, in ihrem Verlauf gebe es keine Vor-

wärtsbewegung, keinen Vormarsch zur neuen Gesellschaft, und man könne das Rad der Geschichte zurückschleppen, ja, solchen Leuten fällt es natürlich schwer, ihre Politik und Philosophie zu revidieren. Unser Jahrhundert beweist das.

Nur — man darf, wie bereits gesagt, die heutige Bourgeoisie nicht als homogen und in ihrer Politik einheitlich sehen. Die von Rathenau, Wirth, Barthou, Roosevelt, Hopkins und ähnlichen Politikern von Format begründete Schule der real denkenden bürgerlichen Diplomatie ist nicht ausgestorben. Dank ihr konnte in den 40er Jahren die mächtige Antihitlerkoalition ins Leben gerufen und die Zivilisation gerettet werden. In der Gegenwart trat dieselbe Schule offen gegen die Intervention in Vietnam auf, jetzt setzt sie sich für die Wiederherstellung der Beziehungen USA—Kuba ein und weigert sich, die Neutronenbombenpolitik zu unterstützen.

Weder Roosevelt noch Rathenau, Barthou oder ihren heutigen Nachfolgern ist auch nur die geringste Sympathie für den Sozialismus nachzusagen. Aber sie stehen der Wirklichkeit viel näher als die Nachfolger von Churchill, Poincaré und Präsident Wilson, die (zumindest in der ersten Zeit) glaubten, Lenins Staat werde in wenigen Wochen zusammenbrechen.

In gewissen Dingen wiederholt sich die Geschichte, aber nicht in der Hauptsache. Die Menschheit tritt nicht auf der Stelle, geht nicht rückwärts, stürzt auch nicht dem Abgrund zu, wie die Atombombenstrategen es möchten. Sie schreitet der Zukunft entgegen, denjenigen zum Trotz, die sich ihr in den Weg stellen. Dafür muß sie einen hohen Preis zahlen. Unser Zeitalter ist aber deshalb groß, weil es Jahr für Jahr beweist: Der Drang des Menschen nach vorwärts, nach aufwärts ist unüberwindlich.

Eine schon abstrakte Philosophie, die in keinem Bezug zur konkreten Weltpolitik steht?

Nein, damit bin ich nicht einverstanden. Ich glaube, daß die Geschichte der UdSSR in den bald 60 Jahren ihres Bestehens und die Geschichte der internationalen Beziehungen in derselben Zeit die hier geäußerte optimistische Philosophie bestätigen.

EIN DREIFACHES SYMBOL

Die Umstände, unter denen der zur lebenslangen Haft verurteilte SS-Kriegsverbrecher Kappler aus dem italienischen Militärspital entflohen, werden noch lange die Untersuchungsrichter und sogar Verfasser von Kriminalromanen beschäftigen. So unwahrscheinlich ist diese ganze Geschichte: Der gebrechliche, fast sterbende Kappler (gerade unter diesem Vorwand wurde die Kampagne um seine Begnadigung betrieben) steigt in den Koffer, den seine Frau brachte, und macht den langen Weg von Rom bis Soltau in Niedersachsen durch.

Jetzt hat diese Defektiv-Story einen ersten politischen Konflikt ausgelöst, so daß Bundeskanzler Schmidt im Hinblick auf eventuelle Protestdemonstrationen seinen für die nächsten Tage geplanten Besuch in Italien verschieben mußte. Demonstrationen würden zweifellos stattfinden, wenn man bedenkt, daß man auf die Forderung hin, den Flüchtling auszuliefern, zuerst nur Ausreden hörte: Kappler sei von einem deutschen Gericht nicht verurteilt worden und stehe überhaupt „unter Schutz des BRD-Grundgesetzes“, das keine Auslieferung zulasse. Damit die italienische und die Weltöffentlichkeit nicht etwa auf den Gedanken verfällt, Kappler werde es in der BRD schlecht haben, erklärten die Behörden von Niedersachsen, eine gerichtliche Anklage gegen Kappler werde nicht erhoben...

Wer ist Kappler überhaupt? Als SS-Obersturmbannführer war er in den Jahren der Okkupation Roms der Polizeichef dieser Stadt. Auf seinen Befehl hin wurden 335 Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen bei Rom im Jahre 1944 erschossen. Die Greuelthaten Kapplers, seine persönliche Verantwortung für die Hinrichtungen und die Verschleppung von Zivilisten in die Konzentrationslager waren Gegenstand einer sorgfältigen gerichtlichen Untersuchung. Nach dem Krieg verurteilte das italienische Gericht den Verbrecher zur lebenslangen Haft.

Doch in diesem Fall geht es nicht um Kappler allein. Seit einiger Zeit wurde er eine symbolische Figur, die von politischen Leidenschaften umbrandet wird. Denn die Nazikriegsverbrecher, die jetzt ihre Strafen außerhalb der BRD noch abbüßen, kann man an den Fingern abzählen. Im alliierten Gefängnis von Spandau sitzt Rudolf Heß, im holländischen Gefängnis Breda befinden sich einige SS-Leute, und schließlich waren da noch Reder und Kappler

in Italien. In den letzten Jahren veranstalteten die rechten und ultrarechten Kräfte eine laute und weite Kampagne um diese Leute: Es sei an der Zeit, die alten und kranken Unglücklichen human zu behandeln. Bedauerlicherweise schlossen sich auch manche prominente Politiker und Repräsentanten der Öffentlichkeit des Westens, die beileibe keine Sympathisanten des Nazismus sind, dieser Kampagne an. Und dabei ging es ja darum, einen Präzedenzfall gesamteuropäischer Bedeutung zu schaffen und sowohl das Urteil des Nürnberger internationalen Tribunals als auch die Urteile der nationalen Gerichtshöfe gegen die Kriegsverbrecher zu durchkreuzen.

So ist es nicht verwunderlich, daß die holländische wie die italienische Öffentlichkeit — und im Fall Heß die Antifaschisten ganz Europas — über diese Kampagne empört waren. Keine italienische Regierung konnte es deshalb wagen, Kappler zu amnestieren, ohne einen allgemeinen Protest hervorzurufen. Nicht von ungefähr erklärte der Ministerpräsident Italiens Andreotti nach dieser Flucht, daß Kappler für das italienische Volk ein Symbol der nazistischen Okkupation ist und daß es für ihn keine Gnade geben kann. So wurde Kappler zu einem zweifachen Symbol: für die provokatorische Kampagne der Reaktionäre und für die Antifaschisten.

Der weitere Verlauf der Ereignisse ist nicht nur besorgniserregend, sondern empörend. Am 17. August wurde an die BRD ein vom Verteidigungsminister Italiens unterschriebener offizieller Auslieferungsantrag gerichtet. Auf alle Anfragen an das Bonner Auswärtige Amt antwortete dieses, es sei für den Fall nicht zuständig, denn er gehöre in den Kompetenzbereich des Justizministeriums. Das letztere übergab ihn den Gerichtsbehörden Niedersachsens, mit dem Hinweis, alles werde das „örtliche Gericht“ entscheiden. Was kann man nun von den niedersächsischen Behörden erwarten? Gerade diese Behörden erklärten ja, Kappler sei für sie „ein freier Mann“ und habe keine BRD-Gesetze verletzt. Mehr noch: Es stellt sich nun heraus, daß er mit „Gesetzesschutz“ rechnen kann!

Alles läuft darauf hinaus, daß der Fall Kappler auch in einem dritten Sinn Symbolcharakter erhält, nämlich als eine unzulässige Verhöhnung der menschlichen Moral, des Andenkens an die Opfer des Nazismus.

L. BESYMENSKI

DIE NUKLEARE STRATEGIE DES PENTAGON

Generalmajor Rair SIMONIAN
Doktor der Militärwissenschaften

Je aufmerksamer man die Manöver der Entspannungsgegner verfolgt, um so klarer sieht man: Sie gehen nicht von den realen Gegebenheiten der Gegenwart aus, sondern von der Notwendigkeit, mit beliebigen Mitteln den Mythos von der sowjetischen Bedrohung und vom Streben der UdSSR nach strategischer Überlegenheit zu „beweisen“.

Bezeichnend in dieser Hinsicht ist ein kürzlich in der US-Zeitschrift *Commentary* veröffentlichter Artikel unter dem vielsagenden Titel „Die sowjetische Strategie eines nuklearen Sieges“. Der Autor, Professor der Harvard-Universität Richard Pipes, leitete das Team B in dem beim Präsidenten bestehenden Beratungsausschuß für den Erkundungsdienst im Ausland. Das Team hat sich einen traurigen Ruhm zugezogen, als es vor etwa einem Jahr einen Bericht verfaßte, in dem behauptet wurde: „Von den Russen geht eine ernstere Gefahr für die USA aus, als die CIA berichtet hat.“

In seinem nächsten Elaborat, das den amerikanischen Spießherren endgültig einschüchtern soll, behauptet Pipes, in der sowjetischen Doktrin liege der Akzent auf der Vernichtung der amerikanischen Gesellschaft. Da hätten wir es. Dieser Mann setzt der sowjetischen Militärdoktrin die amerikanische entgegen und will das Unbeweisbare beweisen: das „Rationelle“, ja das „Humane“ der Kernstrategie des Pentagon. Er redet seinen Lesern ein, sie beruhe auf dem Prinzip des „gegenseitigen Eindämmens“, das in den USA vor etwa 20 Jahren ausgearbeitet wurde; auf dem Prinzip der Sicherung der Suffizienz und nicht der Überlegenheit; dem Prinzip des „Gegenschlages“ und nicht von „Vorbeugungsoperationen“. Wie steht es damit in Wirklichkeit?

Neue Doktrinen, alte Ziele

Die Kernstrategie entstand mit den Atomwaffen und wurde zur Grundlage aller amerikanischen militärisch-politischen Doktrinen in den Nachkriegsjahren. Nach Maß-

gabe dessen, wie sich die Mittel des Atomangriffs entwickelten und wie sich das internationale Kräfteverhältnis veränderte, wurde sie etappenweise abgewandelt.

Gleich nach Abschluß des zweiten Weltkriegs betrieb Washington der UdSSR gegenüber eine Politik der Atomerpressung und im Weltmaßstab die Politik, die die Nutzung von Atomwaffen zur Erreichung der globalen imperialistischen Ziele bezweckte.

Anfang der 50er Jahre wurde die Strategie der „massierten Vergeltung“ verkündet, die auf der „nuklearen Überlegenheit“ der USA basierte und die Vorbereitung und Führung eines totalen Kernkrieges gegen die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder vorsah. Der damalige Außenminister Dulles sagte prahlerisch: „Die Vereinigten Staaten müssen bereit sein, einen massierten Atomschlag dort und dann zu versetzen, wo und wann sie ihn für notwendig halten.“

Aber die Erfolge der UdSSR in Wirtschaft, Wissenschaft und Technik sowie bei der Entwicklung der eigenen Kernwaffen und der Beförderungsmittel dafür nahmen den Amerikanern das Monopol und machten die Strategie der „massierten Vergeltung“ haltlos. In seinem Buch „Krieg oder Frieden“ schrieb Dulles zur strategischen Weltlage jener Jahre: „Das Vermögen der USA, (Atom-)Bomben auf Rußland abzuwerfen, ist jetzt in hohem Maße vom Vermögen der Sowjets neutralisiert, den USA ... Atomschläge zu versetzen.“

Anders gesagt gab der Chef des State Department offen die eindämmende Rolle der sowjetischen Kernwaffen zu. Die Möglichkeit eines nuklearen Gegenschlages (!) nötigte die USA, die Grundthesen ihrer militärischen Doktrin zu überprüfen, um sie dem realen Kräfteverhältnis anzupassen. Auf diese Weise entstand Anfang der 60er Jahre die Strategie des „flexiblen Reagierens“, die, wie es damals hieß, „die Vorbereitung und Führung von beliebigen Kriegen — weltweiten oder lo-

kalen, nuklearen oder konventionellen, großen oder kleinen — vorsah. Besonders akzentuiert wurde hierbei der „begrenzte“ Kernkrieg. Für seine Vorbereitung und Führung wurde eine neue Komponente der Streitkräfte der USA und der NATO — die Kernstoßkräfte — formiert. Später verlaute es, daß die USA in Europa 7200 „taktische“ Kernsprengköpfe untergebracht hatten.

Ebenso intensiv wurde daran gearbeitet, die Möglichkeiten der strategischen Offensivkräfte zu erweitern.

Zur theoretischen „Untermauerung“ dieses Kurses benutzte das Pentagon eben das gleiche Argument: die Erreichung der „Überlegenheit“. Zu diesem Argument schrieb die französische Zeitschrift *Revue de Défense Nationale* in dem Artikel „Nukleare Strategie der USA“ (Ausgabe vom Juni 1964), diese hätten auf die Strategie der „massierten Vergeltung“ verzichtet und sie durch eine elastischere Strategie ersetzt, der folgendes Prinzip zugrunde liege: Die USA müßten der Sowjetunion in bezug auf die Kernwaffen und die konventionellen Kampfmittel eindeutig überlegen sein.

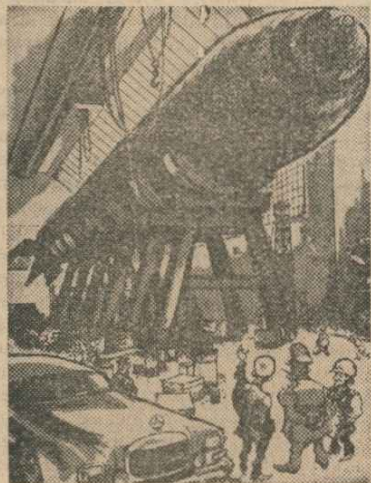
Aber der konsequente Kurs der UdSSR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft darauf, die nuklearen Vorbereitungen des Imperialismus zu dämpfen, durchkreuzte erneut die Absichten der atlantischen Strategen. Anfang der 70er Jahre gab Präsident Nixon das „Ende der unbestreitbaren strategischen Überlegenheit der USA“ bekannt; sie sei durch ein „strategisches Gleichgewicht“ abgelöst worden, bei dem die Kernkräfte der USA und der UdSSR „bereits vergleichbar“ seien.

Das entzog der unverfroren formulierten Politik „von der Position der Stärke“ und der „nuklearen Überlegenheit“ aus den Boden. Die Militärdoktrin mußte erneut revidiert werden. So kam die auch heute gültige Strategie der „realistischen Abschreckung“ auf.

Billiger Trick

Die „realistische Abschreckung“ beruht ebenso wie die bisherigen Doktrinen auf der Stärke der strategischen Waffen. Als Kriterium für die Bestimmung ihres Niveaus dient die Konzeption der „strategischen Suffizienz“. Sie definiert die qualitative und quantitative Zusammensetzung, die Entwicklungsrichtung

der strategischen Kernstreitkräfte der USA sowie die Hauptprinzipien für ihren Einsatz. Bemerkenswert sei jedoch, daß die Konzeption der „strategischen Suffizienz“ sehr vage und unbeständig ist. Der ehemalige Verteidigungsminister der USA Laird, einer ihrer Urheber, sagte, daß „die Vorstellung von der strategischen Suffizienz dauernd mit Rücksicht auf die sich wandelnde strategische Situation überprüft wird“.



„General, 10 solche Babys können unseren Planeten vernichten. Bestellen Sie 5000 Stück, verkaufen wir billiger.“
Aus „Daily World“ (USA)

Diese Konzeption ersetzte die weniger salonfähige Formel „Erreichung der Überlegenheit“, ohne deshalb aufzuhören, wichtigster Bestandteil der „realistischen Abschreckung“ zu sein. Es war kein Zufall, daß die US-Zeitschrift *Progressive* diesen Wechsel von Konzeptionen einen verbalen Trick nannte, denn der Unterschied zwischen „Erreichung der Überlegenheit“ und „strategischer Suffizienz“ sei praktisch gleich Null.

In der Tat. Wie solche militärstrategischen Zielsetzungen auch heißen mögen, sie haben nur den einen Sinn: das Wettüben. Aber im Unterschied zu den 60er Jahren erfolgt es nicht so sehr durch Anhäufung wie vielmehr durch Perfektionierung der strategischen Waffen, bei der ihre allgemeinen Möglichkeiten auf ein Vielfaches steigen. Ein Beispiel wären die intensiven Arbeiten des Pentagon an der Entwicklung neuer strategischer Waffen, vor allem an der Flügelrakete. Sie ist ja dazu bestimmt, die strategischen Offensivstreitkräfte und die euro-

päischen Kernkräfte der NATO, die in unmittelbarer Nähe der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder disloziert sind, weiterhin zu verstärken.

Das wäre in Kürze die Entstehungsgeschichte, die wichtigsten Entwicklungsetappen und der Sinn der nuklearen Strategie des Pentagon. Kommt man im Lichte dieser Ausführungen auf die Erklärungen von Pipes und seinen Gesinnungsgenossen zurück, so sieht man ihre völlige Haltlosigkeit.

Nehmen wir z. B. die Behauptung unter die Lupe, die Kernstrategie des Pentagon beruhe auf dem Prinzip des „gegenseitigen Eindämmens“. Wie bereits erwähnt, gab es ein solches Prinzip im Arsenal der nuklearen Strategie des Pentagon in den 50er Jahren nicht und konnte es auch nicht geben. In jenen Jahren berauschten sich die USA an ihrer „unbestreitbaren nuklearen Überlegenheit“ und beabsichtigten, in jedem eventuellen Konflikt mit der Sowjetunion einen totalen Kernkrieg unter unbegrenztem Einsatz der Waffen jedes Kalibers zu führen.

Durch und durch falsch sind Pipes' Behauptungen von den amerikanischen Konzeptionen der „nuklearen Überlegenheit“, der „strategischen Suffizienz“, des „Vorbeugungs“- und des „Gegenschlages“. Wir zählen sie nicht etwa der Vollständigkeit halber auf, sondern um den Leser zu erinnern: Die Raketen- und Kernwaffen der sowjetischen Streitkräfte waren und bleiben ein mächtiges Verteidigungsmittel, das den Aggressor fesselt.

„Die Schlacht in Europa“

In den militaristischen Kreisen beleben sich neuerdings, besonders im Zusammenhang mit der Entwicklung der Neutronenwaffen in den USA, die Diskussionen um einen „taktischen“ Kernkrieg (Kernkrieg auf dem europäischen Kontinent). Diese Form des Kernkonfliktes wird von den überseeischen Strategen heute als die wahrscheinlichste Form der künftigen Kriege dargestellt. Nach Versicherungen seiner Anhänger ist sie berufen, den globalen Kernkrieg zu verhüten.

Diese von A bis Z verlogene Konzeption wurde vom Pentagon ausgearbeitet und den NATO-Partnern der USA zu einem ganz bestimmten Zweck aufgezwungen: beim Ausbruch eines militärischen Konfliktes die Anwendung der nuklearen

Offensivmittel auf Europa zu beschränken und so den Gegenschlag von den USA abzuwenden.

1968 schrieb der damalige Minister für die Streitkräfte Frankreichs Pierre Messmer:

„Immer noch von der Annahme eines Konflikts in Europa heraus können sich die Amerikaner eine Pause zum Nachdenken leisten, bevor sie zu handeln beginnen, da Amerika nicht direkt gefährdet ist. Daher die Strategie des flexiblen Reagierens, in die sich die NATO-Partner der USA schließlich ohne jede Begeisterung fügten... Die Schlacht in Europa wäre nämlich tödlich für uns, aber nicht unbedingt tödlich für Amerika.“

Seitdem haben sich die Quantität, noch wichtiger: die Qualität und Stärke der nuklearen Offensivmittel, die in europäischen NATO-Ländern stationiert sind, bedeutend erhöht. Und jetzt will man dieses todbringende Arsenal um eine weitere „taktische“ Kernwaffe, die Neutronenbombe, erweitern.

Washington will der amerikanischen und der westeuropäischen Öffentlichkeit die Neutronenbombe verkaufen, deshalb preist es sie als „sauber“, sogar „human“ und zudem viel billiger im Vergleich zu den schon bestehenden Waffen; außerdem könne sie die Möglichkeit eines Kriegausbruchs hinausschieben. Aber viele im Westen weisen dieses Gefasel zurück. Recht haben zweifellos die westlichen Politiker und Militärexperten, die sagen, daß die Neutronenbombe die Gefahr einer Kernkatastrophe nicht mindert, sondern erheblich steigert.

Übrigens berühren die Diskussionen um eventuelle Militärkonflikte in der Regel die „Vorwärtsstrategie“. Die „defensive“ USA-Strategie in Europa gründet sich auf die provokatorische Erdichtung, die UdSSR könne die NATO-Länder überfallen. Die *Washington Post* teilte in einem Artikel ein höchst aufschlußreiches Detail mit: In dem weitläufigen Dokument „PRM-10“ über die nationale Strategie heißt es, man werde einem „sowjetischen Überfall“ in Mitteleuropa nur dann gewachsen sein, wenn die Verteidigungsausgaben „über dem für die amerikanische Öffentlichkeit annehmbaren Niveau“ liegen. Demnach ein erneuter Versuch, den einfachen Bürger einzuschrecken und ihm noch mehr Geld aus der Tasche zu ziehen.

Wir möchten auch auf folgenden Umstand hinweisen. Die Konzeption des „taktischen“ Kernkrieges ist im

Grunde widerspruchsvoll. Einerseits sieht sie die Erreichung bestimmter militärpolitischer Ziele des Imperialismus vor, andererseits geht sie von einem Einsatz von Kräften und Mitteln aus, der nach Ansicht der westlichen Strategen die Gefahr auf ein Minimum reduziert, daß sich der jeweilige Konflikt zum globalen Kernkrieg auswächst. Ist das grundsätzlich möglich?

Wie die früheren Kriege vor Augen geführt haben, läßt sich ein Krieg nie in vorher festgelegten Grenzen halten. Kommen die Kernwaffen auch nur in einer taktischen Zone zum Einsatz, so werden sie sofort in strategischen Ausmaßen eingesetzt werden. Die Kriege haben ihre harten Gesetze. Der Aggressor entfesselt einen Krieg, um sein Opfer in die Knie zu zwingen, ihm seinen Willen zu diktieren, weiß aber, daß ihm im Falle einer Niederlage dasselbe passieren kann. Deshalb wird ein kriegführender Staat, ganz gleich, ob er angreift oder sich verteidigt, vor nichts haltmachen, um zu siegen, und nie seine Niederlage anerkennen, ohne zuerst sämtliche ihm verfügbaren Mittel eingesetzt und verausgabt zu haben.

Folglich kann ein militärischer Konflikt unter Anwendung „taktischer“ Kernwaffen in einen globalen Kernkrieg hinüberwachsen.

Zweifellos haben die Menschen recht, die sagen, daß die Gefahr eines allgemeinen Kernkriegs noch immer besteht. Die Pflicht der Völker ist es, den Kampf für die Einstellung des Wettrüstens, für die Verringerung und dann auch die volle Beseitigung der Gefahr eines nuklearen Zusammenpralls noch weiter zu entfalten.

Die 60jährige Geschichte der Sowjetunion zeigt: Unser Land war und bleibt Gegner des Wettrüstens, es hat nie eine Überlegenheit auf militärischem Gebiet angestrebt, um den „ersten Schlag“ zu versetzen, wie die imperialistische Propaganda behauptet. Unser Land verfißt nach wie vor konsequent den Abbau von Streitkräften und Rüstungen. Wie Leonid Breschnew in Tula sagte, haben die Anstrengungen der Sowjetunion „gerade zum Ziel, es weder zum ersten noch zum zweiten Schlag kommen zu lassen, überhaupt zu keinem Kernkrieg... Unser Land wird nie den Weg einer Aggression gehen, wird nie das Schwert gegen andere Völker ziehen.“

MAURITIUS

WO DES OZEANS WELLEN...

Anatoli NIKANOROW

Der französische Dichter Baudelaire nannte Mauritius ein „düfte-reiches, von der Sonne gekostes Land“. Er war im vorigen Jahrhundert auf der Insel im Indischen Ozean und brachte von dort Sujets für mehrere seiner Dichtungen mit. Die einmaligen Landschaften und die urwüchsigen Bräuche der Bewohner bezauberten nicht nur ihn. So verlebte der Kapitän Joseph Conrad, der spätere bekannte englische Schriftsteller, zwei Monate hier. Die Handlung seiner Erzählung „Das Lächeln der Fortuna“ spielt in Port Louis, der Hauptstadt des Inselstaates. Eine legendäre Geschichte, die sich dort zutrug und von der einem bestimmt jeder Gesprächspartner erzählt, hat der berühmte französische Schriftsteller Bernardin de Saint-Pierre in seinem Roman „Paul und Virginie“ geschildert.

Darwin, der auch dort war, schrieb folgendes: „Die ganze Insel mit ihren abfallenden Ufern und ihren Erhebungen im Innern ist von einer einmaligen Formvollendung; wenn man so sagen kann, ist die Szenerie von einer prächtigen Harmonie.“

Unsere Maschine flog die Piste zweimal an. Sie war von schwarzen Gewitterwolken verdeckt. Wir konnten nicht einmal die Insel selbst ausmachen und erblickten erst, als wir durch die Wolkendecke stießen, den grünen Teppich mit dem weißen Spitzenrand der Brandung an den Korallenriffen. Das also war Mauritius.

Es hat ein Areal von nur etwas mehr als 2000 km². Dicht am smaragdgrünen Meer wachsen riesige Mangobäume und zierliche Palmen. Reizvoll sind die immergrünen australischen Filaubäume mit ihrem nadelförmigen Laub, die indischen Mandelbäume mit ihren großen Blättern und die wie grüne Fackeln anmutenden Flamboyantes. Bauhinien — afrikanische Tulpen — und Jacaranden voll zartroter Blüten-dolden vervollständigen das Bild.

Die Straßen ins Innere der Insel muten wie schmale Säulengänge an

zwischen dem zwei Meter hohen Zuckerrohr mit seinen rosa Spitzen. Die Rohrpfanzungen nehmen fast die ganze Insel ein und haben erst am Fuße der Berge ihr Ende.

Ein paar Kilometer einen Berg-hang aufwärts, und man steht am Rand eines Kraters. Der erloschene Vulkan, Trou-aux-Cerfs, Höhle der Hirsche genannt, beherbergt wirklich diese schönen Tiere, und wenn man Glück hat, kann man in 100 m Tiefe welche erblicken. Von dem Kraterand aus sieht man gegen-über einen Berg mit drei Gipfeln und denkt unwillkürlich an Darwins Worte von der prächtigen Harmonie.

Die vulkanische Insel Mauritius, unweit des Wendekreises des Steinbocks gelegen, hat in vieler Hinsicht nicht ihresgleichen, besonders, was ihr Völkergemisch und ihre Einwohnerzahl (rund 900 000) betrifft. Ein Kaleidoskop von Rassen, Völkern, Stämmen. Über die Hälfte der Bewohner sind Nachkommen von Leuten aus Hindustan, die im vorigen und Anfang dieses Jahrhunderts auf die Zuckerplantagen gebracht wurden. Etwa 33% sind Kreolen, Mischlinge europäischer Siedler und der afrikanischen Sklaven, die vor 200 Jahren auf die Insel kamen. Sie sprechen einen altfranzösischen Dialekt. Weiter leben dort einige Tausend Europäer, größtenteils Engländer und Franzosen, und 30 000 Chinesen, die fast alle Handel treiben.

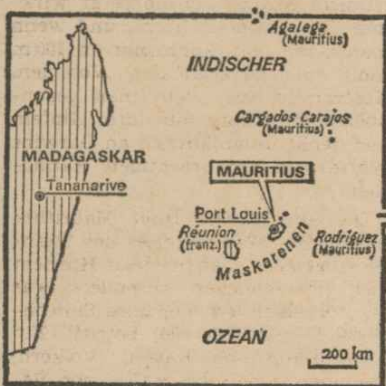
Konquistadoren und Piraten

Mauritius hat eine ereignisreiche Geschichte. Von ihm berichteten im 10. Jahrhundert arabische Seefahrer, aber als der erste Fremdling, der den Fuß auf seinen Boden setzte, gilt der Portugiese Domingos Fernandez. Nach dessen Landsmann, Pedro di Mascarenhas, wurden die von diesem entdeckten Maskarenen benannt, zu denen außer Mauritius auch Rodriguez und Réunion gehören. Seinen heutigen Namen gaben Mauritius die Holländer zu Ehren

ihres Prinzen Moritz von Oranien, aber sie blieben nicht lange. Nach einer Legende sollen Umnenen von Ratten sie vertrieben haben.

Lange war Mauritius ein Umschlagsplatz für nach Indien fahrende Handelsschiffe. Auch Piraten fanden hier eine Zuflucht. Noch jetzt werden in einer Bucht mit dem unheimlichen Namen Grab-Bai Schätze gesucht, die dort von Seeräubern versenkt worden sein sollen.

Zu Anfang des 19. Jahrhunderts kamen die französischen Kolonisatoren hin. Nach dem ersten Zusammenprall mit den Engländern verewigten die Franzosen ihren Sieg am Pariser Triumphbogen. Später



mußten sie aber die Waffen vor einem großen britischen Geschwader strecken. So wurde Mauritius eine britische Kolonie. Dieses Kapitel seiner Geschichte zeugt von keinem wirtschaftlichen oder sozialen Fortschritt.

Im Jahre 1968 erlangte Mauritius nach einem langjährigen Kampf seines Volkes die Unabhängigkeit. Die Ausmerzung der kolonialen Hinterlassenschaft ist aber schwierig und langwierig. Folgen der Fremdherrschaft sind noch jetzt zu bemerken. Es ist die Einseitigkeit der Wirtschaft — sie ist nur auf den Anbau von Zuckerrohr orientiert. Ferner sind es Rückfälle in die Arbeitslosigkeit, die enormen Umfang angenommen hat.

Die Entwicklungsstrategie

Im Jahre 1971 beschloß die Regierung eine 10jährige sogenannte Entwicklungsstrategie. Sie bezweckt vor allem Vollbeschäftigung durch einen Ausbau der Wirtschaft. Der Zucker ist vorläufig noch der wichtigste Exportartikel. Die vorjährige Ernte

von rund 800 000 t war ein Rekord. Das ganze Rohr wird im Lande selbst von 21 Zuckerfabriken verarbeitet. Die Behörden suchen den Ertrag durch ergiebigeren Rohrsorten und eine Maschinisierung der Arbeiten zu vergrößern. Doch das Sinken der Weltmarktpreise macht ihnen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten, die sich auch auf die innerpolitische Lage auswirken können. Um sich von der Weltkonjunktur unabhängiger zu machen, sucht die Regierung, die Produktion vielseitiger zu gestalten. So sind auf der Insel schon Tee- und Tabakplantagen entstanden.

Auch sind einige Maßnahmen zur Besserstellung der Werktätigen getroffen, nämlich die Löhne der Landarbeiter heraufgesetzt, Entschädigungen bei Entlassung eingeführt, dadurch die Unternehmerwillkür etwas eingeengt sowie Renten und ein bezahlter Schwangerschaftsurlaub eingeführt worden.

Bedeutend sind die Leistungen im Gesundheits- und im Bildungswesen. Von den Kindern im Schulalter gehen 90% zur Schule. Mit der Bekämpfung des Analphabetentums ist Mauritius unter den Entwicklungsländern führend. Unterrichtet wird nach neuen, im eigenen Land verfaßten Schulbüchern.

Um die Folgen der langjährigen Abhängigkeit von Großbritannien zu beheben, sucht die Regierung den Kreis ihrer Handelspartner auszuweiten. Dadurch gewinnt das Wachstum der Wirtschaft eine gewisse Stabilität. Gut entwickeln sich die Geschäftsbeziehungen zu den sozialistischen Ländern.

Das Ergebnis der Parlamentswahlen von Dezember 1976 läßt erkennen, daß die breiten Massen mit dem Kurs auf größere wirtschaftliche Selbständigkeit und auf gründlichere soziale Umgestaltungen einverstanden sind. Es waren die ersten Wahlen, seitdem die Unabhängigkeit ausgerufen wurde. Eine vernichtende Wahlniederlage erlitt die rechtsstehende Sozialdemokratische Partei, die die Interessen der Bourgeoisie und des Feudaladels wahrnimmt. Von den 70 Sitzen hat die Partei Militante Bewegung von Mauritius (MMM) 34 erhalten. Sie ist für eine Verstaatlichung der Zuckerfabriken, für staatliche Kontrolle über die Häfen und Versicherungsgesellschaften und für eine umfangreichere Zusammenarbeit mit anderen Ländern im Rahmen der blockfreien Bewegung.

Allerdings haben ihre Gegner die MMM nicht zur Macht kommen lassen. Seewoosagur Ramgoolam, der Führer der Labourpartei, hat mit der Sozialdemokratischen Partei eine Koalitionsregierung gebildet und ist Ministerpräsident geblieben.

Gleichberechtigt

Die UdSSR hat als eins der ersten Länder diplomatische Beziehungen zu dem jungen Staat aufgenommen und einige Abkommen mit ihm über eine für beide Seiten vorteilhafte und gleichberechtigte Zusammenarbeit, namentlich im Fischfang, geschlossen. Ministerpräsident Ramgoolam denkt sehr zufrieden an seinen Besuch in der UdSSR und an die Aussprachen mit ihrer Führung zurück. Er hat mir folgendes gesagt:

„Ich bin fest davon überzeugt, daß die Politik der Entspannung, um die sich Leonid Breschnew so dankenswert bemüht, günstigste Voraussetzungen für ein Vorwärtkommen der Entwicklungsländer bietet. Wir schätzen den Beistand sehr, den Ihr Land den nationalen Freiheitsbewegungen in ihrem Kampf gegen die rassistischen Regimes im Süden Afrikas leistet. Die Bedeutung dieses Beistandes ist um so größer angesichts der Versuche des Imperialismus, die Staaten Afrikas zu entzweiten.“

Ramgoolam äußerte sich besorgt darüber, daß das Pentagon auf Diego Garcia einen Militärstützpunkt anlegt.

In Port Louis erfuhr ich, daß auf Mauritius eine aktive Freundschaftsgesellschaft Mauritius—UdSSR besteht. Ich habe ihren Vorsitzenden, Latchmiparsad Badri, einen Abgeordneten des Parlaments, namhaften Teilnehmer des öffentlichen Lebens und Gewerkschafter, kennengelernt. Er sagte mir unter anderem:

„Wir haben schon Gruppen in vielen Ortschaften. Wir veranstalten Vorträge, Ausstellungen und Filmvorführungen. Das Interesse für die UdSSR, die dieses Jahr ja den 60. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution feiert, nimmt mit jedem Tage zu, besonders bei der Arbeiterklasse. Unser Land ist erst zu sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltungen übergegangen, und wir müssen viel leisten. Die Erfahrungen Ihres Volkes helfen uns über unsere Schwierigkeiten hinweg.“

Port Louis, im August

OSTAFRIKA

WO SOLLEN DIE FLAMINGOS HIN?

Von unserem ständigen Berichterstatter
Boris ASSOJAN

Wer nach Ostafrika kommt, der möchte unbedingt an den Nakuru-See, der von unzähligen Flamingos bevölkert ist. Die Vögel mit dem rosa Gefieder haben ihn weltberühmt gemacht. An seinen Ufern leben auch viele andere Vögel: Pelikane, Kormorane, Seeschwalben, Kampfläufer. Manche kommen sogar aus dem fernen Rußland zum Überwintern her, sie und noch viele andere. Die Wissenschaftler schätzen ihre Zahl auf mehrere Millionen.

Der Nakuru gehört zu den Seen mit erhöhtem Gehalt an natürlichen Salzen. In ihm wachsen Unmengen grünblauer Wasserpflanzen, er ist auch sehr fischreich, und das lockt die Vögel an.

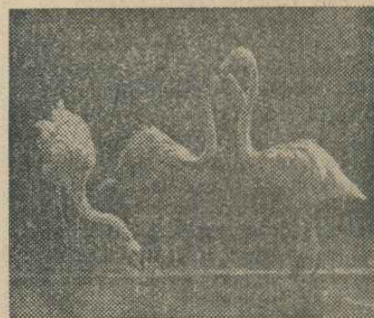
Heute ist die natürliche Harmonie jedoch gefährdet. Wie das Ministerium Kenias für Wasserressourcen festgestellt hat, wird das Leben im See durch die Abwässer eines neuen Chemiebetriebs an seinem Ufer abgetötet. Noch bevor er Kupferoxychlorid, ein stark säurehaltiges Fun-

gizid zur Bekämpfung einer Krankheit des Kaffeebaums, zu erzeugen begann, fiel den Wissenschaftlern eine ungewöhnliche Abwanderung von Flamingos und anderen Vögeln auf.

Mit jedem Tag nimmt die Menge der in den See fließenden Abwässer zu. Die Wasserpflanzen und Fische drohen einzugehen, und dann werden auch die schönen rosensfarbigen Vögel vom Nakuru verschwinden. Damit wird Kenia eine einzigartige Sehenswürdigkeit verlieren, und das wird auch für uns alle ein Verlust sein.

Jetzt ist im ganzen Lande eine Kampagne zum Schutz des Sees im Gange. Die Forderung lautet, daß die Regierung die Verlegung des Betriebs anordnen soll. Vor kurzem erklärte ein Vertreter des Weltfonds für Naturschutz, der Fonds hoffe auf Verständnis bei den Behörden, aber während diese sich die Sache überlegen, fliehen Flamingos den Nakuru. Wohin fliegen sie?

Dr. Edroma, ein leitender Forscher



am Ökologischen Institut von Uganda, erzählte mir, im Ruwenzori-Nationalpark im Südwesten des Landes, wo Flamingos früher nur vereinzelt vorkamen, seien es jetzt Tausende. Sie sind in Uganda aufgetaucht, gerade als am Nakuru mit dem Bau des Betriebs begonnen wurde. Sie nisten gern an den kleinen vulkanischen Seen Katwe, Kikorongo u. a.

Vorläufig fühlen sich die Vögel dort wohl, aber Dr. Edroma zweifelt, ob das lange so sein wird, und meint, sie würden sich später andere Niststätten suchen müssen. Am Katwe ist nämlich der Bau einer großen Saline angelaufen, die nächstes Jahr zu produzieren beginnen soll. Ökologen sagen voraus, daß dadurch ein großer Teil des Ruwenzori-Parks zwischen dem Idi-Amin-



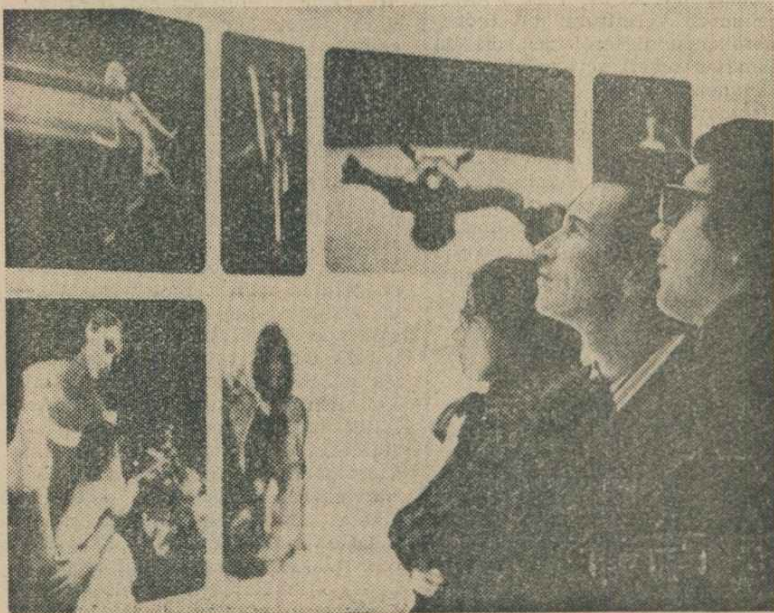
USA-AUSSTELLUNG IN MOSKAU

Eiwa anderthalb Millionen Sowjetbürger besuchten die amerikanische Ausstellung „USA-Fotografie“, die bisher in Kiew, Alma Ata, Tbilissi, Ufa und Nowosibirsk gezeigt wurde. Ab 18. August haben auch die Moskauer Gelegenheit, mit den Werken der besten Fotografen Amerikas bekannt zu werden: die Exposition wurde nun im Sportkomplex Lushniki eröffnet. Hier sind über 400 Schwarzweiß- und Farbfotos ausgestellt, auf denen Menschen, Mondoberfläche, Landschaften und Stilleben abgebildet sind. Die Fachleute interessieren sich insbesondere für 2 Hologramme, für Unterwasseraufnahmen, Makro- und Mikrobildaufnahmen und Fotomikrografie.

Neben den Werken von Berufsfotografen sind auch Aufnahmen von Amateuren und Kindern aufgestellt.

Eine Ausstellung zur Verbesserung der gegenseitigen Verständigung — so nannten die Veranstalter die Exposition „USA-Fotografie“.

V. GRIBATSCHOW



und dem George-See verseucht werden wird. Das erwähnte Ökologische Institut schlägt vor, die Saline außerhalb des Nationalparks anzulegen, hat vorläufig aber nur das Versprechen erhalten, Kläranlagen zu bauen, die den schädlichen Einfluß des Betriebs auf die Umwelt verringern werden, was nach Dr. Edromas Ansicht keineswegs ausreicht. Er erklärte mir folgendes:

„Bei noch so vollkommenen Kläranlagen wird der Idi-Amin-See, an dem der Betrieb entsteht, von einer Verseuchung bedroht sein. Wir werden die gleichen Probleme haben wie die Ökologen Kenias infolge der Tragödie des Nakuru-Sees. Schon jetzt bemerken wir, daß Vierfüßer und Vögel das Gelände um die Baustelle verlassen, und das ist erst der Anfang.“

Wenn nichts zum Schutz des Parkes unternommen wird, so sagen die Wissenschaftler sein völliges Verschwinden in 30–40 Jahren voraus. Vor einigen Jahren fügte ihm bereits ein anderer Betrieb einen nicht wiedergutzumachenden Schaden zu. Das waren die Kupferminen Kilembe. Damals wurden über 400 t Produktionsabfälle in den nördlichen Teil des Naturschutzgebiets geschwemmt. Jetzt wächst dort nichts, und in Fischen aus dem George-See ist ein großer Kupfergehalt festgestellt worden.

Die Flamingos haben noch insofern Glück, als sie nicht gejagt werden. Rosa Federn sind vorläufig nicht gefragt. Andere Bewohner der afrikanischen Naturschutzgebiete haben aber um so mehr zu leiden. Außer durch Vergiftung mit Industrieabfällen und Herbiziden, die in der Landwirtschaft verwendet werden, können sie den Kugeln „geschäftstüchtiger“ Wilderer erliegen. Am schwersten betroffen sind die Elefanten. In Uganda allein ist ihre Zahl in den letzten paar Jahren beinahe auf ein Fünftel gesunken. Jäger der für das modische Krokodillleder geschätzten Amphibien haben deren Zahl auf die Hälfte schrumpfen lassen. Leoparden gibt es fast gar nicht mehr.

Diese traurigen Tatsachen machen der Öffentlichkeit Afrikas Sorgen. Mit jedem Jahr werden die Rotbücher dicker, in die die vom Aussterben bedrohten Arten der Fauna und Flora eingetragen werden. Wenn nicht rechtzeitig Maßnahmen getroffen werden, kann die Menschheit unermessliche Schätze verlieren, und diese Verluste wären nicht wiedergutzumachen.

Kampala

KULTUR UND POLITIK

„HIT“, „PODIUM“ UND DIE ANDEREN

Eduard ROSENAL

Wer stünde der Politik ferner als ein fahrender Musikant, der jede Politik ablehnt? Oder ein Idol der Popmusikverehrer, das die Politik verachtet? Oder ein Jugendmagazin, das Filmstars verherrlicht? Und dennoch...

Vor mir liegen die Pariser Zeitschriften *Hit*, *Podium*, 20 ans und *Salut les copains*, die auf die Jugend beiderlei Geschlechts zwischen 12 und 25 Jahren zugeschnitten sind.

Salut les copains schreibt einen Superquiz aus, dessen Gewinner kostenlos die Philippinen, Kalifornien und Senegal besuchen können. Auch die übrigen Preise sind nicht zu verachten: modische Anzüge, Stereoradios, Elektrogitarren, Schallplatten, Polaroidbrillen usw. Die Antworten auf die Fragen müßte eigentlich jeder wissen, behauptet die Zeitschrift. Hier einige von ihnen:

„Neben ihrem Beruf als Chansonette hat Sheila eine Kette von Bekleidungsboutiquen eröffnet. Wann war das?“

„France Gall ist den Bewohnern der Insel Noirmontier, auf der sie ihre Ferien zubringt, gut bekannt. Wie heißt das Dorf, in dem ihr Haus steht?“

„Diese junge, hübsche Schlagersängerin heißt Leslie. Wissen Sie, wie ihr Hund heißt und von welcher Rasse er ist?“

Wie fühlt man sich als Idol?

Um solche Fragen zu beantworten, braucht man kein Ausbund an Klugheit, sondern nur ein ständiger Leser von *Salut les copains* zu sein. Oder von *Hit* oder *Podium*, die Quize auf dem gleichen Niveau veranstalten. Und die Gewinner? Eine gewisse Hélène Granier aus La Lau-me par Vauvert kann sich, wenn sie sich wohlig in den gewonnenen Pelz von Mireille Mathieu schmiegt, einbilden, selbst die Berühmtheit zu sein. Ähnlich ergeht es einer Edith aus Tréport, sie hat genauso einen Rolls Royce gewonnen, wie ihn Mick Jagger von den Rolling Stones fährt;

einem Daniel aus Andelot ein Montagne mit einem Motorrad, wie Johnny Halliday eins hat.

Ein Quizgewinn ist aber keineswegs die einzige Möglichkeit, sich mit dem eigenen Idol zu identifizieren. Wenn man tüchtig schuftet, kann man vielleicht genug verdienen, um ihm einiges nachzumachen. Die Ratgeber sind die genannten Zeitschriften. *Salut les copains* schreibt z.B., Sylvie Vartan habe für ihren Lieblingshund ein Halsband mit Leine Marke Lassie 22 gekauft, Joël Daydé habe sich einen 100-Watt-Verstärker für die Gitarre angeschafft, und Ringo habe das Buch „Snoopy zieht in den Krieg“ über die Abenteuer eines kleinen Hundes und seines Herrchens, Charlie Browns, gelesen; Julien Clerc sei zu dem Film „747 in Gefahr“ gegangen; Jean-Michel Caradec habe in der Taverne Zum Weißen Roß Hasenragout gekostet usw. usw.

Das können junge Leser und Leserinnen der Zeitschriften schließlich auch, aber sie erfahren oben-dre-in, daß sie durch Teilnahme an einem Singwettbewerb im Rundfunk auch so berühmt werden können. Sylvie Vartan stammt aus einer einfachen Arbeiterfamilie, Michel Delpech sogar vom Lande. *Hit* schildert sein Heimatdorf La Ferté-Saint-Cyr auf ganzen drei Seiten. Auf einem Foto sieht man ihn selbst mit Vater und Großvater am Rain eines Ackers. Die beiden haben runzlige Gesichter und an die Landarbeit gewöhnte schwierige Hände.

Also haben auch Arbeiter- und Bauernkinder Chancen. Nun ja, in Frankreich stammen nur 4% der Studenten aus Arbeiterfamilien, in der BRD nur 2% aus Arbeiter- und Bauernfamilien, und in den USA gehen rund zwei Millionen Arbeiter- und Farmerkinder nicht einmal zur Schule. In der Musik aber können sie sich — wenn man den besagten Zeitschriften glauben will — für die Zurücksetzung schadlos halten.

Der berühmte Sänger zur Gitarre Mike Brant hat es ja auch getan. Vor noch nicht langer Zeit habe er — so schreibt *Podium* — in einer Garage

gearbeitet, und jetzt... Fotos zeigen ihn: 1970 als einen Jungen, wie sie in Massen herumlaufen; 1971 bei seinem ersten großen Konzert und ersten Erfolg; 1972 bei seinem ersten Auftreten im Fernsehen; 1973 beim Unterschreiben eines Kontrakts mit der Firma Polydor; 1974 mit der Goldenen Platte, dem Symbol der Berühmtheit. Warum gerade Mike? Warum nicht Jean oder Jeanne? Was Mike oder Sheila können, das müßten sie doch auch fertigkriegen!

Warum sollten sie ihr Glück nicht beim Funkwettbewerb „Alle singen“ versuchen? Zwar nehmen daran Tausende teil, und einen Treffer macht nicht einmal einer vom Tausend, aber immerhin... Unter den Gewinnern sind manchmal noch halbe Kinder. Ein Beispiel: der 12jährige René Simard aus Kanada, der im Olympia einen Triumph feierte und dem man die Karriere des verstorbenen Elvis Presley prophezeit. Der Junge hat die Welt bereist und ist schon ein Millionär. Ist er etwa anders als andere Jungen? Er macht Aufgaben, spielt Hockey, schleckert Eis. Einfach Glück hat er gehabt. Natürlich ist das die reinste Lotterie, aber warum soll man es nicht auch versuchen?

Und Geduld muß man haben, muß hoffen und warten können und darf nicht verzweifelt sein, wenn es nicht gleich klappt. Man denke an Dave! *Hit* erzählt die rührende Geschichte, er sei ohne einen Groschen, nur mit seiner Gitarre und einem nie versagenden Optimismus aus Holland nach Paris gekommen. Ein Foto von 1966: Dave auf der Place de la Contrescarpe mit Gitarre und hingehaltener Mütze, in die Gäste von einer Cafétérasse Münzen werfen. Und da ein Foto von 1975: Dave an einem Tisch derselben Cafétérasse, vor ihm ein junger Engländer mit der Gitarre, dem Dave in Erinnerung daran, wie er selbst anfangs, eine Münze zuwirft. *Hit* schreibt zusammenfassend: „Die Gerechtigkeit ist hergestellt, Dave streckt die Hand im umgekehrten Sinne aus“, und fügt hinzu: „Wer weiß, vielleicht wird die Zukunft dem englischen Gitarristen das bringen, was die Gegenwart Dave gebracht hat.“ So wird dem Leser Mut gemacht. Wer wagt, gewinnt, wie Dave, Bob Dylan und andere fahrende Musikanten. Bloß nicht verzagen! Immer an das nahe Glück glauben!

Steh auf und singe!

Ja übrigens: die Sterne! Wohlge-merkt, nicht die Stars, sondern die

ganz gewöhnlichen Sterne. Die helfen manchmal auch. Im Januar brachte das *Podium* das Horoskop der im Zeichen des Steinbocks, also zwischen dem 22. Dezember und dem 21. Januar, Geborenen. Da heißt es, der Steinbock sei das Gestirn der Realisten, derer, die mit beiden Beinen auf der Erde stehen, und nun folgen Worte an den Leser, der in diesem Zeichen geboren ist: „Sie sind sehr beharrlich und geduldig, vielleicht sogar eigensinnig, und Sie werden gehen, bis Sie am Ziel sind. Sie sind zu langfristigen Plänen fähig und scheuen keine Mühe, sie zu verwirklichen. Beharrlichkeit und Ausdauer sind Ihre schönsten Vorzüge, und Sie werden ans Ziel kommen, zur größten Verwunderung derer, die leichtere Wege vorgezogen haben... Dieses Jahr wird der Saturn Ihren Plänen allerdings bis zum Herbst hinderlich sein, Sie müssen sich also in Geduld fassen. Auch durch Schwierigkeiten von seiten des Jupiter dürfen Sie sich nicht entmutigen lassen. Sie kennen und schätzen ja mehr als jeder andere das alte Sprichwort: Arbeit und Fleiß, das sind die Flügel, so führen über Strom und Hügel.“

Der Leser glaubt es nicht? Bitte, hier die Beweise. Im Zeichen des Steinbocks wurde Françoise Hardy, ein Liebling des Publikums, geboren. Wenn nun aber ein Leser des *Hit* oder des *Podium* im Zeichen des Wassermannes zur Welt kam? Auch gut, dann hat er als Beispiel Mike Brant. Die Jungfrau ist das Gestirn von Mick Jagger, der Löwe das von Sheila, der Skorpion das von Alain Delon, die Zwillinge von Johnny Halliday, die Waage von Brigitte Bardot. Kurz: Man kann im Zeichen jedes Gestirns sein Glück machen. Also, junges Volk, steh auf und singe!

Wenn aber eine junge Leserin weder Stimme noch musikalisches Gehör hat? Dann geht es eben ohne. Hier eine von vielen Möglichkeiten. Claude Jérôme klagt im *Podium* über Einsamkeit. Die Zeitschrift fragt darauf: „Also ist Ihr Herz frei?“ Nach seinem „Ja“ fragt sie weiter: „Ihr Typ?“ Claude ist nicht wählerisch. Blond oder braun ist ihm gleich, die Hauptsache, sie ist nett und heiter. Ob er denn nicht Angst habe, nach der Veröffentlichung seiner Antworten mit Briefen überschüttet zu werden? Nein, im Gegenteil: „Ich werde glücklich sein und möglichst allen antworten. Wer weiß, vielleicht ist unter den Briefen einer von dem Mädchen meiner Träume.“ Also wird ein Mäd-

chen ihren Prinzen finden. Bedenkt man, daß das *Podium* 3,5 Millionen Leser hat, so kann man Claude große Chancen zubilligen. Was von den Hunderttausenden von Mädchen nicht gesagt werden kann.

Aber auch das ist kein Malheur. Wenn der Berg nicht zu Mohammed kommt, dann muß Mohammed zum Berge gehen, wie das die „Grou-pies“ tun. *Salut les copains* erklärt diese Bezeichnung so: „Eine merkwürdige Spielart von Mädchen, deren Hauptbeschäftigung es ist, bei Aufführungen und Proben mit ihren Lieblingsschauspielern dabeizusein und ihnen auf dem Fuße zu folgen, ständig hinter den Kulissen, im Olympia und in den Hotels gastie-render Künstler zu stecken... So ein Mädchen kann per Anhalter Hunderte von Kilometern hinter ihrem Schwarm herfahren, sich unterwegs ihres gelangweilten Hel-den annehmen und, wenn sie ganz beharrlich ist, schließlich eine offizielle Anstellung in seinem ‚Hof-staat‘ ergattern.“

Die Zeitschrift gibt noch viele andere Erklärungen, z. B. die, daß die Gitarre das Hauptinstrument für die Popmusik und das Wahrzeichen der modernen Jugend sei; daß Haschisch aus den Blättern indischen Hanfs gewonnen werde und daß sich die Mediziner noch nicht schlüssig darüber seien, ob es gefährlich ist oder nicht; daß die amerikanischen Harley-Davidson-Motorräder das Symbol der Höllenengel und Rocker seien, usw. In den Worterklärungen finden sich, wenn auch selten, politische Begriffe. Unter „Krieg“ steht z. B.: „Eine teuflische Erfindung von Menschen, die von allen abgelehnt wird, an der sich aber alle beteiligen. Trotz den pazifistischen Bewegungen und dem berühmten Slogan ‚Liebe und nicht Krieg!‘ besteht der Krieg seit ewigen Zeiten weiter. Hoffen wir, daß die neuen Generationen vernünftiger sein werden.“ Natürlich kein Wort über die Ursachen von Kriegen und über Politik überhaupt.

Das ist nur folgerichtig. *Salut les copains* und ähnliche Zeitschriften sind ja absichtlich apolitisch. Die Politik überlassen sie den Politikern, ihnen genügen Gesang und Liebe. Manchmal verschafft sich die Politik aber selbst Eingang in ihre Spalten. Eine Leserin des *Salut les copains*, Nadine Jurasseau aus Nantes, schreibt an die Redaktion, sie beteilige sich an jedem Quiz und verfolge genau die veröffentlichten Listen der Sieger. Im neuesten Heft habe sie die Liste vermißt. Warum

keine erschienen sei. Die Antwort lautete, sie habe wohl den Streik der Post- und Telegraphenbeamten Frankreichs vergessen, der sechs Wochen anhielt, weshalb die Redaktion die Antworten der Quizteilnehmer nicht bekommen und nicht rechtzeitig die Sieger feststellen konnte. Die böse, böse Politik!

Und so versucht die Zeitschrift denn, die Jugend Politik, Krise, Inflation, Arbeitslosigkeit und Streiks vergessen zu machen. Die Jungen und Mädels könnten doch etwas werden. Sie sollen lieber ihrem Idol oder Star nacheifern. „Du findest die Stone fabelhaft und möchtest gern aussehen wie sie?“ fragt die Zeitschrift *Podium*. „Sei unbesorgt, ich gebe dir ein paar kleine Ratschläge, dann bist du genauso fabelhaft wie sie.“ Es folgen Tabellen und Fotos mit Ratschlägen für Frisur, Make-up, für die Wahl des Lippenstiftes und Puders, mit deren Hilfe man der Stone ähnlich werden könne. Nach derartigen Veröffentlichungen sitzen Leserinnen stundenlang vor dem Spiegel und — lernen auch. Unlängst stellte es sich heraus, daß Halliday eine Menge Doppelgänger hat. Über 400 junge Leute schickten der Zeitschrift ihre Fotos ein und versicherten, sie seien Johnny wie aus dem Gesicht geschnitten.

Außer solchen Ratschlägen bietet die Presse auch Gelegenheiten, mit den Idolen in Berührung zu kommen. Dazu braucht man nur die Ratschläge des betreffenden Blattes zu befolgen. *Hit* rät den Lesern, sich an den Programmen des Super-Funk- und -Fernseklubs zu beteiligen. „Wohnen Sie in Paris...“, dann kommen Sie alle zwei Wochen am Sonnabend ... ins Große Studio (rue Bayard, Paris 8), wenn nicht, ... dann kommt der Klub bald zu Ihnen nach Chartres, Beauvais und Bordeaux... und Sie können Ihre angebeteten Lieblinge kennenlernen und viele Preise gewinnen...“ Um ins Studio hineinzukommen, braucht man nur eine Formalität zu erledigen: Mitglied des Superklubs zu werden, d. h. ein dem *Hit* beiliegendes Formular auszufüllen, womit man die Zeitschrift auch gleich bestellt. Noch besser ist es, ihr Korrespondent für das eigene Wohngebiet zu werden und sie darüber auf dem laufenden zu halten, welchen Einfluß ihre Beiträge auf die Jugend haben, wie deren Stimmungen sind, was für Gadgets — Spielereien — sie sich wünscht, ja über alles, was die Jugend betrifft.

Kurz: Die Zeitschrift wird dem jungen Leser allmählich zu einem „väterlichen Freund“ und Berater im Denken und Tun. In diesem Zusammenhang muß ich an folgende Worte Mr. Cheskins, des Leiters eines Chikagoer Werbebüros, denken, daß die Reklame nicht in erster Linie Waren anzupreisen, sondern die Gedanken, Wünsche und Bestrebungen der Menschen zu formen habe. Klarer konnte er es nicht sagen. Aber wie soll man das anstellen? Vielleicht nach dem Vorbild des Superstars Michel Polnareff, der die Frage des *Hit*, wie er das Weihnachtsfest verlebt habe, folgendermaßen beantwortete: „Heiligabend fuhr ich mit zwei Mädchen an den Strand von Palm Springs und blieb die ganze Nacht.“

Nach Mr. Cheskins Rezept

Nach Palm Springs kann natürlich nicht jeder, aber das mit den zwei Mädchen kann Michel jeder nachmachen. Oder er kann sich Patrick Juvet zum Vorbild nehmen. *Hit* erleichtert ihm das durch eine Führung durch — will sagen einen Bildbericht über Juvets Landhaus. Da sieht man ihn mit den Dingen, die ihm besonders lieb sind; einen Kamin mit lodernden Holzscheiten; ein weißes Telefon; eine nierenförmige Wannencouch; ein Fernseh- und ein Magnetongerät mit Stereoanlage.

Podium will hinter *Hit* nicht zurückstehen. Es bringt regelmäßig Bildberichte unter der Devise „Das Zimmer deines Schwarms“. Der Leser darf das Schlafzimmer Clo-Clos sehen, wie Claude François von den Journalisten genannt wird. Auf dem ersten Foto hält er ein Blatt Papier mit der eigenhändigen Aufschrift in der Hand: „Ich lade dich in mein Schlafzimmer ein!“ Das zweite zeigt das Zimmer selbst und dazu wieder eine eigenhändige Erläuterung: „Mein Kamin... Oh, dieser trauliche Winkel! Wieviel Erinnerungen, wieviel Lieder er weckt!... Mein Fenster... Der Ausblick weckt frohe Gedanken, wenn die Sonne scheint, und triste, wenn es regnet... Mein Bett... es knarrt etwas, aber ich schlafe gut darin... und hänge Träumen nach, Erinnerungen!... Meine Bücher... immer neben meinem Bett. Augenblicklich lese ich die Geschichte der USA... Dieses Land fasziniert mich, ich finde es modern und ... sehr human... Ich vergöttere es.“ So sieht das „Seelen-

leben“ dieses Idols aus, so sind seine Gedanken und Sympathien. Die Antipathien Clo-Clos werden nicht erwähnt. Dafür teilt eine andere Zeitschrift in einer Schilderung des süßen Lebens, das der Filmschauspieler Alain Delon führt, mit, daß er gegen die Kommunisten sei. Das steht im *Paris-Match*, einem Blatt für Erwachsene, das wie andere westliche Blätter den kleinen Mann mit der „kommunistischen Gefahr“ schreckt. Die Vorarbeit leisten die Jugendzeitschriften: Sie erziehen die Jugend zu einem Abscheu vor der Politik, wissen genau, was sie wollen, und führen es aus.

Ihre Strategie besteht darin, bei der Verherrlichung von Stars Dinge, vor allem Dinge als besitzenswert erscheinen zu lassen. Dieser Hang aber macht apolitisch und wird durch Vorgaukelung immer neuer Dinge genährt. Die Stars sind nur Mittler zwischen dem Leser und den Dingen. Sie machen die Dinge in den Augen ihrer Verehrer wertvoller, als sie es sind. Eigentlich will der Leser Clo-Clo oder Halliday ähnlich werden, nicht weil sie singen oder tanzen, sondern weil sie Landhäuser und Luxusjachten besitzen, weil sie reisen können und schöne Frauen um sich haben.

Sterne können auf- und untergehen, die Dinge aber bleiben. Die Identifizierung mit einem Idol bedeutet für den Leser — um es kurz zu sagen — kein Nacheifern in der Kunst, sondern in den Dingen, die es umgeben. Genährt wird also eine Konsumentenideologie, und das ist der ideologische Sinn des Ganzen.

Es ist keineswegs ein Zufall, daß die meisten Jugendzeitschriften von der Art des *Hit* und *Podium* nach dem sturmbelegten Pariser Mai von 1968 herauskamen, als die Gestalter der westlichen Ideologie erkannten, daß es gefährlich sei, die Jugend sich selbst zu überlassen. Auf der Suche nach einem Ideal kann sie sich ja leicht allerlei Theorien, darunter dem Marxismus, zuwenden und tut es auch. Das eben ist eine explosive Erscheinung. Deshalb sind die Ideologen der Bourgeoisie bemüht, einen Wall zwischen der Jugend und der Politik aufzuwerfen, mit Hilfe der Massenmedien bestimmte Geschmacksrichtungen und Bedürfnisse bei den jungen Menschen zu wecken und sie durch eine Verbrauchermentalität abzulenken.

Daß ein derartiges Manipulieren einen Klassensinn hat, wird klar, wenn man bedenkt, daß sich im Be-

reich der Arbeit die Menschen in große Eigentümer und Lohnarbeiter einteilen und daß diese Erkenntnis unweigerlich zu einem Kampf zwischen ihnen führt, während im Bereich der Konsumtion die Klasseninteressen häufig hinter einem allgemeinen Konsumtionsinteresse zurücktreten. Es ist nicht gar so schwer, einem jungen Mann einzureden, wenn er genauso einen Schlips oder Anzug wie die Milliardäre Rothschild oder Dassault trage bestehe zwischen ihm und ihnen kein besonderer Unterschied; für ihn komme es darauf an, nicht diese Herrschaften zu bekämpfen, sondern ihnen nachzueifern. Das hätten seinerzeit einfache Jungens und Mädels wie Johnny Halliday, Sylvie Vartan, Michel Delpech und Mike Brant ja auch getan. Also macht es wie sie und weg von der „dreckigen Politik“!

* * *

Soweit die Strategie. Das Übrige ist Sache der Technik. Mit ihrer Technik ist die westliche Reklame auf der Höhe. Sie versteht es, die Leute buchstäblich einzuwickeln. Und sie hämmert ihnen ein, sie müßten etwas vorstellen, d. h. kaufen, kaufen, kaufen — Dinge, wie sie Clo-Clo oder Sheila haben. Eine alte Wahrheit lautet, die westliche Zivilisation bestehe darin, ununterbrochen das Bedürfnis nach Dingen zu wecken, die keiner braucht. Heute trifft das mehr denn je zu.

Die westlichen Ideologen sehen ihre Hauptaufgabe jetzt darin, nicht zuzulassen, daß die Ideen des Kommunismus von den Massen Besitz ergreifen, den Menschen von Jugend an falsche Ideen einzuhämmern, an die Stelle eines wissenschaftlich fundierten Ideals ein Trugbild zu setzen. Sie benutzen dazu Fernsehen, Rundfunk und Zeitschriften, manchmal nicht ohne Erfolg.

Wenn junge Menschen in Nietenhosen die „alte“ bourgeoise Familie ablehnen und Jugendkommunen bilden, wenn sie eine Erosrevolution ansagen und in der Popmusik eine Waffe im Kampf gegen das Kapital sehen, dann reiben sich die Ideologen des Kapitals zufrieden die Hände und machen jenen Jugendzeitschriften reichliche Zuwendungen, die die Politik verteuflern, in Wirklichkeit aber der Politik der Monopole getreulich dienen.

UNSERE RUSSISCH-SEITE

Lektion 8

Wörter und Wortverbindungen

Направлять (на что?)	ausrichten
предотвращение (чего?)	Verhütung
строиться на основе (чего?)	basiert auf
соблюдение принципов (чего?)	Einhaltung der Prinzipien
угроза силой	Androhung von Gewalt
нерушимость границ	Unantastbarkeit der Grenzen
территориальная целостность	territoriale Integrität
распоряжаться своей судьбой	über das eigene Geschick bestimmen
разделение труда	Arbeitsteilung
взаимопомощь	gegenseitige Hilfe

Übung 1: Übersetzen Sie den nachstehenden Teil IV aus dem Entwurf zur Verfassung der UdSSR:

СТАТЬЯ 28. Советское государство последовательно проводит ленинскую политику мира, выступает за упрочение безопасности народов и широкое международное сотрудничество.

Внешняя политика СССР направлена на обеспечение благоприятных международных условий для построения коммунизма в СССР, укрепление позиций мирового социализма, поддержку борьбы народов за национальное освобождение и социальный прогресс, за предотвращение агрессивных войн и последовательное осуществление принципа мирного сосуществования государств с различным социальным строем.

В СССР пропаганда войны запрещена законом.

СТАТЬЯ 29. Отношения СССР с другими государствами строятся на основе соблюдения принципов взаимного отказа от применения силы или угрозы силой; суверенного равенства; нерушимости границ; территориальной целостности государств; мирного урегулирования споров; невмешательства во внутренние дела, уважения прав человека и основных свобод, равноправия и права народов распоряжаться своей судьбой; сотрудничества между государствами; добросовестного выполнения обязательств, вытекающих из общепризнанных принципов и норм международного права, заключённых СССР международных договоров.

СТАТЬЯ 30. Советский Союз как составная часть мировой системы социализма, социалистического содружества развивает и укрепляет дружбу и сотрудничество, товарищескую взаимопомощь со странами социализма на основе социалистического интернационализма, активно участвует в экономической интеграции и в международном социалистическом разделении труда.

Übung 2: Übersetzen Sie folgendes ins Russische:

1. In der UdSSR ist es verboten, Kriegspropaganda zu treiben. 2. Die Außenpolitik der UdSSR ist auf die Festigung der Zusammenarbeit mit anderen Ländern ausgerichtet. 3. In den Beziehungen unter den Staaten muß das Prinzip der Gleichheit eingehalten werden. 4. Die UdSSR tritt für eine Festigung der Sicherheit der Völker ein.

Übung 3: Bilden Sie aus folgenden Verben Substantive (Beispiel:

«упрочить — упрочение»);

построить, обеспечить, укреплять, предотвратить, осуществить, урегулировать, выполнять.

Übung 4: Zu welchen der folgenden Substantive passen die Verben

урегулировать, выполнить, укрепить!

безопасность — обязательство — вопрос — дружба — проблема — сотрудничество — условия договора.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Sie machen sich etwas vor, wenn Sie die Zuwachsraten Ihrer Wirtschaft mit der der USA vergleichen und damit Ihre Überlegenheit beweisen. Jeder weiß, daß ein Kind schneller als ein Erwachsener wächst.

Jason HART
Sydney, Australien



Es diskutiert
NZ-Kommentator
Felix
GORJUNOW

Ein Kind wächst in der Tat schneller als ein Erwachsener, Herr Hart, ich würde aber nicht, wie Sie es tun, das Wachstum eines Lebewesens mit dem der Wirtschaft vergleichen, und nicht nur, weil der Mensch etwa mit 25 Jahren ganz zu wachsen aufhört. Die UdSSR als wirtschaftlich zweitstärkstes Land der Erde kann man doch kaum mit einem Kind vergleichen. Außerdem muß sich die Wirtschaft eines beliebigen Landes, ob sie nun jung oder reif ist, fortentwickeln. Eine stetig hohe Zuwachsraten ist ein stichhaltiger Beweis dafür, daß das betreffende Wirtschaftssystem dynamisch ist. Deshalb sind wir mit Recht stolz darauf, daß seit 25 Jahren der industrielle Zuwachs in unserem Land im Jahresdurchschnitt doppelt so groß wie in den USA und den anderen kapitalistischen Industrieländern ist.

Wenn wir uns über das rasche Anwachsen des Wirtschaftspotentials freuen, dank dem die UdSSR alle kapitalistischen Staaten mit Ausnahme der USA einholen und überflügeln konnte, so machen wir uns durchaus nichts vor. Die Erfolge sind unzweifelhaft in hochwichtigen Sparten wie Stahl, Erdöl, Kunstdünger, Zement, Baumwolle u. a. Hier hat die UdSSR die USA schon übertroffen. Fest steht jedoch auch folgendes: Das Nationaleinkommen unseres Landes macht vorläufig 67% desjenigen der USA aus, der Ausstoß der Industrie 80, die Stromgewinnung 51 und der Ertrag an Agrarprodukten einschließlich Getreide 90%.

Für die Wirtschaft sind aber nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Kennwerte wichtig. Neben einer weiteren quantitativen Zunahme sieht der jetzt laufende zehnte Fünfjahresplan deshalb eine Intensivierung der

Wirtschaft und ihren größeren Nutzeffekt vor. Die Schwerpunkte unserer Wirtschaftsstrategie sind eine größere Effektivität der gesellschaftlichen Produktion, eine höhere Qualität der Erzeugnisse, zu erzielen durch eine Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, und eine bessere Struktur der Wirtschaft. Dadurch wird die Arbeitsproduktivität z. B. in der Industrie bis 1980 um 30—34% zunehmen und ihr durchschnittlicher Jahreszuwachs in der Landwirtschaft 27—30% ausmachen.

Die Erfüllung des zehnten Fünfjahresplans wird das Niveau unserer Wirtschaft dem der amerikanischen noch näher bringen. Ich möchte Ihnen aber versichern, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung keine wirtschaftliche Überlegenheit den USA gegenüber zum Ziel hat. Wir vergleichen unseren Zuwachs mit dem amerikanischen, weil die USA von allen Ländern vorläufig noch die besten Kennwerte bei der Nutzung der Produktivkräfte haben.

Statistische Vergleiche, auch noch so genau, geben jedoch keinen Aufschluß über das Wichtigste: über die Unterschiede zwischen den sozialen Systemen und dem Zweck der gesellschaftlichen Produktion. Das höchste Ziel der von der KPdSU betriebenen Wirtschaftsstrategie ist eine unablässige Hebung des materiellen und kulturellen Niveaus des gesamten Sowjetvolkes. Zu unserem zehnten Fünfjahresplan mußte der bekannte amerikanische Volkswirt Galbraith folgendes feststellen: „Es ist nicht schwer, eine Wirtschaft zu planen, die einer Minderheit des Volkes einen hohen Lebensstandard garantiert... Ein Problem entsteht, wenn das für alle erreicht werden muß. Die Anforderungen werden dann kolossal, und das ist die Kardinalfrage für die Planungsbehörden der Sowjetunion.“

Wenn wir Ihrer Logik folgen und von einer Überlegenheit sprechen wollten, die wir im Wettstreit mit den USA erlangen möchten, so erstreben wir keine Überlegenheit in der Zuwachsraten der Produktion oder deren Effektivität. Ziel des Sozialismus ist eine Überlegenheit im Lebensstandard des Volkes — materiell, kulturell und geistig. Beschäftigung, Wohnung, Gesundheits- und Bildungswesen und Erreichbarkeit der Kulturwerte kommen die Amerikaner schwer an, ja sie sind vielen fast unerreichbar. Das alles genießt aber weitgehend jeder Sowjetbürger. Aufgabe der sowjetischen Wirtschaft ist es jetzt, ihn noch besser zu stellen, seinen Bedarf an Waren und Dienstleistungen noch vollständiger zu decken und seinen geistigen Bedürfnissen noch mehr entgegenzukommen. Wir sind überzeugt, daß uns diese Art Überlegenheit sicher ist.

NZ

POST

Für uns, die wir in kapitalistischen Ländern leben, ist es sehr gut, daß Sie in der NZ den Entwurf der neuen sowjetischen Verfassung veröffentlicht haben. Jene im Westen, die sich mit diesem Dokument vertraut machen, werden verstehen, daß der ganze Rummel über „Menschenrechtsverletzungen“ in den sozialistischen Ländern antisowjetische Propaganda ist, wobei man sich zunutze macht, daß viele von uns den wahren Sachverhalt in der Sowjetunion nicht kennen. Der Verfassungsentwurf zeigt den hohen Stand der Demokratie im Sowjetstaat.

Ilo VARHEE
Helsinki, Finnland

Unschwer versteht man die Motive der Rüstungsindustriellen, wenn sie sich lauthals über eine angebliche militärische Bedrohung seitens der Sowjetunion auslassen. Mit diesem Märchen wollen sie immer neue Rüstungsausgaben und Staatsaufträge durchsetzen. Und für sie sind das Millionenprofite. Doch ob sich viele Einfaltspinsel finden, die bereitwillig an die Phantastereien von einer sowjetischen Bedrohung glauben?! Müßte ja allen klar sein, daß unser Staat für den Wohlstand und das Glück des Sowjetvolkes wirkt. Ein Krieg kann nur den Rüstungsbaronen Wohlstand bringen.

Magomed SCHAMSUDINOW
Gergebil, Dagestanische ASSR

Es ist nun fast 40 Jahre her, daß die Hitlerfaschisten in Polen wüteten. Im Zuchthaus, wo wir deutschen Antifaschisten in Haft waren, sagte uns der Pfarrer immer wieder: „Ohne Federlesen wurde jeder Zehnte, ob Männlein oder Weiblein, erschossen. Galt es doch, den Polen das Fürchten und Zittern vor den deutschen Herrenmenschen beizubringen... Ich handle immer nach Rudolf Heß, der die Empfehlung gab, lieber einen zu viel als einen zu wenig zu erschießen...“

Ich erinnere mich daran durch Ihre Notiz, daß die südafrikanischen Rassisten Heß zu seinem Geburtstag gratuliert hatten und einige westliche Politiker eine Begnadigung und Freilassung dieses NS-Kriegsverbrechers verlangten.

Karl ADOLPHS
Holzhausen, DDR

PS

Rassistischer Lehrmeister



Bei der Unterdrückung einer antirassistischen Demonstration in Soweto setzten RSA-Polizisten in diesem Sommer eine eigene Erfindung ein — eine „Niesmaschine“. Diese Neuheit versprüht eine Mischung aus Tränengas und Talkum und ruft starkes Niesen hervor. In London interessierte man sich für diese Erfindung der Rassisten. Es wird geprüft, ob möglicherweise die britischen „Sicherheitskräfte“ in Nordirland mit diesem Spray ausgerüstet werden sollten. Sowetos Polizeichef Jan Visser wurde nach England zu einem Erfahrungsaustausch eingeladen.

Nicht altruistisch

Der ehemalige US-Verteidigungsminister und jetzige Präsident der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung, Robert McNamara, ist Mitbesitzer eines Kurortes im Staate Massachusetts. Er ordnete an, daß auf seinem Privatstrand Fremden der Zutritt verwehrt wird. Vor dem Eingang wurden Wächter postiert und Verbotstafeln angebracht. Auf einem Verbotsschild prangte bald eine Aufschrift, die besagte, daß „Welt-

bankdirektor McNamara offensichtlich meint, man solle die Reichtümer — zumindest der Länder der dritten Welt — teilen, doch nur nicht seine eigenen“.

Räuber mit Herz

In der Kleinstadt Lomita (US-Staat Kalifornien) wurde eine Bankfiliale überfallen. Durch das Schalterfenster, hinter dem die Kassiererin Helen Blair saß, reichte der Gangster einen Zettel mit der Forderung, Ruhe zu bewahren und das Geld herauszurücken. Die Kassiererin faßte sich mit der Hand an die Stirn und stöhnte auf: „Ach, ich falle in Ohnmacht!“ Der Räuber, der offensichtlich nicht mit einer solchen Reaktion gerechnet hatte, suchte das Weite. Anschließend sagte die Kassiererin zu ihren Kolleginnen, daß sie gar nicht daran gedacht hatte, ihren Geist vorübergehend aufzugeben... Ein solches Happy-End kommt selten vor — offenbar, weil Gangstern gewöhnlich die seelischen Erschütterungen ihrer Opfer gleichgültig sind.

Kurioser Vorfall



In der bundesdeutschen Stadt Oldenburg wollte der Parkuhr-Kontrollleur einen Autofahrer mit einer Geldstrafe belegen, da seine Parkzeit abgelaufen

war. Daraufhin zog der Autofahrer aus seinem Koffer eine — gefährlich zischende, zwei Meter lange Schlange. Die Polizei hatte ihre liebe Mühe, den „gekränkten“ Fahrer festzunehmen.

Zwangsrolle



Laut einem Report der Internationalen Arbeitsorganisation erhalten Kuntschaffende in vielen westlichen Ländern erheblich weniger Geld als andere Berufsgruppen. So bekommt z. B. in Norwegen ein Maler nur ein Viertel des Gehalts eines beginnenden Staatsangestellten. In Frankreich liegen die Einnahmen der Schauspieler und Bildhauer unter dem Mindestlohn. Immer weniger bringen den Mut auf, den Museen zu dienen. So ist in der Bundesrepublik in zwei Jahrzehnten die Zahl der Musiker und Sänger um 40% zurückgegangen. Wie es im IAO-Report heißt, müssen sich Künstler fast überall eine Nebenarbeit suchen. Sie übernehmen die Rolle von Hilfsarbeitern und kleinen Büroangestellten.

Vor allem Ruhe

Der saudische Prinz Saud Ibn-Faisal wurde mit unerwarteten Schwierigkeiten konfrontiert, als er ein 18-Zimmer-Appartement in einem vornehmen Haus an der New-Yorker Park Avenue mieten wollte: Die Hausbewohner protestierten. Nach Pressemeldungen befürchten sie, daß es zu lauten Festen des Prinzen kommen

könnte. Zudem sind Attentate nicht ausgeschlossen, da der Prinz Außenminister in einer Region ist, wo derartiges öfters vorkommt.

Woher nehmen?

Eine offizielle Untersuchung der EG hat gezeigt, daß über die Hälfte der Bürger der EG-Länder meinen, sie würden nicht genug verdienen, um einigermaßen auszukommen. Minderbemittelte müssen auf ihren Urlaub verzichten, darauf, neue Kleidung, einen Kühlschrank oder Fernseher zu kaufen. Viele sparen am Essen. Wie ist das Problem der Armut zu überwinden? Darauf antworteten die meisten Befragten, man müsse mehr Geld haben. Doch woher nehmen und nicht stehlen?

Gangstermuseum



In der amerikanischen Stadt Nashville gibt es ein Museum des berühmten Gangsters John Dillinger. Seine Privatutensilien, Waffen und Zeitungsausschnitte, die von seinen „Heldentaten“ künden, sind ausgestellt. Wie die Presse meldet, machte sich kürzlich ein gewisser William Shaw, ein Jünger dieses Gangsters, der zwei Drittel seiner 63 Lenze im Knast verbracht hat, mit den Exponaten bekannt. Und wenn dieser Berufsgangster auch kaum noch etwas wird hinzulernen können, dann ist doch das Museum für andere, vor allem junge Besucher, zweifelsohne „lehrreich“.

Zeichnungen
V. Trintschenko

VSESOJUSNOJE OBJEDINENIJE „PROMMASHEXPORT“



Prommashelexport

ÜBER
OBJEKTE

30-500

IN MEHR ALS

LÄNDERN



UNSER PROGRAMM SIEHT VOR:

Maschinenbau-, Werkzeugmaschinenbau-, Werkzeugbetriebe;

Gießereien und metallverarbeitende Betriebe;

Auto- und Traktorenwerke sowie Betriebe zur Produktion landwirtschaftlicher Ausrüstungen;
elektro- und radiotechnische Fabriken;

Gerätebau- und Uhrenfabriken;

Rundfunksende-, Funkverbindungs-, Fernsehstationen, Bildfunkzentralen;

Funkrelais- und Drahtfernmeldelinien, kosmische und troposphärische Fernmeldestationen;

Schiffbau- und Schiffsreparaturbetriebe, Werften, Schiffsreparaturwerkstätten;

fischverarbeitende Betriebe, Betriebe für Fischzucht und andere Objekte der Fischwirtschaft;

Industriekühlhäuser;

Zuckersiedereien;

Filmstudios und Lichtspielhäuser;

Druckereien;

Flugplätze und Flughäfen.

Zur technischen Unterstützung unsererseits gehört auch die Ausrüstungs- und Materialienlieferungen sowie Komplettleistungen — von der Auswahl der Baustelle bis zur Inbetriebsetzung der Objekte.

Prommashelexport

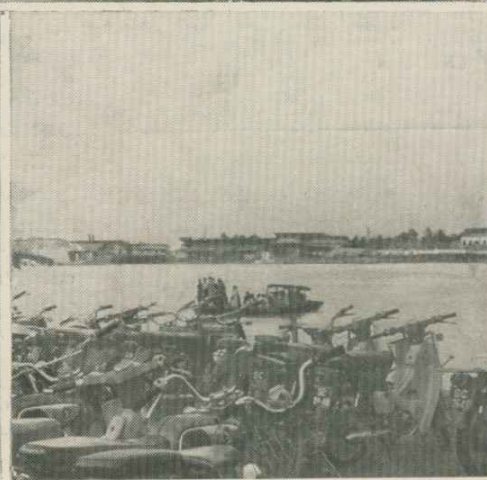


Anschrift: UdSSR, Moskau,
113324, Owtschinnikowskaja nab.,
18/1, V/O „Prommashelexport“

Telegrammadresse: Moskau Prommashelexport

Ruf: 295-51-14; 220-15-05

Telex: 7532



14159=35 105 147 652
SEKT: MARX/LENIN
2200-2303 DOM=20



Im Objektiv: HO-CHI-MINH-STADT

In dieser Stadt am Saigon ebenso wie in ganz Vietnam herrschten jahrzehntelang die französischen Kolonialisten. Während des zweiten Weltkriegs fielen japanische Okkupanten hier ein. Im August 1945 stürzte die Revolution das feudal-monarchistische Marionettenregime mit seinen ausländischen Schutzherrn. Am 19. August siegte der Volksaufstand in Hanoi, am 25. August in Saigon.

Der Sieg der Augustrevolution in Vietnam durchkreuzte die Pläne der Imperialisten. Sie entfesselten ihren schmutzigen Krieg gegen den ersten Arbeiter- und Bauernstaat in Südostasien, gegen das vietnamesische Volk. Am 23. September 1945 geriet

Saigon erneut unter Okkupation. Erst 30 Jahre später, am 30. April 1975, zog die langersehnte Freiheit hier ein. Die größte Stadt des einheitlichen sozialistischen Vietnam, die jetzt nach Ho Chi Minh heißt, baut mit dem ganzen Volk am neuen Leben mit.

Unsere Bilder: Junge Einwohner der Stadt ♦ In der City ♦ Schnellimbiss in der Straße ♦ Das Stadttheater ♦ Zu einer Festdemonstration ♦ Am Pier ♦ Hotel Dong Khoi (einst. Continental), wo Graham Green seinen „Stillen Amerikaner“ schrieb ♦ Die Sonne steht über dem Saigon auf.

Fotoreportage A. Pin
NZ-Eigenberichterstatter